# Hindenburg, Erzberger, Kapp

Adolf Stein

# Hindenburg in Untersuchung

Von

„A"

1.—10. Tausend

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

1920

Druck von Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.

## Philister über dir, Simson!

21. Oktober 1919.

Der blonde, geblendete Riese, gekettet in die Tretmühle der Feinde: schon vor dem Weltkrieg rieselte es wie Erschauern und Ahnung von etwas Fernem, Unabwendbarem über uns, wenn auf der Bühne die Oper von Saint-Saëns abrollte und in den Rängen das Premierengelichter der schwarzen Zwerge sich drängte. Heute könnten wir es kaum mehr ertragen, unseres Volkes Schande und Blendung so verbildlicht zu sehen. Philister über dir, Simson! Alles um uns her versank in Nacht, alles zerbrach, wir erwachten in Banden. Nun knallt die Peitsche des Treibers, und die uns verraten haben, schleppen eilig Stöße um Stöße von Akten herbei, um uns unserer „Schuld" zu überführen.

Das ist, auf die eigentliche Essenz zurückgeführt, das Schauspiel, das heute im Ausschußsaal 1 des Deutschen Reichstages begonnen hat. Für den kommenden Staatsgerichtshof soll der jetzige „parlamentarische Untersuchungsausschuß" die Schuldigen ermitteln und vernehmen. Und das ist nach seiner Zusammensetzung ein Ausschuß just derer, die uns — geblendet haben.

Der blonde Riese, der einst Simson hieß und heute Teut, steht in Arbeitsfron, sieht sein Vermögen beschlagnahmt, muß allein zweieinhalb Milliarden Mark jährlich für den Unterhalt seiner prassenden fremden Überwachungskommission bezahlen. Der Feind hat nach den Worten Kleists gehandelt: „Schlagt

1*

sie tot! das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht!" Das haben wir nicht sagen dürfen, weil Delila, die öffentliche Meinung, dieses erotische käufliche Geschöpf, uns den Mund zuhielt, uns in den Schlaf mit dem Wilsonliedchen sang, uns unsere Kraft nahm. Fünf Fürsprecher hat der Riese in dem jetzigen Untersuchungsausschuß, fünf Angehörige der nationalen Parteien, und ihrer dreiundzwanzig hat Delila entsandt, dreiundzwanzig Mitglieder der Schmachfriedensmehrheit der Nationalversammlung, deren Arbeit bisher unter dem Leitmotiv stand: mag das Deutsche Reich zusammenstürzen, wenn nur das „alte System" unter seinen Trümmern begraben wird! Die siegreichen Philister aller fünf Erdteile aber sind trunken vor Freude. Sie brauchen über ihre Verhandlungen mit Delila, über ihre Vorbereitungen zum Überfall nichts auszusagen. Wir bezichtigen uns selbst.

Das heute begonnene Schauspiel im Ausschußsaal 1 des Reichstages ist ein Hohn auf jedes Gerichtsverfahren. Selbst wenn wir auf einen weltgeschichtlichen Areopag mit Öffnung aller, auch der fremden, Archive und mit Ladung aller, auch der fremden, Schuldverdächtigen verzichten, selbst wenn wir nur danach suchen wollen, wer bei uns am Ausbruch des Krieges und an dem Nichtzustandekommen eines billigen Friedens schuld sein mag, so müßte doch anders verfahren werden.

Fünf Anwälte der einen, dreiundzwanzig Anwälte der anderen Partei setzen sich zusammen und richten!

Die Sinzheimer, die Cohn und Genossen haben die Führung, die Kautsky und die Katzenstein sieht man als Zuträger, das wimmelnde Volk der Delila. Vom Volke der Riesen hat man als „Gutachter" etliche ausgewählt, als „Zeugen" etliche bestellt, deren Gutachten und Zeugnis man bereits kennt, die bereit sind, die Schuld des täppischen, ver-

ratenen blonden Riesen zu bezeugen, darunter den lispelnden Bernstorff, den einen der beiden „demokratischen" Grafen in der Diplomatie und Intimus der Firma Mosse. Man beginnt nicht mit dem Unterausschuß 1 zur Untersuchung der Vorgeschichte des Krieges; denn da fände sich nichts wider uns. Wir haben noch kurz vor Beginn der Feindseligkeiten in Massen Getreide ins Ausland, auch nach Frankreich, ausgeführt, noch im Juni 1914 hat Bethmann Hollweg einen zwei Seiten langen Brief an Grey geschrieben, wie man wohl des törichten „Rüstungsfiebers" der Alldeutschen und ähnlicher Unbequemen Herr werden könnte. Das alte Lied. Wenige Monate vor Jena, 1805, empfahl die demokratische „Berlinische Zeitung" Abrüstung und ewigen Frieden. Wenige Monate vor Wörth, 1869, brachte Virchow namens der gesamten Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhause einen Abrüstungsantrag ein. Ja, mit der „Vorgeschichte" ist nichts zu machen; da sind wir immer die vertrauensseligen Tölpel gewesen, diesmal auch unsere Regierung.

Also der Unterausschuß 2, der unter Leitung Warmuths, des deutschnationalen Landgerichtsdirektors, mit dem Komplex der Wilsonfragen sich zu beschäftigen hat, beginnt heute in der Öffentlichkeit. Da läßt es sich der Masse leicht suggerieren, daß wir falsch gehandelt, die Friedenshand nicht rechtzeitig ergriffen hätten. Sinzheimer erstattet den Bericht; schon der, so objektiv er sich gibt, läßt ahnen, worauf man hinaus will. Bernstorff hält seinen Vortrag. Cohn stellt Zwischenfragen.

Es scheint, daß man uns das Äußerste an Schmach bieten will. Der blonde, geblendete Riese, gekettet in die Tretmühle der Feinde: nun soll er auch noch bekennen, daß er es war, der die Philister zurückstieß, die es — so gut mit ihm meinten. In monatelanger Arbeit hat Kautsky, der

Tscheche, alles zusammengeklaubt, auch die flüchtigsten Randbemerkungen des Kaisers auf irgendwelchen Zeitungsausschnitten. Heute hat alles das „Beweiskraft“.

Und dennoch glauben wir noch. Wir glauben an den Sieg der Wahrheit, an den Sieg des tragischen Helden. Hütet euch, ihr Philister! Hüte dich, Delila! Der blonde Riese wirft eines Tages sein Saitenspiel hin, packt die Säulen eures Götzentempels, neigt sich kräftiglich, — und ihr liegt erschlagen unter den Trümmern!

## Ein Zeugnis wider Willen

21. Oktober.

Mit außerordentlicher Zielsicherheit steuert der Berichterstatter, der jüdische Sozialdemokrat Sinzheimer, seinen Brander gegen unsere Hafeneinfahrt. Diesen Eindruck habe ich schon in der ersten Betrachtung wiedergegeben, als die Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses noch im Gange war. Der Eindruck hat sich im weiteren Verlaufe noch verstärkt. Schon die völlig willkürliche Einteilung des Wilson-Kapitels in vier Perioden, die deutsches Schwanken und deutsches Abschwenken als Inhalt und Grenze haben, deutet auf die Absicht, die der mit dem Stoffe vertraute Berichterstatter hegt. Die erste Sinzheimersche Periode reicht bis zur deutschen Note an Wilson vom 4. Mai 1916 über die Versenkung des Dampfers „Sussex“; die zweite bis zum deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916; die dritte bis zur Entschließung über den sogenannten rücksichtslosen Tauchbootkrieg am 9. Januar 1917; die vierte bis zur Übergabe der deutschen Note hierüber und dem Abbruch der

diplomatischen amerikanisch-deutschen Beziehungen am 31. Januar 1917.

In quecksilbriger Beweglichkeit macht Sinzheimer hinter jeden Satz ein Ausrufungszeichen oder irgendeine rätselhafte andere Interpunktion mit den Händen. So arbeiten in Sensationsstücken die Hypnotiseure auf der Bühne. Nur fehlen hier im Saale die kleinen hysterischen Mädchen als Medien dieses gelockten Svengali. Wie ein altes gotisches Bildwerk, kantig aus Holz geschnitzt, sitzt Professor Dietrich Schäfer da, ungerührt durch die Hampelmannkünste des Redners. Auch die Bethmann und Helfferich und Zimmermann sind dagegen gefeit. Vor diesem Gerichtshof ist sogar der Hohenfinower, der vielleicht am meisten durch seine politische Kurzsichtigkeit dazu beigetragen hat, daß „Deutschland eine geschichtliche Episode“ geworden ist, ein Mann von ragender Größe; der ehemalige Kanzler, dem manche Zuschauer Gebrochenheit ansehen wollen, macht nach meiner Überzeugung eher den entgegengesetzten Eindruck, und wir würden es ihm auch nicht verdenken, wenn er hier nur das Gefühl des Ekels hätte.

Graf Bernstorff, elegant und noch sicher, sitzt an seinem Sachverständigentisch gegenüber der Korona der parlamentarischen Untersuchungsrichter. Sie sind ihm persönlich zum großen Teil bekannt; er macht ja als Vorsitzender des „Demokratischen Klubs“, wenn sie dorthin kommen, im Hotel Bristol die Honneurs. Auch ihre zunehmende Nervosität macht ihn nicht unruhig. Die Sinzheimer und Bonn, die Katzenstein und Cohn, alles Leute von ausgeglühtem Wüstenurabel, setzen ihm zu, weil sie von der Periode, in die der 12. Dezember 1916, das Friedensangebot der deutschen Regierung, fällt, die große Sensation in ihrem Sinne erhoffen. Die Sensation kommt auch, aber sie ist von ganz anderer Art, als sie dachten. Unter seinem Eide — „kaum ist ihm das

Wort entfahren, möcht' er's im Busen gern bewahren" — bekundet der ehemalige deutsche Botschafter in Washington Graf Bernstorff: das deutsche Friedensangebot sei in Amerika als Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden und habe daher eine amerikanische Friedensvermittlung unmöglich gemacht!

Die Frager machen große Kugelaugen und schnappen nach Luft. Was „ihr" Bernstorff hier unter Eideszwang aussagt, das ist dasselbe, was zu jener Zeit die nationalen Zeitungen und die nationalen Verbände in Deutschland gepredigt haben. Man muß siegen, wenn man den Frieden erlangen will. Und man muß schweigen können. Nun fallen auch die Hüllen von der grandiosen Dummheit der 1917er Friedensresolution des Reichstages. Und noch eins bekundet Bernstorff: Niemals hätte Wilson für uns gegen die englische Blockade eingreifen können, da der amerikanische Handel viel zu sehr mit der Entente verfilzt war. Die Wahrheit marschiert wirklich noch schneller, als selbst wir es erwartet hatten, — die Sinzheimer und Bonn, die Katzenstein und Cohn müssen eilends nach neuen Schätzen in den Akten wühlen.

Noch scheint Bernstorff nicht zu ahnen, was er angerichtet hat. Und wir wollen nicht etwa in verfrühtem Jubel „Ein Daniel, ein weiser Daniel!" rufen. Das Beweisthema ist noch lange nicht erschöpft. Immerhin ist ein Anschlag dem Parteigericht der Nationalversammlung schon mißglückt, ohne daß die Anwälte des alten Kaiserreiches bisher eingegriffen hätten. Das Zwergvolk, das unseren Reichsbau unterminiert hat, ist auf seinen eigenen Brocken ausgerutscht.

## Zwei ehrliche Makler

22. Oktober.

Neben der sogenannten Zentrale für Heimatdienst, die öffentlich noch nicht gezählte Millionen deutscher Steuergelder dafür ausgibt, daß Reklamebroschüren für die Republik, für den Sozialismus, für den Erzberger-Scheidemann-Frieden verbreitet werden, hat sich die jetzige Regierung ein zweites Kampfinstitut gegen das alte System und ihre Männer geschaffen, den parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Der Heimatdienst bekämpft die vaterländisch denkenden Deutschen mit Geldern, die er auch von ihnen selbst erpreßt. Der Untersuchungsausschuß arbeitet auch auf allgemeine Kosten, aber seine Propaganda dient nicht nur den regierenden Parteien, sondern soll vor allem der Entente zugute kommen. Eine hundsföttische Knechtsgesinnung schnüffelt nach Material, das sich gegen Deutschland verwenden läßt. Der Sozialdemokrat Sinzheimer stellt seine Fragen so, daß man kein anderes Ziel daraus erkennt; dabei ist er von einer forensischen Dreistigkeit, die ihresgleichen sucht: er entreißt dem Vorsitzenden, Abg. Warmuth, immer wieder die Führung der Verhandlung, hält sich nicht an die von ihm selbst vorgeschlagene chronologische Einteilung und erzwingt sich das Wort auch gegen Widerspruch. Mit „Einen Augenblick, ja?" und ähnlichen Redensarten schiebt er den Vorsitzenden zur Seite, der in dem übertriebenen Bestreben, objektiv zu erscheinen, sich gar zu viel gefallen läßt. Es ist aber doch keine objektive Verhandlung; es ist ein Kampf mit Nägeln und Zähnen, ein Parteikampf, in dem die Kräfte 23:5 stehen, ein Kampf, den die Zugrunderichter

unseres Reiches gegen die Wahrheit führen, um ihr Ansehen vor dem betrogenen Volke zu retten.

Zum Glück fehlt es dieser auf Gedeih und Verderb zusammengeketteten Genossenschaft auch nicht an Schreckenskindern. Der Unabhängige Cohn, der die ganze Unfähigkeit seiner Art Leute zum Verständnis großer positiver Politik erweist, der nur Rabulist ist, ahnungslos seine Fragen stellt, legt auch heute wieder die Seinen herein. Er sucht geflissentlich nach Gelegenheiten, wo er die Scham des Vaterlandes entblößen könnte, er fragt beispielsweise, ob nicht die Art der Verteilung der amerikanischen Hilfsgelder für die belgische Bevölkerung heftige Mißstimmung gegen uns in Amerika erregt hätte, und muß sich von Bernstorff sagen lassen, darüber sei nicht das geringste bekannt.

Man geht heute, soweit es die Sinzheimersche Parterre-Akrobatik zuläßt, in der Besprechung des Wilsonkapitels chronologisch weiter. Die Kernfrage lautet, ob Wilson ein ehrlicher Makler war oder nicht.

Von der zeugeneidlich und aktenmäßig erhärteten Antwort, in der die Aussagen Bernstorffs allein natürlich nur einen kleinen Ausschnitt bilden, von dieser Antwort, die auch Bethmann und alle übrigen Politiker belegen müssen, hängt das Urteil nicht nur über die Berechtigung unserer amtlichen Politik ab, sondern auch über die Eignung aller unserer in der Kriegszeit mit Politik befaßten Persönlichkeiten zu ihrem Amt. Das glaubt heute wohl bereits kein knallroter Aktenschnüffler mehr, der sich als Weltenrichter hinsetzt, daß irgendeine moralische Brandmarkung herauskommen wird; allenfalls werden sich intellektuelle Mängel herausstellen, die Unzulänglichkeit und Blindheit des einen oder anderen Führers der Nation. Hier redet Bernstorff in eigener Sache. Es geht auch für ihn, der mit Feuereifer den Makler zwischen der deutschen Regierung und der amerika-

nischen spielte, um die ganze Reputation vor der Weltgeschichte. Er, der Gatte einer amerikanischen Frau, hat gläubig an Wilson gehangen, an der Zentralstelle in Berlin aber und in der Obersten Heeresleitung dachte man schließlich anders.

Er befindet sich da in einem schweren Konflikt. Um nicht sein ganzes Gebäude zu zertrümmern, sagt er: Ja, er habe Wilson für einen ehrlichen Makler gehalten. Verneinte er das, so würde er sich selber richten. Aber diese Aussage ist ein subjektives Urteil, bestimmt, ihn selber zu entlasten, keine objektive Bekundung. Was wir von Wilsons Maklertum zu halten hatten, werden wir ja noch erfahren. Schon heute lüftet sich der Vorhang.

Was in den ersten Stunden der Verhandlung vorgebracht wird, das sind Nick-Carter-Geschichten, das ist Vorstadtkientopp über Agenten, Marineattachés, Geldschrankenthüllungen und dergleichen. Zum Thema aber wird dann, nunmehr wohl unwiderleglich, festgestellt, daß Wilson uns auf keinen Fall zu einem erträglichen Frieden verhelfen konnte oder auch nur wollte. Der Oberst House, der die Verhandlungen mit Bernstorff führt, ist über die deutsche Naivität erstaunt. Wir seien ja Narren, daß wir „maßvolle" Forderungen stellten, anstatt, wie die Entente, tüchtig vorzuschlagen, ganz weitgehende Kriegsziele aufzustellen und dann sich davon abhandeln zu lassen. Schließlich sieht man in unserem Großen Hauptquartier ein, daß Wilson uns am Narrenseil geführt. Der unbeschränkte Tauchbootkrieg wirft seine Schatten voraus auf die Weltbühne.

Die Sinzheimer und Cohn — notgedrungen um der eigenen Ehrenrettung willen auch Bernstorff — steuern auf die Bestätigung los, daß dieser Tauchbootkrieg die Friedensaussichten vernichtet hätte.

Da erhebt sich als Anwalt der deutschen Nation der Berliner Geschichtsprofessor, der auf Treitschkes Katheder lehrt, Dietrich Schäfer. Eben erst hat Bernstorff zugeben müssen, daß auch nach seinen Berichten Wilson jüngst tatsächlich gesagt habe, Amerika wäre mit Deutschland „auf jeden Fall“ zum Kriege gekommen. Nun stellt Geheimrat Schäfer fest, daß zu einem Zeitpunkte, wo die Tauchbootnote noch nicht nach Amerika gelangt und dort auch niemand bekannt war, Wilson uns bereits die Pistole auf die Brust gesetzt hatte: er forderte von uns das Zugeständnis eines selbständigen „vereinigten“ Polenreiches mit einem Korridor zum Meer hin, also die schließlich auch erfolgte Zerschlagung Deutschlands.

So sah der amerikanische Makler aus: gerissen, verschlagen, heuchlerisch und dann, sobald die Dinge gereift waren, von offener Brutalität. Der deutsche aber war sanften und ehrlichen Gemütes und sah voll inniger Verklärung seinem großen Wilson in die treuen Augen. Nicht Bethmann, nicht Wilhelm II., nicht Ludendorff haben den Frieden „sabotiert“, sondern seine Möglichkeit bestand nur in der glücklichen Phantasie des betrogenen Bernstorff und in den haßgetrübten Augen unserer innerdeutschen Feinde des Kaiserreiches.

## „Glauben Sie, Herr Graf?“

23. Oktober.

Der Onkel aus Amerika ist da.

Das ganze Dorf sitzt beieinander im Kretscham — wollte sagen im Ausschußsaal 1 — und starrt, die Köpfe tief über den Wirtstisch vorgestreckt, dem Heimgekehrten ins Gesicht. Er

sieht fabelhaft amerikanisch-elegant aus mit seinen sehr hoch aufgeschlagenen Beinkleidern über den Lackstiefeln und Gamaschen. Das ganze Dorf staunt. Und er ist fabelhaft amerikanisch-demokratisch in seinen Allüren und löst bereitwillig die Rätsel der Menschheit, sogar der einzelnen Menschenseele. Das ganze Dorf staunt noch mehr.

Er soll erzählen. Immer noch mehr erzählen.

Alles macht Stielaugen. Der eine oder der andere von den Dörflern schwitzt schon. Es ist doch großartig, wenn man so aus der großen Welt von drüben und auch aus der kleinen Welt aller Geheimnisse erzählen hört. Jeder will fragen. Und der Tischälteste, der ruhige Warmuth, darf, wie er heute sagt, niemand daran hindern. (Absatz J der Geschäftsordnung der Untersuchungskommission bestimmt, daß jedes Mitglied unbeschränktes Fragerecht hat; es ist also nicht wie vor Gericht, wo der Präsident zügeln darf, sondern eben wie — im Kretscham.)

Am meisten fragen nicht die Bauern, sondern die Grenzhändler, die Cohn und Sinzheimer und Genossen. Am liebsten möchten sie hören, daß es ganz fürchterlich intrigant und schuftig „bei de graußmächtige Lait" zugehe.

Am dümmsten fragt, wie immer, Cohn. Er möchte wissen, ob nicht dem Onkel aus Amerika bei seiner Wiederankunft gesteckt worden sei, er dürfe Herrn Wilhelm nicht alles sagen, der vertrage die Wahrheit nicht. Der Onkel sagt, ein wenig ungeduldig in dieser Plebejerumgebung mit ihrer Kientopphantasie, kurz „Nein!" Er kann überhaupt wenig Positives erzählen, Neues, Unerhörtes, Überamerikanisches. Was los war, steht ja schon alles in seinen Briefen. Es ist alles geordnet, geheftet oder gar gedruckt.

Die Leute im Kretscham machen von Tag zu Tag längere Gesichter. So unergiebig hätten sie sich den Heimgekehrten nicht vorgestellt. Er versichert nur, daß er es immer am besten

gewußt hätte, er renommiert — ganz leise und vornehm — ein bißchen.

Man möchte aber doch noch so viel wissen!

Weil er selber nicht viel weiß, fragt man ihn, was er wohl glaube. „Glauben Sie, Herr Graf, daß ...", so ertönt es alle Augenblicke. Ob er glaube, daß Herr Wilson ein anständiger Mensch sei, hat man gefragt. Ob er glaube, daß wir den Frieden bekommen hätten, wenn ...

Tja, nichts Gewisses weeß mer nich.

Aber glauben — ja! Der Onkel aus Amerika glaubt, daß Wilson uns wohlwollte, daß er uns nicht zu ducken gedachte, daß wir unser Deutschland nach seinem Willen vollkommen unversehrt behalten sollten. Unter den Fremden von der Grenze greift besonders der blasse Bonn, der auch mal drüben war, das auf. Er kämpft wie ein Advokat für Herrn Wilson. Sobald dessen Ruf im Kretscham in Gefahr kommt, sucht er durch Kreuz- und Querfragen „festzustellen", daß er nur Gutes im Schilde geführt habe. Ein kluger Mann, der Bonn. Nicht so ein Schlemihl, wie der Cohn. Aber auch er bekommt keine Tatsachen heraus, sondern immer nur ein Bekenntnis des Glaubens, Meinens, Annehmens.

Dem Tischältesten Warmuth ist das schon längst klar geworden. Mehr und mehr tritt er aus seiner bisherigen Passivität heraus. Allmählich wird er — trotz des Absatzes J in der Hausordnung des Kretscham — zum wirklichen Leiter des Frage- und Antwortspiels.

Lieber Onkel Graf, so fängt er heute ganz unschuldig an, du hast doch gestern gesagt, n i e m a l s während der ganzen deutsch-amerikanischen Verhandlungen, die auf Friedensvermittlung zielten, sei eine A b t r e t u n g d e u t s c h e n G e b i e t s in Frage gekommen — wir haben dich doch recht verstanden?

„Jawohl!"

Lieber Onkel Graf, wie kommt es denn aber, daß Wilson noch zur Zeit der Verhandlungen, am 22. Oktober 1917, in seiner Botschaft an den Senat erklärt hat, wir müßten ein vereinigtes Polen mit Zugang zum Meere herstellen?

Hm. Hm.

Es hat einmal, so um das Jahr 1820 herum mag es gewesen sein, ein russischer Graf, ein Herr vom Petersburger Hofe, bei einem Besuch in Berlin gar gewaltig renommiert. Alles sei in Rußland „schenner und gresser", schöner und größer. In Bornstedt oder wo kriegte er ein Honigbrot und meinte sofort, in Rußland gebe es mehr Honig, denn dort seien die Bienen viel größer, sooo groß. Nun brachte man ihn in den Garten und zeigte ihm die allerneusten patenten Bienenkörbe mit dem winzigen Schlupflöchlein. Ob es so etwas Niedliches, exakt Gearbeitetes auch in Rußland gebe. Gewiß, überall, genau so! Wie kämen dann aber die großen Bienen herein? Einen Augenblick stutzte der russische Hofmann; dann stieß er kurz entschlossen hervor: „Der Bien muß!"

So ungefähr zieht sich auch der Onkel aus Amerika aus der Affäre. Er ist sehr unangenehm davon berührt, daß Warmuth ihn wiederholt mit leiser Malice darauf aufmerksam macht, daß er ja keine Tatsachen erzähle, sondern persönliche, subjektive Meinungen. Darum streikt er bei jeder Antwort; es gibt vorher immer eine Kunstpause und langes Atemholen.

Diesmal hilft ihm wieder Bonn. Der Bien muß. „Nicht wahr, Wilson hat doch wohl selber keine Ahnung gehabt, wie gemischt unsere Bevölkerung im Osten zusammengesetzt ist?" „Jawohl, ich glaube, er hat keine Ahnung davon gehabt!"

Ein leises Kichern läuft die Bänke entlang.

Es ist sehr lustig im Kretscham.

## Bethmanns Verteidigung

31. Oktober.

König Wilhelm reitet über das Schlachtfeld von Sedan. Unsere Adlerfahnen knattern im Winde. Hinter dem Monarchen, dessen unendliche Schlichtheit mitten in ungeheurem Geschehen auffällt, blitzen umbuschte Augen unter einem Kürassierhelm empor: Bismarck.

Das ist das Bild, das die eine mächtige Wand des großen Ausschußsaales im Reichstage, in den das Untersuchungsgericht umgezogen ist, ganz ausfüllt, das Riesengemälde von Angelo Jank, das die Reichsboten aus der Öffentlichkeit des Plenarsaals hierher verwiesen haben, weil es „zu nationalistisch" sei. Nun wird man durch Bismarcks Augen gebannt. Man meint, ihr blitzender Stahl werde im nächsten Moment den Mann durchbohren, der heute hier vor der Welt Zeugnis ablegt über die verfehlte neudeutsche Staatskunst: Bethmann. Es ist, als wolle der Altkanzler gleich absitzen, herniedersteigen und in die Verhandlung des Untersuchungsausschusses eingreifen.

Das bleibt nur Traum und Sehnsucht. Weh uns, daß wir Enkel sind. Am Zeugentisch sitzt Bethmann Hollweg, unverändert und unbelehrt. Er, der amtlich nie über Potsdam und Bromberg hinausgekommen ist, wurde von Bülow, der einen unbeträchtlichen Nachfolger vielleicht nicht ungern sah, für die Leitung unserer Weltgeschäfte vorgeschlagen. So ward in schwerster Zeit ein Nichtfachmann Kanzler. Er kam mit den Scheuklappen einer vorgefaßten Programmpolitik an, er wollte als Begründer der britisch-deutschen Herzeinigkeit einst ins Konversationslexikon. Da brach der Krieg aus. Für Bethmann war er nur eine störende Unterbrechung seiner

Verständigungsaktion mit den Vettern, sonst nichts, und daher wollte er den Krieg „nicht ausarten" lassen. Als im Jahre 1916 von den bundesstaatlichen Regierungen in Berlin angefragt wurde, wie es mit dem rücksichtslosen Tauchbootkrieg stünde, ließ Bethmann antworten: man dürfe England nicht zum Äußersten treiben. Bis zum letzten Augenblick hat er sich gegen dieses Kriegsmittel gewehrt. Als er dann endlich dem Drängen nachgab, war es zu spät. England hatte in aller Eile noch ungeheure Proviantmengen aufstapeln können. Und dennoch — fast zu wenig. „Um ein Haar" wäre es doch noch zusammengebrochen, wie Churchill, sein damaliger erster Lord der Admiralität, noch am 12. Januar dieses Jahres öffentlich erklärt, wie es Admiral Jellicoe schon früher gestanden hat, wie es die amerikanischen Flottenchefs Sims und Rodman übereinstimmend bekunden.

Aber gegen eine solche Anklage hat sich Bethmann heute nicht zu verteidigen. Es sind ja seine eigenen Leute vom alten Bethmannblock, die am Richtertisch sitzen und von ihm nur hören wollen, daß er unschuldig sei; man wünscht von ihm eine Anklage des alten kaiserlichen Deutschlands. Es rast der See, er will sein Opfer haben. Hundert gezückte Bleistifte warten nur auf das eine Wort, auf das man den Kaiser und Hindenburg und Ludendorff, die Rechte und das alte System, die Alldeutschen und die Vaterlandspartei, überhaupt den ganzen verfluchten „nationalen Schwindel" annageln könnte.

Der ehemalige Kanzler rückt im ersten Teil seiner Ausführungen den Grafen Bernstorff zurecht. Nicht schroff etwa. Aber die Demokraten müssen doch das Gefühl des begossenen Pudels haben, wenn sie hören, wie gänzlich abgeschnitten von jeder Information über große Politik ihr Schützling war und wie falsch er Herrn Wilson beurteilt hat.

Dann geht Bethmann auf sein eigentliches Ziel los, nämlich nachzuweisen, daß er als Kanzler eigentlich machtlos gewesen sei. Schon die Form des deutschen Friedensangebots vom Dezember 1916 sei ein Kompromiß mit der Obersten Heeresleitung gewesen. Schließlich habe er, Bethmann, dem unbeschränkten Tauchbootkrieg nicht mehr widerstehen können, denn nicht nur die „Annexionisten" — die manches erbitterte Wort des Gestürzten zu hören bekommen — seien dafür gewesen, sondern auch die Mehrheit des Reichstages selbst einschließlich des Zentrums unter Erzberger; ja die überwiegende Mehrheit des ganzen Volkes habe verlangt, daß der Kanzler sich den Forderungen der Obersten Heeresleitung beugen müsse.

Im Zusammenhang damit spricht Bethmann immer wieder von den „charakteristischen Verhängnissen" des Weltkrieges.

Glück ist eine Eigenschaft, sagt Napoleon.

Ich habe immer Pech gehabt, sagt Bethmann.

Welch eine Führernatur! Es scheint, als husche ein ingrimmiges Lächeln über die Züge Bismarcks oben an der Saalwand, während Bethmann so sich schutzsuchend unter das Gebot der Masse stellt. „Es muß doch gesagt werden, daß die Mehrheit des Volkes die Führung durch die Oberste Heeresleitung gewollt hat!" sagt Bethmann mit erhobener Stimme und zwingt sich, das erste und das letzte Mal, bei diesem Satz dazu, auf den Tisch zu schlagen. Es ist wirklich eine niederdrückende Denkmalsenthüllung, der wir hier beiwohnen. Wilhelm Busch hat sie vielleicht vorausgeahnt. In seinen letzten Versen finden wir einen, der sich trefflich als Epitaphium für Bethmann eignet:

„Er war nicht unbegabt. Die Geisteskräfte
Genügten für die laufenden Geschäfte."

## Es wird ihm über

31. Oktober.

In lastender Stille beginnt das Kreuzverhör Bethmanns am Nachmittage. Man hört leise Antworten; sie kommen nicht stockend, aber gleichsam unwillig heraus. Auf dies und das kann sich Bethmann nicht besinnen, erklärt beispielsweise zuerst, zum Botschafter Gerard nie von deutschen Kriegszielen gesprochen zu haben, um gleich darauf sein Gedächtnis wiederzufinden und zu berichten, daß er doch die Kriegsziele umschrieben habe. Es fängt an peinlich zu werden; man schaut besorgt hin, ob der frühere Kanzler am Ende vor einem Schwächeanfall stehe. Mit leiser Stimme sagt er immer wieder, man solle ihm Fragen schriftlich vorlegen, dann werde er die Akten studieren und das nächstemal Auskunft geben. Oder, er müsse zuvor mit Staatssekretär a. D. Zimmermann sich ins Benehmen setzen. „Sprechen Sie mit Mama!", so klingt es beinahe.

Aber im weiteren Verlauf der Vernehmung merkt man doch, daß man die Rolle, die dieser Zeuge spielt, nicht auf diese einfältige Formel bringen darf. Der ehemalige Kanzler steht nicht vor einem S c h w ä c h e a n f a l l, sondern eher vor einem W u t a n f a l l; alles in ihm zittert vor Erregung angesichts der törichten Fragen der Cohn und Schücking und Sinzheimer und der anderen letzten Azteken des Bethmannblocks. Das mächtigste Reich unseres Festlandes ist in Stücke geschlagen, die fünfhundertjährige Zollernmonarchie zerbrochen, das deutsche Volk in tiefstes Elend gestürzt: und da haben die parlamentarischen Großinquisitoren nichts Wichtigeres auf dem Herzen als die zeugeneidliche Bekundung, ob die Freisinnige Volkspartei nicht mindestens so „weitsichtig"

2*

gewesen sei wie die Sozialdemokratie oder warum die Zensur den Druck einer Schückingbroschüre über den Völkerbundsgedanken während des Krieges verboten habe. „Fort von Bismarck, zurück zu Schiller!", deklamierte der Demokrat Schücking in Weimar; wenn Schiller ihn so hörte, so würde er mit dreizehnhundert Touren im Grabe rotieren.

Wiederum am dümmsten und perfidesten fragt Cohn:

„Glauben Sie, daß an manchen Stellen in Deutschland g e w ü n s c h t wurde, daß unser Friedensangebot die Friedensaktion Wilsons beeinträchtigen sollte?"

Bethmann antwortet mit einem kurzen und mürrischen Nein; Herrn Cohn sind, wie immer, die Felle wieder fortgeschwommen.

Weit schlauer ist der Handelsprofessor Bonn. Er stellt immer beiläufig Dinge fest, die in Wahrheit kein Zeuge ausgesagt hat, so, daß Wilson durch das gleichzeitige deutsche Friedensangebot in den Verdacht geraten sei, unser Agent zu sein, was die Haßmaschinerie gegen uns erst recht in Gang gebracht habe. Das kommt dann doch in den Bericht. Bei einer ganz einfältigen Äußerung holt auch Bonn sich die verdiente Abfuhr. Er meint, die deutsche Regierung hätte Wilson einfach depeschieren müssen, nun solle er mal endlich mit seiner Sache herauskommen, sonst komme man selber mit etwas. Ein ganz absonderlicher Diplomat, dieser Bonn; er weiß wirklich vortrefflich Bescheid über die Art des internationalen Verkehrs. „Und werden wir uns anderswo eindecken, falls Sie uns nicht bis zum 12. d. M. Preise anstellen, die ..." hätte die deutsche Regierung wohl depeschieren sollen.

Das ganze Kreuzverhör „ihres" Kanzlers ist im Sinne der Mehrheitsparteien völlig unergiebig geblieben. Sie verstehen ja nicht einmal zu fragen, und das, was sie als zeugeneidliche Antwort wünschen, das lebt ja nur in ihrer Phantasie,

ist nie dagewesen. Es würde zur Abkürzung dieses geradezu lächerlichen Weltgerichts, dessen Würde jetzt nur noch durch die sachlichen Eingriffe des Vorsitzenden Warmuth gewahrt wird, erheblich beitragen, wenn man fortan bei der Vernehmung von Belastungszeugen von Bethmanns Art nur noch folgendes zu stenographieren hätte:

„Glauben Sie, daß General Ludendorff und der Abg. Dr. Traub und Kaiser Wilhelm II. und Redakteur Kunze von dem antisemitischen Deutschen Wochenblatt an allem Unglück schuld sind?"

„Ja."

„Können Sie irgend etwas Beweiskräftiges für Ihre Ansicht anführen?"

„Nein."

„Danke sehr, Sie sind entlassen; der nächste Herr, bitte!"

## Der Unschuldige

4. November.

Nein, wirklich: dies Kind — kein Engel ist so rein! Der Lateiner würde sagen, Bethmann sei eine „anima pia et candida", eine ehrliche Haut mit fleckenlos weißer Weste. Ein solcher Kanzler ist noch gar nicht dagewesen!

Er setzt vor der parlamentarischen Untersuchungskommission seine Selbstbekenntnisse fort, aber nicht mehr in unterdrückter Wut gegen seine lächerlichen Inquisitoren, nicht mehr leise und heiser, sondern wie von einer Last befreit, offen und schallend, über die Köpfe der Hugo Sinzheimer und Benno Stehkragen hinweg an den Areopag aller fünf Erdteile.

„Ich finde keine Schuld an ihm!" würde selbst ein britischer Landpfleger, zum Richter über Bethmann bestellt, sagen. Und hinterdrein vielleicht leise lächeln....

Dieser Kanzler des Deutschen Reiches hat sozusagen vom ersten Tage des Krieges an nicht an den Sieg, sondern an den Frieden gedacht, wobei ihm nur „durchaus maßvolle" deutsche Bedingungen vorschwebten, wie er selber bekennt. Also ein Mann ganz nach dem Herzen des Professors Schücking und der anderen demokratischen Pazifisten. In der rauhen Welt von heute finden sich weder der Kanzler noch der Professor zurecht. Dieser lebt noch immer in dem Wolkenkuckucksheim seines Großvaters, des Romandichters Levin Schücking, der „alten Feudalismus" bekämpfte und „echtes Menschentum" förderte, von Emanzipation und Selbstbestimmungsrecht und Seelenfrieden schwärmte und sich derweil, in Träume und Schäume vergraben, die geliebte Frau von einem anderen wegheiraten ließ. Und nun dieser Professor der Rechte Walter Schücking: ganz der Großpapa! Er bekommt es heute noch fertig, an das geläuterte Menschentum innerhalb eines Völkerbundes zu glauben und mit einem Räuspern der Mißbilligung Bethmanns mangelnde Erfolge auf diesem Gebiete zu streifen. Auch der Demokrat Gothein ist durchaus Schückings wert. Aber um ganze Sternweiten in Weltfremdheit werden beide von dem sozialdemokratischen Minister David geschlagen, der dem ehemaligen Kanzler vorhält, er hätte vor allem für Amerikas Neutralbleiben sorgen müssen, dann wäre Wilson bei der ganzen Friedensaktion — unser Verbündeter gewesen! Es ist, als ginge die Sonne auf über einer trübseligen Welt: sogar über Bethmanns Gesicht huscht ein Lächeln, die Sachverständigen halten sich die Hand vor den Mund, am Richtertisch und im Publikum prustet man los. Es ist das erstemal, daß befreiendes Lachen diese „ernsten" Verhandlungen unterbricht. Sie sind grausam subaltern. Wenn die Pförtnerfrau

und die Hökerin vor dem Schiedsmann erscheinen, wird mehr gesunder Menschenverstand produziert; blitzartig wird das heute der Versammlung klar, und da kommt das Lachen unwiderstehlich.

Gegen die Hintertreppenschnüffler wie Sinzheimer und Cohn und die Wolkenkuckucksheimer wie Schücking und David verteidigt sich Bethmann übrigens vortrefflich. Seine Ausführungen atmen in *dieser* Umgebung geradezu Kultur. Er setzt sich mit seiner These durch, daß er zwar den Forderungen der Heeresleitung und dem Drängen seiner zur Tauchbootpolitik abgefallenen demokratisch-sozialdemokratisch-klerikalen Reichstagsmehrheit nachgegeben, aber nie ein Doppelspiel gespielt habe. Eine ehrliche Haut mit fleckenlos weißer Weste. Auch die Gleichzeitigkeit einer amerikanischen und einer deutschen Friedensaktion sei nicht eine Hintertreibung der amerikanischen gewesen, sondern, er wiederholt es, *die Politik der „zwei Eisen" im Feuer.*

Mit ihrer Wißbegier fallen die Inquisitoren auch diesmal ab. Sie fragen nach allen möglichen Dingen, die das Friedenswerk „sabotiert" haben könnten; sie verstehen immer noch nicht, was Bernstorff und Bethmann übereinstimmend und wiederholt bereits bekundet haben, daß der Wilsonfriede niemals wirklich greifbar war. Wäre er durch unsere *Einmischung* verhindert worden, sagt Bethmann, so hätte Bernstorff doch sicher davor gewarnt; aber *keine* derartige Warnung finde sich bei den Akten.

Das ist ein Nasenstüber, zweifellos. Bernstorff rutscht unruhig auf seinem Stuhle. Die Herren parlamentarischen Untersuchungsrichter fragen ihn, nachdem der Sachverständige Professor Dr. Hoetzsch den Anfang gemacht hat, nach allerlei. Was er beispielsweise in der und der Lage getan habe. Nichts. Aber „Verbindung" mit dem Freunde Wilsons, dem Oberst House, habe er immer gehabt, sagt er. Man fragt weiter. Ob

nicht die Deportierung der belgischen Arbeitslosen nach Deutschland, wo sie für das Hindenburgprogramm eingespannt werden sollten, den Frieden zunichte gemacht habe. Da läuft Herrn v. Bethmann Hollweg endlich die Galle über. Man mag gegen seine Unzulänglichkeiten sagen, was man will, ein guter Deutscher ist er doch immer geblieben. Er reckt sich empor, er blitzt die Frager an, er umklammert fest beide Armlehnen und ruft mit erhobener Stimme: wollten wir wirklich immer weiter nur von unseren eigenen Sünden und völkerrechtlichen Anomalien sprechen, statt von der größten völkerrechtlichen Anomalie des Krieges, der englischen Hungerblockade, unter der unser Volk auf Generationen verelendet sei?

Und zum erstenmal während dieser sonst so totenfeierlichen Verhandlungen gibt es Beifall im Saale. Händeklatschen, Bravorufe. Nicht nur hinter dem Geländer für das Publikum, sondern fast bei allen Teilnehmern selbst. Einmal, ein einziges Mal, ist ein echter Klageschrei erschollen.

Das Ergebnis auch dieses Tages bereichert uns nicht. Wir haben noch einmal erfahren, daß Bethmann das Beste gewollt hat, mehr Skeptiker als Tatmensch gewesen und schließlich erfolglos geblieben ist: erfolglos gegenüber Wilson, gegenüber der Heeresleitung, gegenüber seiner eigenen Reichstagsmehrheit.

Es ist eine sehr schöne Sache, zwei Eisen im Feuer zu haben; aber es ist gefährlich, einen hölzernen Kanzler daneben zu stellen.

## Was herauskommen wird

5. November.

„Wir werden die Herren schon zu fassen kriegen!"

Der glänzende Kahlkopf Scheidemanns lief rot an, als dieser „Ministerpräsident" in Weimar das böse Wort hinausschmetterte. Ein Staatsgerichtshof sollte die Männer des „alten Systems" zu Galgen und Rad — in der Theorie natürlich — verdammen, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß dazu die Vorarbeit liefern. Der hat sich in vier Unterausschüsse geteilt, die, wenn sie gründlich sein wollen, jahrelange Arbeit vor sich haben. Der zweite Unterausschuß, dem mit vorbildlicher Unparteilichkeit der deutschnationale Abg. Landgerichtsdirektor Warmuth vorsitzt, hat nunmehr über einen winzigen Ausschnitt aus der Kriegszeit, über den Dezember 1916 und den Januar 1917, zwei der vielen Hunderte von Zeugen vollständig vernommen, Bernstorff und Bethmann. Das sind die beiden großen „Kanonen" der Demokratie, die Ludendorffgegner, von deren Aussagen man sich händereibend einen Bombenerfolg geweissagt hatte.

Und nun? Scheidemann wird bereits elegisch. In vertrautem Kreise gesteht er zu, daß man sich vielleicht — in der Besetzung des Ausschusses vergriffen habe. In der Tat: die David und Sinzheimer und Cohn sind mitleiderregend. Am Tische, der der fremden Diplomatie vorbehalten ist, sitzen ein paar Attachés und tauschen, meist auf englisch, leise ihre Eindrücke aus. Sie müssen sich Gewalt antun, um ernst zu bleiben. Besonders der Weltenrichter Sinzheimer aus Frankfurt a. M., der noch so wenig europäisiert ist, daß er das Deutsche nicht ohne ständigen Zungenfehler meistert, erregt ihr Kopfschütteln, wenn er von der „englichen" Regierung spricht

oder vom „seßzehnten" Dezember. Die Demokraten Gothein und Schücking aber wirken fast mumienhaft. Zum mindesten so, als seien sie soeben aus Großmutters Mottenkiste hervorgeholt; sowie sie den Mund auftun, glaubt man einen Naphthalingeruch im Saale zu verspüren. Alle diese Untersuchungskommissare machen durch ihre kindlichen Fragen eines sofort klar: daß das „neue System", durch diese sozusagen Staatsmänner repräsentiert, den Weltereignissen noch unglaublich viel hilfloser gegenübersteht, als selbst der reichlich dilettierende Herr v. Bethmann Hollweg.

Herr Cohn wühlt immer nur nach ganz besonderen Trüffeln. Er will andauernd irgendwelche Untaten des **Kaisers** zutage fördern und fragt auch heute wieder den Grafen Bernstorff nach Äußerungen des Kaisers über den Wilsonfrieden; er zieht erneut, wie immer, eine Niete.

Noch lächerlicher macht sich Sinzheimer, der vom Staatssekretär a. D. Zimmermann wissen will, welche Motive Herrn Clemenceau bei der Ablehnung der Wilsonschen Friedensaktion bewegten. Ähnliche Fragen tauchen immer wieder auf: was dieser oder jener Zeuge darüber vermute, was dieser oder jener andere Staatsmann sich gedacht habe.

Im Tone sehr scharf wehrt Bethmann heute solche sinnlosen Belästigungen ab. Ein zustimmendes Gemurmel läuft den ganzen Saal entlang. Er ist doch voll von Intellektuellen; und sie alle, auch die Parteigenossen der Frager, empfinden deren Tasten und Stammeln als blamabel für das deutsche Parlament, das deutsche Gerichtsverfahren, den deutschen Geist. Zudem droht die Gefahr des Versandens. Wer wird für **diese** Art Untersuchung nach 14 Tagen noch Leselust aufbringen?

Bisher hat Scheidemann jedenfalls **nicht** „die Herren zu fassen gekriegt", sondern muß, da er klüger ist als die Mehrheitstrabanten im Untersuchungsausschuß, schon er-

kennen, daß die ganze Aktion verpufft. Die Vernehmung der beiden „Hauptbelastungszeugen“ hat das alte System von dem entlastet, womit es erdrückt werden sollte. Aus Bernstorffs zeugeneidlicher Aussage ergibt sich — es ist wirklich fatal — die Tatsache, daß unsere Friedensbetteleien uns geschadet haben, weil sie, was ja bisher die Alldeutschen allein zu behaupten wagten, überall als Eingeständnis der Schwäche angesehen wurden. Und Bethmann zerstört heute unter seinem Eide die Legende, als sei ihm der uneingeschränkte Tauchbootkrieg von den Militärs aufgezwungen worden. Es ist alles ganz natürlich, ganz korrekt, ganz gewissenhaft vor sich gegangen.

Wilson wurde allseits als taube Nuß erkannt.

Bethmann hatte kein Mittel zur Herbeiführung des Friedens.

In dieser Lage wurde von allen Verantwortlichen — unter Zustimmung der Reichstagsmehrheit — der Entschluß gefaßt, die „ultima ratio“ anzuwenden. Sie hat um ein Haar den Erfolg gebracht. Der ehemalige Reichskanzler führt unter Bewegung der Versammlung aus, wie den Engländern im Mai 1917 das Wasser bereits an den Hals ging. Warum es im Sommer jenes Jahres trotzdem nicht zum Frieden kam und wer den Frieden in Wirklichkeit sabotiert hat, das werden wir erfahren, wenn erst — Matthias Erzberger über seine staatsmännische Tätigkeit unter Eid aussagen muß.

Krampfhaft verbeißt sich vorerst der Untersuchungsausschuß in ein, wie er glaubt, wenigstens krankgeschossenes Wild. Staatssekretär a. D. Zimmermann schweißt stark. Helfferich, der neben ihm sitzt, muß ihn wiederholt freundnachbarlich die Hand fest auf den Arm legen, um ihn zurückzuhalten. Zimmermann hat hin und wieder — aus diplomatischer Taktik, wie er sagt — die deutsche Presse während des Krieges über die Motive der Regierung falsch informiert. Mit hellem Geläut

gehen die Sinzheimer und Genossen auf dieser Fährte ab. Harden und Wolff sollen es bezeugen können. Schön. Aber das ist keine lohnende Beute für Herrn Scheidemann, wenn er dagegen aufrechnen muß, daß die Untersuchungskommission schließlich wider ihren Willen wahrscheinlich Herrn Erzberger und die ganze demokratisch-sozialdemokratisch-klerikale Reichstagsmehrheit im Fangeisen vorfinden wird.

Es laufen bereits Gerüchte um, daß man die Nationalversammlung vor Abschluß der Arbeiten der vier Ausschüsse auflösen möchte, um diese Arbeiten zu unterbrechen und vergessen zu machen; noch rechtzeitig, ehe die unerbittliche Wahrheit unsere wirklichen Siegverderber, Kriegsverlängerer, Friedensverhinderer „zu fassen kriegt". Der kahlköpfige Zauberlehrling, der die Geister gerufen, sucht nach der Formel und findet sie noch nicht. Besen, Besen, seid's gewesen! Eines Tages wird der ganze wässerige Novemberspuk der Sinzheimer und Erzschlauberger verschwunden sein, wenn der Meister kommt. Und hinterdrein fliegt Scheidemann zum Tempel hinaus.

## Zwei Welten

6. November.

Die unsaubere Phantasie der kleinen Advokatenseelen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß beschäftigt sich nur mit einer Frage: wie eigentlich die ganze Geschichte im Kriege „geschoben" worden sei. Eine andere Auffassung ist ihnen nicht nur fern, sondern *wesensfremd*, weil sie in einer Atmosphäre reinen Wollens nie heimisch waren. Die ungeheure Katastrophe des Weltkrieges, in der die nicht gerade gigantischen Staatsmänner und die überlebensgroßen

Heerführer unseres Volkes doch ihr Bestes für unsere Selbstbehauptung hergegeben haben, ist für die Sinzheimer und Genossen eine Schiebung, weiter nichts. Davon kommen sie nicht ab. Sie kennen doch ihre Umwelt! Am liebsten würden sie fragen, ob Bethmann sich dabei „gesund gemacht" oder wieviel Provision Ludendorff eingesteckt habe. Von einem von beiden seien wir doch hereingelegt worden, und zwar vermutlich, wenn nicht das Gegenteil bewiesen werde, mit voller Absicht. Denn so weiß man es doch von jeder Pleite am Hausvogteiplatz in Berlin. Und von jedem Pferdehandel, wo immer einer an den Pferdezähnen herumgefeilt hat.

Es kann einem wirklich übel werden. In welche Kaschemmenluft ist man geraten! Zwei Welten stehen einander gegenüber, getrennt durch einen Ozean, zwei Welten mit völlig verschiedener Sitte, Pflichtauffassung, Lebens- und Staatsanschauung: die saubere Welt des alten Reiches, die im Vaterlande wurzelte, und die neue Welt unserer glorreichen Schieberrepublik, die auf gebrochenen Eiden ruht. Die politischen Einbrecher des November wollen die Ausgeraubten „überführen"! Man sehnt sich hinaus aus dieser Einnebelung. Zeugen, Sachverständige, Zuhörer, Pressevertreter suchen immer häufiger die Wandelgänge auf, um sich bei einer Zigarette zu erholen.

Unter dieser Unruhe leidet die ganze Verhandlung des Donnerstags in dem großen Ausschußsaale.

Bethmann fängt an, unter dem kleinen, talmudisch geschulten Advokatenvolk der Cohn und Genossen massiv zu wirken — und auch massiv zu werden.

Wenn er den ganzen Ausschuß, den er mitsamt seinen Praktiken beinahe eine Spottgeburt nennt, geradezu anpfeift, wenn er allmählich souverän wird gegenüber diesem — „Ausschuß" der souveränen Nationalversammlung, so

braucht man sich darüber nicht zu wundern. Seine Inquisitoren werden es noch fertigbringen, ihn ins Heldenformat emporwachsen zu lassen. Bethmann kennt aus jahrelanger, durch unseren Parlamentarismus erzwungener Zusammenarbeit dieses Volk, das nur mit Spitzfindigkeiten operiert, nur in Worten kramt, keinen Blick für das Große hat, und er behandelt es entsprechend.

Der Admiral Koch, der an Stelle des verstorbenen Holtzendorff über die Fragen des Tauchbootkrieges vernommen wird, hat in diese Welt der Geschäftspolitiker und Parteitrabanten keinen so intimen Einblick genossen, er bringt die energisch-verächtliche Geste noch nicht auf, er läßt sich hie und da verblüffen, zerhaut nicht sofort die Schlingen der Rabulisten. Und dennoch: seine Sache ist gut und rein, und das ist schließlich das Entscheidende. Die Ankläger hatten gehofft, zum mindesten „verbrecherischen Leichtsinn“ bei der Abfassung der Denkschriften und Gutachten über den Tauchbootkrieg feststellen zu können, statt dessen aber erfährt man, wie auch hier mit äußerster Sorgsamkeit gearbeitet worden ist. Vor Gericht würde Sinzheimer, der wiederholt mit Akten operiert, in die nur er als Berichterstatter Einsicht genommen hat, während die Beisitzer und die Zeugen sie nicht kennen, alsbald zurechtgewiesen werden; hier in der parlamentarischen Arena tut er es ungestraft, arbeitet mit den kleinlichsten Advokatenmätzchen, und bleibt trotzdem erfolglos. Erschüttert hören wir wieder, wie Deutschland durch den Tauchbootkrieg beinahe den Sieg errungen hätte, hören wir unverdächtige Zeugnisse darüber aus englischem Munde, aber selbst das will der Klüngel im Untersuchungskollegium nicht gelten lassen, will unter allen Umständen deutsche Schuld festgestellt sehen: Jellicoe habe sicher übertrieben, Churchill sicher renommiert! Nein, es gibt keine Brücke zwischen der Welt der Sinzheimer und der unserigen.

Völlig in die sozialdemokratischen Gedankengänge verstrickt sind auch die Demokraten, für die heute Heile einspringt. Er meint, der Tauchbootkrieg sei den Engländern nicht an die Nieren gegangen, denn ein Blick in den Anzeigenteil der englischen Zeitungen während des Krieges beweise, daß dort „noch alles zu haben" gewesen sei. Er vergißt, daß bei uns solche Anzeigen in der Zeit der Rationierung alles Notwendigen verboten waren, sonst hätten auch wir sie gehabt, denn „zu haben" war für große Geldbeutel auch hierzulande alles, und er vergißt, daß im Ausschußsaale eben erst unter Eid bekundet worden ist, daß die Engländer monatelang beispielsweise überhaupt kein Fett bekamen. Sie haben sehr gelitten, wenn auch vielleicht weniger als wir, und sie standen im Sommer 1917 nahe vor dem Zusammenbruch. Damit hatten auch unsere Gutachter gerechnet; die hervorragendsten Fachleute des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft. Wie „unparteiisch" der Admiralstab beim Einholen dieser Gutachten gewesen ist, davon zeugen die Namen der Hauptbefragten: Levy, Salomon, Newmann, Weill. Jawohl, auch der Getreidegroßhändler Max Weill aus Frankfurt am Main; Herrn Sinzheimer verschlägt das eine Weile den Atem. Daneben hat man die Generaldirektoren des Phönix, der Gutehoffnungshütte und ähnlicher Weltfirmen herangezogen. Es war eine erstaunlich wohlabgewogene, eine unglaublich reinliche Sache.

Das aber ist es ja gerade, was völlig über den Horizont der Sinzheimer und Genossen geht, weil sie eben — a n d e r s zu arbeiten gewohnt waren. Sie leben nicht in unserer Welt. In ihrer Welt wurden mit „verbrecherischem Leichtsinn" Friedensresolutionen fabriziert, die bei uns Heer und Heimat schwächten, beim Feinde zum Durchhalten ermunterten. In ihrer Welt fiel man auf Wilsons 14-Punkte-Schwindel

herein, ohne vorher irgendein Gutachten einzuholen. Sie hatten von einem deutschen Vernichtungsfrieden den großen Erfolg zu erwarten: die rote Schieberrepublik auf den Trümmern des Reiches. Sie haben durch die Lüge des 9. November den Kaiser entthront und dadurch den Zerfall des Heeres erreicht.

Diese zwei verschiedenen Welten, von deren Existenz bisher nicht jedermann wußte, tauchen nun aus dem Phrasennebel, in dem wir seit einem Jahre uns bewegen, in harten und klaren Umrissen empor. Mit leichtem Frösteln merken es die Urheber der Untersuchungskomödie; in zitternder Erregung harrt das ganze Land. Eine ungeheure vaterländische Flutwelle wird aus dieser Erregung geboren. Die Sintflut kommt.

## Der Ring wird enger

7. November.

Die Zentrumsleute sind klug. Es ist auffallend, wie sie sich in dem Debattierklub, dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, zurückhalten. Sie haben offenbar schon Witterung davon, was kommen wird.

Anscheinend noch ahnungslos aber poltern die Demokraten und die Sozialdemokraten weiter. Freilich die Hoffnung, die führenden Männer des alten Kaiserreichs als Halunken „entlarven" und zum Holzstoß schleppen zu können, in dessen Flammengeleucht sie selber in der Glorie der „Befreier" dastehen würden, haben sie wohl längst nicht mehr. Nur merken sie noch nicht, daß sich bereits der große Rollentausch ankündigt: aus Anklägern werden binnen kurzem Gerichtete.

Noch beharrt in Nebendingen ihre Rechthaberei auf dem Schein. Der Kapitän Persius hat mit dem Großadmiral von Tirpitz ein schon sehr altes Hühnchen zu rupfen; die Federn wollen nicht mehr recht heraus. Er hat „seine" Zahlen über den Tauchbootbau am Freitag morgen wieder einmal im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht, und sein demokratischer Parteigenosse, der ehemalige Abg. Dr. med. Struve, wiederholt am Freitag mittag den ganzen Artikel vor dem Untersuchungsausschuß. Auch Gothein, David, Schücking, Sinzheimer kommen uns als „sachkundige" Wichtigtuer; der letztere wird dabei vom ganzen Saale ausgelacht. Sie behaupten, man habe ihnen während des Krieges über die Zahl der Tauchboote, die viel zu gering gewesen sei, falsche Angaben gemacht.

Das mag sein. Um so größer ist der Erfolg der wenigen zu bewerten. Es wird festgestellt, daß die Versenkungsziffern in Wirklichkeit noch größer waren als der Admiralstab angab, und darauf kam es an. England rang nach Luft, wir hatten die Hand an seiner Gurgel. Da — zogen wir sie zurück; die Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 und das Bekanntwerden Czerninscher Mutlosigkeiten (durch wen?) ließ den Briten das Blut wieder zum Herzen strömen und gab ihnen die Kraft zum Durchhalten. Wir hätten zu wenig Tauchboote gebaut, sagen die um Gothein. Auch das mag sein. Es war überall knapp; die Infanterie fühlte sich zuzeiten verraten und verkauft, weil die Artillerie wegen Munitionsmangels nicht schoß, die Flieger, die Kraftfahrer, die Pioniere schrieen nach neuem Material, und die Oberste Heeresleitung mußte bald hier, bald dort den dringendsten Bedarf decken, konnte nicht alles für die Tauchboote allein freigeben. Das war damals, als sogar eine Riesenfirma wie Krupp erst auf ein mehr-

wöchiges Hin und Her dringendster Eingaben — 50 Kilo Kupfer überwiesen bekam.

Das war aber auch damals, als England seinen Nacken schon beugen wollte. Den unmöglichen Politikern, die jetzt im Untersuchungsausschuß mit hartnäckiger Bosheit den Satz verfechten, den Engländern sei es glänzend gegangen, wird unter Eid das Gegenteil bezeugt. Ich krame in alten Briefschaften, die wir englischen Gefangenen im Felde abnahmen, Feldpostbriefen ihrer Angehörigen aus England. Aus Streatham S. W.: „Wir hatten die ganze vorige Woche trockenes Brot, da weder Butter noch Margarine aufzutreiben war." Aus New Croß S. E.: „Das Militär lag letzte Woche drei Tage in Bereitschaft für den Fall, daß in Erith Revolten wegen des Nahrungsmangels ausbrächen." Aus Packham S. E.: „Ich hatte diese Woche zum erstenmal seit 14 Tagen etwas Fleisch." Weitere Briefe aus Bristol, Swansea, Cardiff erzählen von Unruhen, bei denen verzweifelte Hungernde, die gegen das Militär anliefen, getötet wurden.

Trotzdem hielt England stand. Es rief nicht nach Frieden, sondern wollte den Sieg. In Deutschland wählten Demokratie, Zentrum, Sozialdemokratie den entgegengesetzten Weg, — und der führte uns ins Verderben.

Immer deutlicher wird der Vorgang, immer enger zieht sich der Kreis. Wir hatten einmal die Möglichkeit, zu einem ehrenvollen und gesicherten deutschen Frieden zu gelangen. Sie war durch unser Heer und durch unsere Flotte unter Führung der größten Deutschen geschaffen worden; sie wurde zerstört durch die Dummheit und die Perfidie politischer Parteien und durch das unverantwortliche Geschwätz eines Vielgeschäftigen, der heute Minister ist. Die Zentrumsleute sind sehr still geworden. Es kommt die Zeit, wo sie jemand von den Rockschößen schütteln müssen.

# Struve und Capelle

11. November.

Unter dem Däumlingsvolk war Gulliver ein Riese. Unter den Sinzheimer, David, Cohn, Schücking war Bethmann ein Staatsmann. Unter den Gothein und Struve ist Capelle ein Frontsachverständiger und Seeheld.

Als Spezialist für gewisse Krankheiten hat der Hautarzt Dr. med. Struve in Kiel viel mit Matrosen und anderen Marineangehörigen zu tun gehabt. Da ist ihm sein nautisches Wissen angeflogen. Er war in jeder Beziehung Vertrauensmann seiner Laufkundschaft, die ihm allerlei zutrug, nicht nur die Klagen über ihre persönlichen Leiden, sondern auch über die bösen Vorgesetzten. Oh, er weiß Bescheid, der Herr Dr. med. Struve; „denn er ist klug und weise, und ihn betrügt man nicht". Während Capelle heute vernommen wird, bekommt Struve einen roten Kopf, so rot, wie das Bülker Feuerschiff ist, denn die Zahlen von neulich zerflattern mit dem gesamten Anklagematerial. Aber vor dem hohen Konzil derer von Schücking bis Cohn will Struve sein fachmännisches Ansehen wenigstens durch Randglossen retten. Capelle spricht. Laut, klar, scharf. Struve aber murmelt fortgesetzt, für alle Umsitzenden vernehmlich, dazwischen. „Du hast ja keine Ahnung!" „Mensch, davon verstehst du nichts!" Und ähnliches mehr; wörtlich so.

Capelle, der Nachfolger des Großadmirals v. Tirpitz, oder sein Erbschleicher, wie böse Zungen ihn nennen, ist seit Jahrzehnten frontfremd gewesen, nur noch Verwaltungsbeamter der Marine. Gegenüber den Struve und Genossen wächst er aber plötzlich ins Gigantische; aus dem einfachen Grunde, weil er ihre Versuche, dem „alten System" die

3*

Schuld aufzubürden, die Männer des kaiserlichen Deutschlands als perfide und gleichzeitig als vertrottelt vor aller Welt hinzustellen, durch die Mitteilung der schlichten Wahrheit vereitelt.

Hier ist sie:

Im Jahre 1916 war der verehrliche Reichstag wilder Gegner eines energischen Tauchbootkrieges, der denn auch abgelehnt wurde; dieselben Leute werfen der Marine jetzt vor, daß sie damals nicht mehr Tauchboote gebaut habe! Im Jahre 1917 wurde mit äußerster Anspannung gebaut, aber natürlich nur nach Maßgabe der verfügbaren Baustoffe; mehr freizugeben, lehnte die Oberste Heeresleitung ab, da man doch auch die Fliegerei und andere Waffen nicht ganz aufs Trockene setzen und ihnen Gummi, Kupfer und dergleichen sperren konnte. Die Marine habe den Reichstag nicht getäuscht, sagt Capelle. Es handele sich doch nicht um Feststellung der Tatsache, ob die eine oder die andere Werft mehr hätte bauen können, aber — infolge Materialmangels — die gewünschten Überweisungen nicht erhalten habe, sondern um die Wirkung des ganzen Tauchbootkrieges, der tatsächlich die Engländer friedensreif gemacht habe. Versprochen habe die Flottenleitung eine Versenkung von rund 600 000 Tonnen feindlichen Schiffraums im Monat; geleistet seien tatsächlich 900 000 Tonnen im Durchschnitt!

Das ist wirklich das Entscheidende und Durchschlagende. Das fühlen Richter und Zeugen und Zuhörer, das empfindet der ganze Saal.

Dr. med. Struve bekommt immer stärkere Kongestionen nach dem Kopfe. Gothein versucht, ihm durch Eingreifen in die Debatte beizuspringen, und tut es in der üblichen Art dieser „Untersuchungsrichter“, die nicht präzise Fragen stellen, sondern — lange Plädoyers gegen das alte Reich halten und am Schlusse unvermittelt von den Zeugen eine Zustimmung

zu erpressen suchen. Niemand hört mehr auf Gothein hin. Der Vorsitzende muß wiederholt um Ruhe bitten und schließlich erklären, Privatgespräche seien draußen abzumachen. Da verläßt, einer hinter dem anderen, ein großer Teil der Anwesenden allmählich den Saal. Eine vernichtendere Kritik ist kaum denkbar. Es sind auch Parteifreunde Gotheins darunter.

Auf der Filmleinwand hat das exzentrisch Groteske seine Berechtigung. Wenn da einer seinen Kopf abreißt, in die Ecke wirft, dann mit dem Finger winkt, und der Kopf fliegt wieder an Ort und Stelle, so ist das zum Lachen. Jetzt erleben wir etwas Ähnliches. Die Leute, die den Tauchbootkrieg verwarfen, winken ihn nun, drei Jahre später, im Ausschußsaale heran. Schwupp, Vaterlandsretter. Nachträglich erwachte kapitolinische Gänse. Und das Ganze ist doch nur schlechter Kientopp.

## Helfferich-Tag

12. November.

Mit 27 Jahren Hochschullehrer der Nationalökonomie, mit 34 Direktor der anatolischen Eisenbahnen in Konstantinopel, mit 44 Vizekanzler des Deutschen Reiches: ein Dutzendmensch ist dieser Helfferich gewiß nicht. Kaum hat er vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß seine Verteidigungs-, nein, seine Anklagerede begonnen, so steht alles im Banne seiner starken Persönlichkeit. Endlich einmal ein Mann, der da weiß, was er will, und er weiß viel. Bethmann sinkt zurück in wesenlose Tiefen; von Bernstorffs verwehter Existenz zeugt überhaupt nur noch ein leiser Taschentuchduft. „Wenn Helfferich auch noch Charakter

hätte, dann wäre er direkt ein Olympier!", sagt giftig und doch auch neidisch einer der Großen der Demokratie in dem Saale.

Man sieht den scharfen jungen Raubvogelkopf Helfferichs schon seit einer Reihe von Tagen an einem Seitentisch im Ausschuß. Still eräugt er da die wolligen Widder, die Cohn und die anderen der Herde. Noch schwebt er in unermeßlicher Höhe. Einzig und allein sein Gedächtnis packt die Vorgänge wie mit einer Kneifzange. Seinem Nachbar, dem Staatssekretär a. D. Zimmermann, legt er, wenn der losbrausen will, wiederholt begütigend die Hand auf den Arm.

Heute aber stößt er hernieder: in seinen Fängen blutet Sinzheimer, der Herr Berichterstatter des Untersuchungsgerichts. Vergebens breitet Warmuth, der schier übermenschlich parteilose, als Vorsitzender seine Flügel über die bona fides der roten und rötlichen Kollegen. Die üble Tendenzmache Sinzheimers ist enthüllt. Er hat aus dem überreichen Aktenmaterial nicht erwähnt, was zugunsten der Männer des alten Systems nicht nur „spricht", sondern von vornherein die Anklage gegen sie, als hätten sie den Frieden nicht gewollt oder verschleppt, vernichtet hätte. Erst Helfferich muß den Kaiserbrief an Bethmann heute vorlesen, den der Ausschuß bisher nicht angezogen hatte. Hätte man diesen Brief Wilhelms II. vom 31. Oktober 1916 sofort der Öffentlichkeit übergeben, so wären die Gesichter der Scheidemannkorona schon am ersten Ausschußtage meilenlang geworden; so könnte kein knallrotes Wurstblatt heute noch von „Wilhelm dem Blutigen" schreiben.

Es war nach der glücklichen Durchführung unseres rumänischen Feldzuges. Die Hoffnung der Entente auf die Wendung durch das Eingreifen Rumäniens war zertrümmert, die Möglichkeit zu einem für alle Teile ehrenvollen Abbruch

des blutigen Krieges gegeben, wenn die Entente nicht um jeden Preis die Vernichtung Deutschlands und gleichzeitig der gesamteuropäischen Wirtschaft wünschte. In diesem Augenblick schrieb der Kaiser an Bethmann:

> „Der Vorschlag, Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf ihnen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat, sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für die Menschheit besitzt, der unbekümmert um die Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es im Vertrauen vor Gott wagen."

Leider spricht Helfferich sehr schnell, wie man es so häufig bei Leuten findet, die mit sich selbst vollkommen im reinen und Herr aller Einzelheiten sind. Infolgedessen geht den Berichterstattern manche Feinheit verloren, so bei dieser Gelegenheit die, daß der Kaiserbrief „eilig und dringlich mit Bleistift" geschrieben worden ist, also aus dem innersten Gefühl heraus, ein Zeugnis der Wahrheit, nicht eine zurechtgestutzte Staatsaktion. Und noch etwas fällt bei dem in rasender Hast für die Abendblätter mitgeschriebenen Bericht unter den Tisch: Helfferichs Anschuldigung, daß Sinzheimer bei der Verlesung der Wilsonbotschaft vom 22. Januar 1917 den wichtigsten Satz unterschlagen habe. Wenn dieser Satz, in dem Wilson sich völlig auf die Seite der Entente stellt und klar zu erkennen gibt, daß er auf einen Vernichtungsfrieden für Deutschland hinsteuerte, zu Beginn der Verhandlungen verlesen worden wäre, so hätte man sich mehrere Tage unnützen Gewäsches vor dem Untersuchungsausschuß ersparen können.

Sinzheimer versucht, den Staatsminister a. D. Helfferich zu unterbrechen und hat alsbald einen neuen Schnabelhieb weg. Professor Bonn will, erheblich geschickter, den Blutenden decken, wie ja überhaupt die ganze Gesellschaft jetzt merkt: Es geht ums Ganze! Aber auch er muß verstummen. Man mag über Helfferich urteilen, wie man will, man mag, wie es dieser Tage in einem Provinzblatt zu lesen stand, von ihm sagen, er habe sich nur deshalb jetzt zu den Deutschnationalen geschlagen, weil er in ihnen die Partei der Zukunft sehe, und er pflege sich nie an einer faulen Sache zu beteiligen. Eines ist jedenfalls sicher: auch die Gerissensten unter diesen parlamentarischen Anklägern des kaiserlichen Deutschlands im Untersuchungsausschuß stehen jetzt vor einem Manne, der ihnen — noch über ist.

Mathias, Mathias, du gehst einen schweren Gang. Vor dem Warmuthschen Unterausschuß wird nicht etwa nur die Wilsonepisode durchgesprochen, sondern auf ihrem Programm stehen sämtliche vereitelten Friedensaktionen. Auch Erzbergers feiste Ringfinger werden sich in diesem Saale zum Himmel erheben müssen. Und der Mann mit dem kurzgeschorenen Raubvogelkopf hat sicherlich etliche peinsame Fragen für ihn bereit, die Erzberger nicht mit einem einfachen „Unerhört!" von sich abwälzen kann, wie in den sogenannten Enthüllertagen von Weimar.

## Um Wilson

14. November.

Die Minister ohne Portefeuille seien unentbehrlich, ihrer harre eine große Menge Arbeit, ohne sie werde man gar nicht fertig. So haben wir es bei der Etatberatung in der Nationalversammlung gehört. Und nun sitzt der Minister ohne Portefeuille Dr. David, der für die „große Menge Arbeit" von allen Steuerzahlern schwer besoldet wird, jeden Tag im Untersuchungsausschuß, dessen Mitglied er gar nicht ist, am Richtertisch und hält dort Reden gegen die frühere kaiserliche Regierung, und er sitzt abends in irgendeiner Volksversammlung und hält dort Reden gegen die frühere kaiserliche Regierung, und er kommt tags darauf wieder in den Untersuchungsausschuß und hält dort Reden gegen die frühere kaiserliche Regierung. Je mehr die Vernehmungen die Reinlichkeit und Gewissenhaftigkeit der Männer des alten Systems erhärten, desto schärfer redet der unverantwortliche Portefeuillelose.

Das ist ein Skandal, und er führt zu Skandal.

Helfferich verwahrt sich dagegen in einer meisterlich feinen Art, indem er, ohne irgendein Wort der Kritik hinzuzufügen, einfach einander gegenüberstellt, was der amerikanische Landesfeind Gerard („die ganze Welt kennt und achtet Bethmann wegen seiner Ehrenhaftigkeit") noch heute in seinem Buche schreibt, und was der deutsche Reichsminister David (von dem „plumpen Betrugsversuch der Bethmannregierung gegen Wilson") am letzten Sonntag in öffentlicher Rede behauptet hat.

Die Zuhörer geben spontan ihre Zustimmung zu Helfferichs Feststellung kund, am Richtertische entsteht ein kleiner Aufruhr, der Minister David schwenkt zitternd seine

dünnen Ärmchen. Mit eruptiver Gewalt braust Bethmanns Protest gegen diesen „Gerichtshof" daher, dessen Beisitzer David die Gelegenheit zum Beschimpfen der Männer der früheren Regierung ausnutze; es ist, als schleudere jemand Granitblöcke gegen das Revolutionstribunal da vorne. Auch Staatssekretär a. D. Zimmermann wirft aufgeregt eine Handvoll Sand hinterdrein.

David gibt nur die Form preis, die der „Vorwärts" so konzentriert habe, während in der Rede selbst von „plumpem Betrugsversuch" nichts vorgekommen sei, bleibt aber bei seiner Behauptung, unsere Diplomatie sei „illoyal" gegen Wilson vorgegangen und habe „den Krieg mit Amerika geradezu provoziert".

Der Untersuchungsausschuß zieht sich, um überhaupt ein Weiterverhandeln zu ermöglichen, zur Beratung zurück und verkündet dann seinen einstimmigen Beschluß, daß „Werturteile von Nichtmitgliedern des Ausschusses für den Ausschuß nicht maßgebend" seien, desavouiert also notgedrungen den Reichsminister Dr. David, und fügt noch hinzu, daß Formverletzungen auch weiterhin vom Vorsitzenden gerügt würden.

Ein Minister des alten kaiserlichen Deutschlands hätte nach dieser Zensur — und auch die eigenen Parteigenossen Davids haben ihr zugestimmt — wohl den Saal verlassen und nebenbei im ersten besten Schreibzimmer sein Abschiedsgesuch entworfen. Wir leben aber im neuen Deutschland. David bleibt sitzen und läßt alles auf sich sitzen.

Wie kommt es, daß dieser Mann nur noch die — Rettungsaktion für Wilson im Sinne hat? Krank am Leibe, krank am Herzen (und voll nagender Angst) hockt David, über dessen kleinen Schädel dünne Haare wehen, auf seinem Stuhl, wie der Kakadu während der Mauser an seinem Kettchen auf der Stange. Er hat Angst — vor dem dritten Über-

zeugungswechsel. Vor dem Kriege war dieser Ideologe von Menschheitsweh erfüllt, mit Wut gegen den Militaristenstaat geladen. Da brauste der August 1914 über ihn hinweg. Das Volk stand auf, der Sturm brach los; David erkannte, wozu unser Militarismus nötig gewesen, erkannte die Blutschuld der feindlichen Mächte um uns her und warf sich voll Inbrunst auf das Schreiben von Broschüren gegen sie, Broschüren zur Ehrenrettung des schuldlosen Deutschlands. Da umnachtete der November 1918 uns die Sinne. Keuchend schleppte Kautsky die Aktenstöße aus dem Auswärtigen Amt. Da und da und da, — Deutschland sei schuld! Das war für den zarten David fast der Tod. Als rasender „Betrogener" stand er von dem Krankenlager auf und fluchte allem, was er für Deutschland geschrieben. Nun ist ein Jahr vergangen. Es wird allmählich klar, gerade auch vor dem Untersuchungsausschuß, wann David sich wirklich hat betrügen lassen. Aber er will nichts mehr hören. Zum dritten Male hielte der schwache Körper den seelischen Zusammenbruch nicht aus. Und so verstrickt und verstockt er sich, so eifert er wider das eigene Land und hat nur für eines noch Sinn: Rettet Wilson, rettet Wilson!

Der Demokrat Schücking steht ihm bei.

Er versucht in wiederholten Anfragen — oder vielmehr „Feststellungen" — eine zeugeneidliche Bekräftigung seiner Ansicht zu erhalten, daß unsere Regierung, unsere Diplomatie, unsere Waffenfirmen an allem schuld seien, während Wilson die Pflichten der Neutralität durchaus erfüllt habe, also bis zuletzt, wo wir ihn zurückgestoßen hätten, der geeignete Friedensvermittler gewesen sei. Und Schücking beruft sich auf den Parteigenossen Bernstorff, der nur in seiner Hilflosigkeit nicht recht beizuspringen weiß.

Aber Helfferich beherrscht das Material und dient den Herren gründlich. Alles, was er in diesen zwei Tagen im

Zusammenhang vorgetragen hat, beweist, daß eine Friedensvermittlung Wilsons trotz aller unserer Bemühungen nicht zu haben war, weil Wilson eben — unser Feind war; auf Gedeih und Verderb mit den Engländern versippt. Und nun, wo es Einzelfragen zu beantworten gibt, steht Helfferich auch seinen Mann. Während Deutschland im Spanisch-Amerikanischen Kriege auf amerikanischen Einspruch hin den Waffenverkauf an Spanien einstellte, tat Amerika alles, was es konnte, um England gegen uns zu beliefern. Eine anscheinend uns gerecht werdende Note Lansings wäre, wie selbst Bernstorff zugibt, nie vom Kongreß gebilligt worden. Der „neutrale" Wilson beschlagnahmte unsere Funkenstationen, ließ aber die englischen Kabel ungeschoren. Und der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Stone, habe festgestellt, daß Wilson in nicht weniger als 20 Punkten die Neutralität zugunsten Englands gebrochen habe. Die Verlesung dieser einzelnen Punkte durch Helfferich macht tiefen Eindruck. Der Wissensdurst Schückings ist auf einmal gestillt.

Am dümmsten, wie immer, hat wieder einmal Cohn gefragt. Nämlich: ob das deutsche Friedensangebot schon bekannt gewesen sei, als am 12. Dezember die „Lusitania"-Auseinandersetzung erneut begonnen habe.

„Mein Gott, das war ja ein Jahr vorher!" sagt Helfferich.

Alles lacht.

Ja, man hat es wirklich schwer. Man kommt her, um das „alte System" zur Strecke zu bringen, „Wilhelms Blutschuld" zu erweisen, Ludendorff nach Scheidemanns Wort „zu fassen". Und nun soll man gar allerlei wissen. Ob der österreichische Thronfolger nach der Eroberung Antwerpens ermordet ist oder vorher, wird man sich nächstens auch wohl noch merken müssen.

Es ist doch genug, daß Sinzheimer alles durcharbeitet und dann das Wichtigste als Berichterstatter verschweigt. Und daß die Minister ohne Portefeuille, durch ihr Gehalt von einem Vortragshonorar unabhängig, überall Reden gegen die frühere kaiserliche Regierung halten. Wenn nur Wilson in glänzende Beleuchtung gerückt wird. Das ist die Hauptsache bei der ganzen „Untersuchung". Denn sonst geht es den Wilsongläubigen eines Tages an Kopf und Kragen.

## Krach mit Cohn

15. November.

Mit einem frischen „Ich hab's gewagt!" wird von dem neuen Hutten Panier aufgeworfen. Auch Helfferich wird durch den heutigen Faustschlag auf den Zeugentisch des Untersuchungsausschusses zum Führer im Kampfe gegen die Fremdherrschaft. Nur daß Cohn nicht ein Welscher ist, mit denen Hutten es zu tun hatte. Und daß Helfferich kein wilder, wüster Gesell ist, kein fahrender Schüler, sondern ein eiskühler Rechner.

Endlich ist der Katze die Schelle angehängt.

Ein Aufschrei der Nation wird Helfferich antworten. Längst schon hat sie es, bis weit in sozialdemokratische Kreise hinein, als Schmach empfunden, daß just die Cohn und Sinzheimer als Weltenrichter über uns erkoren wurden. Der deutsche Arbeiter hat die Herren der „unabkömmlichen Konfession" nur sehr vereinzelt im Kriege voranstürmen sehen. Aber nach dem Kriege saßen sie an der Spitze der Soldatenräte. In Preußen, in Sachsen, in Bayern regierten jüdische Ministerpräsidenten. Hat nicht

die Revolutionierung des Heeres und der Heimat „schlagartig" in demselben Augenblick begonnen, in dem das preußische Kriegsministerium mit seiner statistischen Aufnahme der Hinterfrontjuden vorging? Diese Statistik mußte durch die Revolution zugeschüttet werden; die Drückeberger und Fahnenflüchtigen übernahmen die Regierung und wurden „immun", „sakrosankt", „exterritorial".

Und einer derer, die mit dem Gelde ihrer östlichen Glaubensgenossen, der Joffe und Braunstein und Sobelsohn, die „unabhängige" Revolutionspartei bei uns finanziert haben, Cohn, will jetzt einen Hindenburg, einen Ludendorff richten.

Tiefer konnten wir nicht sinken.

Helfferich erklärt: Herrn Cohn antworte ich nicht! Der Krach ist da. Der Untersuchungsausschuß, der bisher unter der wahrhaft vornehmen Leitung Warmuths, die auch von den Gegnern anerkannt wurde, wider Willen doch der Wahrheit dienen mußte, konstituiert sich als Parteimaschine. Die Guillotine des Mehrheitsbeschlusses beginnt ihre Arbeit. Helfferich hat nicht sein Zeugnis verweigert, sondern nur Cohn persönlich als Richter abgelehnt. Aber mit vier gegen zwei Stimmen (Warmuths und einer Zentrumskollegin) bei einer Enthaltung (Cohns) wird beschlossen, daß der Zeuge Helfferich in eine Geldstrafe von 300 Mark zu nehmen sei. Mit einer unnachahmlich gleichgültigen Geste — er ist völlig ruhig geblieben — zieht Helfferich seine Brieftasche. Aber bei seinem Widerspruch verharrt er. Ohne jede Emphase erklärt er, daß „keine Macht der Welt" ihn dazu bringen werde, Herrn Cohn Rede zu stehen, der in seinen Augen einfach ein Hoch- und Landesverräter ist.

Dieser Helfferich würde ruhig auch auf sechs Monate ins Gefängnis gehen.

Cohn antwortet, daß der ein Lügner sei, der ihn der Revolutionierung Deutschlands mit russischem Gelde bezichtige. Er habe das Geld von Joffe doch erst am 6. November 1918 erhalten! Das sagt der unvereidigte Cohn. Vielleicht wird er noch einmal unter seinem Eide danach gefragt werden, wieviel von dem Gelde — im voraus eskomptiert war; und was seine Genossen schon früher für die revolutionäre Propaganda bekommen haben, und wann diese Propaganda überhaupt begonnen hat. Nach übereinstimmenden öffentlichen Bekundungen „unabhängiger" Führer hat doch schon im Januar 1917 die planmäßige Unterwühlung eingesetzt. Das Bolschewistengeld ist das Honorar für vorhergegangene Leistungen gewesen.

Einerlei. Der Krach ist da. Helfferich ist durchaus kein Antisemit in landläufigem Sinne. Davor schützt ihn schon seine Vergangenheit, seine von Großbanken beeinflußte Laufbahn, seine Kenntnis der auch von uns nie angezweifelten Tatsache, daß es in Deutschland auch eine Menge wirklich patriotischer Juden gibt, nützlicher Mitbürger, die unsere Volkswirtschaft nicht entbehren kann. Um so greller heben sich die Schädlinge ab, die Noch-nicht-Akklimatisierten, „die Schnorrer und Verschwörer, die Mandelstamm und Silberfarb", wie Fürst Bülow sie nannte. Die sollen und dürfen uns nicht knechten. Wir sind es satt. Bescheidener sollen sie sein. Wir Deutschen können selber feststellen, was Wahrheit ist, wer uns retten konnte, wer uns verraten hat. Wenn er Takt besäße, ginge Cohn.

Aber er denkt nicht daran. Es ist asiatische Wollust, über einen Hindenburg zu Gericht zu sitzen. Da muß man endlich deutlich werden.

In der wohl über kurz oder lang wieder vereinigten Sozialdemokratie — in den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und vor Freude, der Hoffmann und der

Noske, der Rosenfeld und der Heine — wird die Parole ausgegeben: Die Reaktion marschiert! Wir stünden vor dem Bürgerkrieg. Der Untersuchungsausschuß solle gesprengt werden. Das ist lauter Gewäsch, nur dazu bestimmt, um über das Thema des Tages hinwegzutäuschen: daß wir gegen die Vordringlichkeit der Revolutionsjuden aufbegehren. Das ist alles. Im übrigen soll der Untersuchungsausschuß nur so weitermachen. Er wird zum Totengräber der Mehrheitsparteien.

Wir Deutschdenkenden aber haben nicht das geringste Interesse daran, der Sozialdemokratie und ihren bürgerlichen Heloten die bequeme Wahlplattform zu bieten, wir hätten in dem Augenblick den Ausschuß lahmgelegt, in dem „der Bluthund Ludendorff" über seine Schuld am und im Kriege vernommen werden sollte.

Der deutschnationale Landgerichtsdirektor Warmuth tritt von der Bühne ab, weil die Mitspieler nach seiner Ansicht sich nicht korrekt benehmen; er ist dagegen gewesen, seinen Namen weiter für die Sache herzugeben. Mit einer Art heiseren Wutgebrülls — für ihr Organ kann freilich „die Heulboje von Greifswald-Grimmen" nichts — übernimmt der demokratische Bergrat a. D. Gothein den Vorsitz, blamiert sich in der ersten Minute, wird grob gegen Helfferich, bellt Publikum und Presse an.

„Doch seines Bellens lauter Schall beweist nur, daß wir reiten."

Dieser Vorsitzende wird an seiner gänzlichen Unfähigkeit sehr bald scheitern. Vielleicht wäre es das Beste, wenn man gleich der Firma Cohn und Sinzheimer die ganze Gerichtskomödie übertrüge. Dann weiß alsbald jedermann, woran wir sind. Wir bedürfen lediglich dieser Aufklärung. Sie ist für die Revolution tödlich.

# Helfferich läßt nicht locker

17. November.

Ist es ein Wiesel, ein Kamel, eine Wolke? Ist der „parlamentarische Untersuchungsausschuß" eine Gerichtsbehörde, ein Debattierklub, ein Theater? Herr Gothein hat es glücklich heraus. Er hat offenbar ein französisches Wörterbuch nachgeschlagen, um dem allgemeinen Verständnis näherzukommen, und eröffnet die Montagsitzung mit der verblüffenden Feststellung: der Untersuchungsausschuß sei eine Enquêtekommission.

Nun wissen wir's. Es erheben sich freilich noch leise Zweifel daran, ob Gothein den richtigen Wälzer erwischt hat. Da Gothein und Cohn und Helfferich jedenfalls drei voneinander verschiedene Definitionen geben, raten wir um des lieben Friedens willen, sich auf eine vierte zu einigen. Es handelt sich um eine Kanonisierungskommission, wie sie bisher von Zeit zu Zeit in Rom zusammenzutreten pflegte, um einen „Seligsprechungsprozeß" zu führen; auch die Jungfrau von Orleans ist bekanntlich einst als Hexe verbrannt, vor wenigen Jahren aber kanonisiert worden. Diesmal sollen Wilson, Scheidemann, Grey, Erzberger, Cohn, Clemenceau und Haase ihre Urständ mit Glorienschein erleben, während der „Ludendorfferei" gleichzeitig moralisch der Garaus gemacht wird. Leider aber findet sich da ein „advocatus diaboli", der nicht nur ein paar förmliche Einwände gegen die Heiligsprechung macht, sondern mit seinen Darlegungen den ganzen Prozeß gefährdet: Helfferich. Das ist ganz unerhört, ist in einer Kanonisierungskommission noch gar nicht vorgekommen. Zum zweitenmal verknackt man den Rebellischen heute zu 300 Mark Strafe, weil er mit der

gleichen unheimlichen Ruhe, die er schon am Sonnabend zeigte, es ablehnt, einem Manne wie Cohn überhaupt Rede zu stehen.

Die Seligrichter, die wieder 4:2 abgestimmt haben, also Demokraten und Sozialdemokraten gegen Rechte und Zentrum, sind sehr erregt. Man hatte doch ganz „vornehm", ohne jeden Krach, verhandeln wollen, um zu zeigen, daß man es auch ohne Warmuth könne! Man hatte doch Cohn gebeten, er möge um Gotteswillen den Mund halten und Helfferich nicht mehr direkt fragen! Und Cohn hatte doch im stillen Kämmerlein so gut wie zugesagt! Aber nun kommt der Krach doch wieder. Cohn kann sich nicht halten, Cohn fragt in der Nachmittagssitzung, nachdem bis dahin alles gut und bürgerlich-wohlanständig verlaufen ist, den Zeugen Helfferich direkt, wie es mit der Reiseinfuhr in England während des Tauchbootkrieges gewesen sei.

Keine Muskel zuckt in Helfferichs Gesicht. Aber ehe der Zeuge auch nur zwei Sekunden „ostentativ" schweigen kann, legt der Vorsitzende Gothein seinerseits überströmend los:

„Jawohl, Reis, gerade wollte ich selber danach fragen, auch nach Büchsenfleisch, bitte!"

Dem Herrn Vorsitzenden wolle er diese Frage beantworten, sagt Helfferich mit Betonung. Es ist zum Verzweifeln: dieser Mann gibt um keinen Millimeter nach; wo er seine Fänge eingehauen hat, da läßt er nicht los. Die „Enquêtekommission" verschwindet und berät lange; man wettet, daß sie sich nicht darüber einigen kann, ob grüne oder blaue Polizei den Zeugen verhaften soll. Schließlich kommt sie wieder und tut ihren Willen kund. Der Einfachheit halber hat sie die Dummheit vom Sonnabend mit den

300 Mark wiederholt und damit ein juristisches Unikum geschaffen.

Nachdem am Vormittag in einer herzlich langweiligen Sitzung David erneut lange Parteireden gehalten hat und Bethmann zur Wiederholung bereits längst gemachter Aussagen veranlaßt worden ist, hat Sinzheimer in seiner bekannten Dialektik versucht, Bernstorff gegen Bethmann, Bernstorff gegen Helfferich auszuspielen. Das mißlingt. Am Nachmittag will derselbe Sinzheimer nun den großen Unbekannten in das Protokoll schmuggeln.

„Man" habe doch bekanntlich durch den Tauchbootkrieg England binnen sechs Monaten „auf die Knie zwingen" wollen.

Es erweist sich, daß dieser Ausdruck weder von Bethmann noch irgendeinem anderen Verantwortlichen gebraucht ist, auch nicht von Admiral v. Holtzendorff, der sich stets gegen ihn verwahrte, und daß er auch in keiner Denkschrift des Admiralstabes steht, sondern nur in einem informatorischen Briefe des Gesandten v. Treutler und in — Zeitungen.

„Man" habe aber bekanntlich doch erklärt, daß Belgien „wirtschaftlich, finanziell und militärisch in unserer Hand bleiben" müsse.

Armer Sinzheimer! Es erweist sich, daß dieser Ausdruck lediglich von dem — Abgeordneten Spahn gebraucht worden ist, dem Führer der Reichstagsmehrheit....

Die unbequeme Vernehmung des Staatsministers a. D. Helfferich wird heute für beendigt erklärt, das heißt, soweit das Wilsonkapitel in Frage steht. Darüber hat man ja nun wohl die nötige Klarheit, nachdem noch heute scharf herausgearbeitet worden ist, daß wir von ihm nur einen Ver-

4*

nichtungsfrieden zu erwarten hatten und daß trotzdem Bethmann aus Gewissenhaftigkeit auch nach diesem „Strohhalm" gegriffen hat. Morgen will der Ausschuß möglichst kurz und schmerzlos (vor Tische las man's anders) Hindenburg und Ludendorff vernehmen, sie alsdann entlassen und sich auf einige Wochen vertagen, um inzwischen dem Unterausschuß I — dem „prähistorischen", wie ihn der Couloirwitz nennt, dem Ausschuß zur Untersuchung der Entstehungsgründe des Krieges — Platz zu machen. Viel Freude erwartet die Kanonisierungskommission nicht mehr. Der „Vorwärts" schreibt bereits, man könne ja die Vernehmungen ganz einstellen und sich mit einem Auszug aus den Akten begnügen!

Diesen Wunsch können wir ihm lebhaft nachfühlen. Aber der „advocatus diaboli" läßt nicht locker. Helfferich hat heute wiederholt angedeutet, das Fesselndste komme ja erst: wenn man in einigen Wochen oder Monaten sich über den im Spätsommer 1917 vereitelten Frieden unterhalten werde. Helfferich antwortet Cohn nicht. Helfferich nennt den Namen Erzberger nicht. Aber man weiß, welche Heiligenscheine grausam zerpflückt werden werden. Und der Parteipapst Scheidemann sinnt bereits über eine Bulle nach, die die Auflösung der Kanonisierungskommission ermöglichen soll.

## Hindenburg!

18. November.

Eine Erinnerung taucht auf, eine Vision fast. Es ist schon über fünfundzwanzig Jahre her. Zwei Tage zuvor war ich in Varzin angekommen, hatte Unvergeßliches gehört und erlebt. Nun ging ich mit Chrysander dicht hinter dem Fürsten Bismarck, der gerade mit seinem Sohn Herbert sprach, hinaus über den Hof.

In einiger Entfernung stand ein Fremder. Wie wir später erfuhren, ein Gutspächter aus Mitteldeutschland, tätiges Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, wütender Bismarckhasser, der nur zufällig auf Geschäftsreisen in den Varziner pommerschen Ostzipfel gekommen war und nun bei Gelegenheit den „Drachen" sich ansehen wollte.

Fürst Bismarck nähert sich dem Fremden, langsam wächst vor diesem die Riesengestalt des deutschen Reichsgründers empor, das suchende Auge des Ragenden senkt sich wie ein Lot in seine Seele.

Und da bricht der einsame Mann, der Bismarckhasser, vor Bismarck in die Knie, hascht nach der Hand des Altkanzlers, küßt sie und schluchzt nur niedergebrochen in tiefster Erschütterung: „Mein Fürst! Mein Fürst!"

Die Schauer der Weltgeschichte umwehen uns.

Und nun, fünfundzwanzig Jahre später, wieder fast das gleiche Ereignis. Ein breitbrüstiger Riese mit weißumbuschtem, mächtigem Haupte, eine Erscheinung von schier Vorzeitgröße, tritt in den Saal des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, bis wohin er sich von dem Abg. Warmuth hat führen lassen: Hindenburg. Der einst leidenschaftlich von der ganzen Nation umjubelte Retter des Vaterlandes, der

alle Cäsaren und Napoleone überragende Feldherr, der ganze Erdteile voll haßsprühender Feindvölker von uns abhielt, der Schrecken der gegnerischen Millionenheere und ihrer Heerführer, die ohne deutschen Verrat ihn nie übermocht hätten. Unwillkürlich erhebt sich jedermann im Saale, hält jedermann den Atem an, während Hindenburg hindurchschreitet.

Hindenburgs Auge blitzt den Abg. Gothein an. Dem ist gar nicht wohl zumute, er weiß auch nicht recht, was sich in diesem Augenblick geziemt; aber wie nun die Kolossalgestalt des deutschen Eckart vor ihm steht, sinkt irgendetwas in dem demokratischen Ausschußvorsitzenden irgendwohin, er streckt kordial dem Feldmarschall seine Hand über den Tisch entgegen.

Der verweigert den Handschlag.

Das ist keine Demonstration. Wenn der Kaiser dem Revolutionsgeneral Groener die Hand nicht reichte, als er von seinem Hauptquartier Abschied nahm, so war das etwas anderes. In diesem Fall hat Hindenburg lediglich seine gute Erziehung gezeigt. Man schüttelt seinem — Richter nicht die Rechte.

Dieser Untersuchungsausschuß aber i s t eine richterliche Behörde, trotz aller Ableugnung jetzt nach dem Mißerfolg seiner Begründer.

Gothein zittert vor Erregung und Ratlosigkeit. Während der zweiundsiebzigjährige Feldmarschall bolzengerade vor ihm steht und sich durch die ganze Umgebung wenig beirren läßt, denn Könige und Feldherren haben doch schon mit bangen Blicken an seinen Lippen gehangen, zuckt Gotheins Hand andauernd nervös nach der Klingel. Und bald fällt sie auch nieder, und der Feldmarschall, der an dem Zeugentisch Platz genommen hat und seine Erklärungen abgibt, wird schrill unterbrochen.

Bewegung im Saale. Es gibt noch Leute, die es als unerhört empfinden, wenn ein Gothein einem Hindenburg das Rederecht beschränkt.

Der Feldmarschall selbst hebt kaum sein Löwenhaupt, um zum Richtertisch hinüberzuschauen. Er hört gleichmütig die Unterbrechung durch das Zwergengelichter mit an. Wenn sie wüßten, wie weltenweit unter ihm diese kleinen Taktikerkünste liegen, die ihm ein „Werturteil" verbieten!

Dann knarrt aus der Tiefe des mächtigen Brustkastens heraus wieder Hindenburgs Stimme. Es ist doch ein lächerlicher Gedanke, diesen Mann daran verhindern zu wollen, daß er sagt, was er will und was er meint. Selbstverständlich tut er das. Gothein hat keinen Namen zu verlieren, wenn er die Sache versiebt; nach Cohns Motiven wird kein Geschichtschreiber forschen; Sinzheimer und David versinken alsbald wieder in Pygmäen-Vergessenheit. Aber Hindenburg steht zwischen den Geschlechtern, die in Deutschland kamen und gingen und kommen werden, und sie alle sehen auf ihn hin. In seiner Hand hat das Schicksal auch der noch ungeborenen Millionen Deutscher gelegen, die zum Elend heranreifen, nachdem dem Feldmarschall das Werkzeug seines Siegerwillens aus der Hand geschlagen worden ist.

Das sollte er nicht sagen dürfen?

Er sagt es!

Den Dolch in den Rücken gestoßen hat die Heimat dem Heer!

Hindenburg sagt noch mehr: gesiegt hätten wir, wenn es keine Flaumacher und Aufwiegler gegeben hätte. Ein Erschauern geht durch den Saal. Die Sinzheimer und Genossen winden sich und krümmen sich. Sie atmen auf, als Hindenburg endet und Ludendorff das Wort erhält. Der aber spricht ebenso deutlich. Daß er von den „Wühlereien und Hetzereien

der unabhängigen Sozialdemokraten in der Front" aussagt, will Gothein ihm verbieten.

Ein klägliches Bild. Und das nach den Reden Scheidemanns in der Nationalversammlung, Davids im Untersuchungsausschuß selbst. Man hat Angst vor den „Werturteilen" Hindenburgs und Ludendorffs. Das ist es. Der Sachverständige Professor Dietrich Schäfer nimmt sich diese Prozeßführung vor. Die Kommission verschwindet, um Beschlüsse zu fassen.

Sie ist in tödlicher Verlegenheit. So groß hat sie sich die Dioskuren nicht gedacht.

Vor dem Feldmarschall auf dem Tisch liegt ein Strauß Maiglöckchen mit schwarzweißroter Schleife. Unser aller Herz ist dabei. Jetzt mehr denn je, wo das erlösende Wort heraus ist, wo der größte Deutsche unter Eid bekundet hat, wer nach seinem festen Glauben der Reichsverderber bei uns ist.

Hat nicht auch Bismarck einst ebenso gesprochen? Von dem blinden deutschen Hödur, der uns mit seinem Pfeile in den Rücken schoß? Wie in einer Vision gehen die beiden Riesengestalten, die Bismarcks und die Hindenburgs, ineinander über.

Ein Volk, das diese beiden gebar, kann nur untergehen, wenn es das dunkle Zwergengeschlecht über sich Herr werden läßt. Heute ist es wieder gebrandmarkt. Heute gab Hindenburg uns seinen letzten Willen zu Protokoll.

## Werturteil und Mentalität

18. November.

Paragraphos wohl einstudiert hat er, der Herr Gothein. Nur leider nicht die richtigen.

Wir haben ihn beinahe im Verdacht, daß er nicht nur ein französisches Lexikon gewälzt hat, sondern auch ein Buch über Logik und Erkenntnistheorie, um schnell noch gewisse Lücken seines Wissens auszufüllen. Was er da über Kants Unterscheidung zwischen synthetischem und analytischem Urteil fand, das war für ihn zu hoch. Aber ganz gewaltig einleuchtend war ihm ein anderer philosophischer Kunstausdruck, und den hat er in der Sitzung denn auch glücklich zuschanden geritten. Wenn Ludendorff erklärt, die Moral des Heeres habe durch revolutionäre Einwirkung gelitten, so ist das nach Gothein nicht die Bekundung einer Tatsache, sondern ein „Werturteil". Ebenso alles, was der General über das Eingreifen irgendeiner Partei bekundet. Bitte: Werturteile sind in diesem Saale unzulässig.

Auf die Frage Ludendorffs, was Gothein denn unter Werturteil verstehe, bleibt der Herr Vorsitzende die Antwort aber schuldig; genau so wie am Sonnabend die Antwort auf die Frage Helfferichs, welche Berufungsinstanz über Strafen, die vom Ausschuß verhängt seien, zu befinden habe.

Diese vollendete Hilflosigkeit ist geradezu niederschmetternd.

Wochenlang ist über die „Mentalität" Wilsons und anderer Zeitgenossen lang und breit debattiert worden. Über die Sinnesart unserer Parteiführer in den entscheidungsschwersten Kriegszeiten aber darf man nichts sagen.

Das ist doch schon vollkommene Verblödung.

Diesen Eindruck hat vermutlich jedermann, der die Vernehmung Ludendorffs nebst den ständigen Störungsversuchen Gotheins im Verhandlungsbericht verfolgt. Wir verstehen ja Gotheins Bedenken. Es könnte doch eines Tages jemand kommen und am Ende gar über G o t h e i n s „Mentalität" Feststellungen machen wollen. Unausdenkbar! Uns aber genügt es vorerst, daß über die Denkungsart unserer beiden großen Heerführer nach ihren gemeinsamen Bekundungen an diesem Dienstag, die den Höhepunkt in dem bisherigen Dasein der Untersuchungskommission bedeuten, kein Zweifel mehr obwalten kann. Wenigstens in den Schichten des Volkes, deren Presse den ungekürzten Bericht bringt; im „Vorwärts" und in der „Freiheit" wird er ad usum Delphini zurechtgestutzt.

Klareres als das, was Ludendorff bekundete, hat man selten gehört. Nach dem wochenlangen Debattieren und Sichverlieren ist ein disziplinierter Geist zu Worte gekommen, der in militärischer Knappheit ein lebendiges Bild zu entwerfen vermag. Die dicksten Aktenbände können über die Art, in der unsere Führer Entscheidungen trafen, keine bessere Aufklärung geben.

Dieser „Hasardeur" hat wie Atlas ganze Weltenlasten auf sich getragen. Er war die Gewissenhaftigkeit selbst. Das Märchen von einer militärischen Kamarilla ist für immer zerstoben.

Nur das wissen wir jetzt allerdings, daß zwischen der „Mentalität" eines Hindenburg und Ludendorff auf der einen, eines Bernstorff und Schulze-Gävernitz auf der anderen Seite eine weltweite Kluft klaffte. Gothein versucht mit seinem Leibe die beiden Parteigenossen zu decken, Ludendorff geht furioso auf die trockenen Schleicher los, mit einem Temperament, das geradezu verzehrend ist, wenn man das eiskühle Verhaltensein Helfferichs damit vergleicht.

Bernstorff wird totenbleich. Er schluckt und stammelt. Auf einen derart „undiplomatischen“ Angriff war der geschniegelte Onkel aus Amerika, dieses Urbild des Dinerdiplomaten alter Schule, offensichtlich nicht gefaßt.

Durch endlose Verlesungen in diesem Stadium völlig unnötiger Briefe und Berichte hat Gothein sämtliche Teilnehmer ermüdet. Eine Nachmittagssitzung lehnen unter diesen Umständen Hindenburg und Ludendorff ab. Selbstverständlich könnte von Donnerstag ab der Ausschuß an den Vormittagen, vor dem Plenum, tagen, wie er es auch früher getan hat. Aber ihm graut auf einmal vor „Werturteilen“ über gewisse Mentalitäten. Und so vertagt er sich denn auf vorerst unbestimmte Zeit.

Genau so haben wir es schon nach den ersten Tagen vorausgesehen.

Unseren glorreichen Schwarzrotgelben kam es nur darauf an, das deutsche Volk zu überrumpeln und seine großen Heerführer und das alte kaiserliche Deutschland moralisch zu stäupen. Auf die Wahrheit kam es ihnen gar nicht an. Da sie sich aber nun, allen gewaltsamen Verdunkelungsversuchen zum Trotz, doch durchringt, ist auf einmal das Interesse der Schwarzrotgelben für Untersuchungsausschuß und Staatsgerichtshof erloschen. Man hat das Volk zu einem unerhörten Schaustück zusammengetrommelt, und nun wird auf einmal verdrossen und eilig die Bude zugemacht.

Wären wir nicht das unpolitischste Volk der Erde, das Volk der groben Fäuste und der schwachen Köpfe, so würde es jetzt den Cohn und Gothein und Sinzheimer auf offener Straße ihre Akten um die Ohren schlagen.

# Gerichtstage über Erzberger

19. Januar bis 12. März 1920

von „A“

Im Anhang:
Wortlaut des Urteils und der Begründung.

1.—10. Tausend

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin
1920

Druck von Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.

# Inhalt.



**Anhang:**

## Der Einzug der Kämpfer.

19. Januar.

König Wilhelm, Wilhelm der Einzige, schaut in ernster Güte und milder Hoheit aus seinem Wandbilde hernieder in den Saal, wo tagaus, tagein Verbrechen zur Sühnung gebracht, hin und wieder aber auch politische Prozesse durchgekämpft werden.

Hier im großen Schwurgerichtssaal ging einst auch des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall „Flucht in die Öffentlichkeit“ vor sich, in deren hellem Licht ein paar entgleiste Sensations-Journalisten auf anderthalb Jahre abgestellt wurden. Der aber heute durch eine Hintertür in den Saal eintritt, der Reichsfinanzminister Erzberger, ist in die Öffentlichkeit des Gerichtssaales nicht geflüchtet, sondern in sie hineingezerrt worden, hat monatelang gegen die Durchleuchtung sich gesperrt; und sein Prozeßgegner, Staatsminister a. D. Helfferich, der ihm den Fehdehandschuh hingeworfen hat, ist wer, hat einen Namen, macht nicht in kleinen Sensationsgeschäften, sondern setzt sein Alles ein für die Rettung des Vaterlandes vor dem Reichsverderber.

Der Kugelrunde, aber nicht Kugelfeste, der auf einem Umwege an die Verhandlungsstätte gekommen ist, hat auch das nur in Begleitung von zwei Leibwächtern gewagt. Überdies sind die Zuhörer — man hat überhaupt nur wenige zugelassen — beim Betreten des Moabiter Gerichtssaales

einzeln nach etwa verborgenen Waffen abgetastet worden. Der Vorsitzende eräugt die beiden fremden Kawassen und fragt sie nach Nam' und Art; der eine, der trotz seiner bürgerlichen Kleidung einen stämmigen militärischen Eindruck macht, bekennt sich als Kriminaloberwachtmeister, der andere bringt vor Verlegenheit kein Wort heraus. Geschickt sind sie von ihrem Vorgesetzten. Der ist „Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit in Preußen". Früher hatten wir keinen solchen Staatskommissar, aber Sicherheit. Heute haben wir keine Sicherheit, aber einen Staatskommissar.

Mit leiser Heiterkeit wird der Zwischenfall quittiert, als der Vorsitzende die beiden Leibwächter, die hier nichts zu suchen hätten, hinausweist, denn hier im Saale bürge er selber für Ordnung; sie sollten sich draußen postieren.

Erzberger macht kein erfreutes Gesicht. Nun hat er nur noch zu seiner Linken einen jungen Geheimrat aus seinem Ministerium, zu seiner Rechten seinen Anwalt, dem er in den allerletzten Tagen — helfe, was helfen mag — noch einen zweiten, einen von der gerissenen Nation gesellt hat. Vor sich hat er das Gericht, hinter sich das Publikum, weiter rechts sieht er die Presse, weiter links das Adlerprofil Helfferichs, dazu dessen Rechtsbeistand und zwei Stenographen; dieses eine Menschensorte, die der Wortequilibrist Erzberger nicht immer schätzt, weil sie manches Ableugnen unmöglich machen.

In Spannung und Stille hämmert Helfferichs kurze Erklärung hinein, daß er sich zu den in seiner Broschüre „Fort mit Erzberger!" zusammengefaßten Artikeln bekenne und den vollen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen führen wolle.

Der Form nach ist er der Angeklagte. Hier im Saale herrscht keinen Augenblick ein Zweifel darüber, daß er der Ankläger ist, ein Hutten, der mit seinem „Ich hab's gewagt!" gegen den Mann vom Leder zieht, den er den Verderber der

Deutschen nennt; und sein Mandat dazu hat er von Millionen entrechteter, geknechteter, ausgeplünderter, in Hoffnungslosigkeit geführter Deutscher. Er sucht keinen billigen Vergleich, wie so viele, die im Saale 253 vor den Richtertisch kamen. Er steht zu seinen Worten. Mit ihrer Verlesung wird die ganze heutige Verhandlung ausgefüllt. Wer der Verhandlung, die wochenlang dauern mag, mit Verständnis folgen will, der tut am besten, die Helfferichsche Broschüre „Fort mit Erzberger!" sich kommen zu lassen. An ihren Hammerschlägen wird er beide erkennen: den, der den Hammer schwingt, und den, der darunter liegt. Ohne Zweifel geht Erzberger diesmal keinen leichten Gang. Seine ganze im Parlament und in der Volksversammlung bewährte Taktik, wonach er dem Gegner „ein Loch in den Bauch" redet, wäre hier, vor den Berufsrichtern und ohne Parteiclaque, sein Verderb.

Der Vorsitzende hält die Zügel in fester Hand; ein richterlicher Beamter der alten, ehrenfesten, unerbittlich rechtlichen Art, wie sie unter König Wilhelm, Wilhelm dem Einzigen, unser Stolz waren und es heute noch sind. Wer wochenlang den Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beigewohnt hat, für den sind die straffen Verhandlungen hier im Schwurgerichtssaal ein Aufatmen. Dort sagt man, man suche die Wahrheit. Hier wird man sie finden. Aber, wenn möglich, unter Beschränkung der Beweisaufnahme, „um Reichsinteressen nicht zu schädigen", sagt der Vorsitzende. Das versteht jedermann. Solange nicht, „um Reichsfinanzministerinteressen nicht zu schädigen", etwa Helfferich eingeengt würde. Denn das Staatsinteresse ist mit dem Interesse seiner Regierenden heute nicht mehr identisch; wir haben eine Parteiregierung mit den von ihr unzertrennlichen Erscheinungen der Korruption, und derjenige stärkt das Reich, der die Korruption zerschlägt.

## Der erste „Blutige“.

20. Januar.

Noch weiß ich nicht, ob Helfferich wegen formeller Beleidigung des Reichsfinanzministers zu ein paar hundert Mark Geldstrafe verurteilt oder freigesprochen werden wird; aber das weiß ich, daß der Prozeß für Historiker und Nichthistoriker ein „lückenloses“ Charakter- und Lebensbild Erzbergers liefern wird, fixiert für alle Zeiten durch eidliche Aussagen.

Helfferich läßt nicht locker. In einer zweistündigen, durchaus beherrschten Anklagerede legt er die Umrisse fest, in die nachher das Mosaik der Zeugenaussagen eingefügt werden soll; einer Anklagerede voll Wucht, die dem Reichsfinanzminister allmählich die Schläfen mit fieberischer Röte füllt. Es ist ein ästhetischer Genuß, mitanhören zu dürfen, mit welch marmorner Ruhe der Reichsanwalt des deutschen Volkes gegen den Reichsverderber seine Sätze schleudert, den um Einschränkung bittenden Vorsitzenden stets wieder mit weltmännischer Eleganz unterläuft und schließlich doch jeden Satz angebracht hat, den er anbringen wollte, ja sogar noch mehr.

Noch nie ist Schärferes gesagt worden; und noch nie so beherrscht.

Man denkt während der Rede an Dantes Inferno, man sieht den nackenden Erzberger in Gedanken auf geschliffenem Rasiermesser zum Abgrund rutschen. Seine Entwicklung vom bettelarmen katholischen Volksschullehrer von 1903 bis zum Großverdiener der Kriegsjahre, seine Hybris und der Lug und Trug dieser ganzen Entwicklung, die leider auch für Volk und Reich ein Schicksal war, ersteht vor uns.

Und Helfferich lüftet erst einen Zipfel des Vorhangs. Er will **noch viel mehr** beweisen, als er bisher überhaupt

veröffentlicht hat: bis zur Vernichtung des „Reichsschädlings".

In seiner Eigenschaft zunächst als Nebenkläger, also vorerst unbeeidigt, wird Erzberger darauf vernommen. Die Rollsalve seiner Beredsamkeit ist noch die alte, aber im Gerichtssaale fehlt die Resonanz: in lähmender Stille hört man Erzbergers Rechtfertigung, Erzbergers Gegenangriff an. Die Emphase zieht hier nicht. „Mein Gewissen ist rein!" sagt er. Das ist nicht die Bekundung einer Tatsache, sondern ein Werturteil; auch Karlchen Mießnick behauptet immer, saubere Finger zu haben. Und der — unbeeidigte Erzberger ist überhaupt kein klassischer Zeuge.

Nun hat er zwar den Vorzug, in diesem Ex-officio-Verfahren auch als Zeuge die eigene Sache beschwören zu können. Munter und hoffnungsfroh tritt er zu dieser zweiten Vernehmung vor, um unter Eid gegen Helfferich zu zeugen, erlebt aber sofort eine schmerzliche Enttäuschung: der Präsident wünscht zunächst von ihm nur Auskunft darüber, wer die „besondere Seite" ist, von der dem Wolff-Bureau und der offiziösen Deutschen Allgemeinen Zeitung die Schmähartikel gegen Helfferich zugegangen sind.

Von einem Beamten seines Ministeriums, sagt Erzberger; aber dessen Namen mag er nicht nennen.

Der Gerichtshof will auch nicht drängen, bewahre. Er ist von unendlichem Entgegenkommen gegen beide Parteien. Aber aller Augen wandern unwillkürlich von dem erblassenden Erzberger zu dem neben ihm sitzenden blassen Herrn Haemmer, einst Oberlehrer, jetzt Geheimen Rat im Finanzministerium durch Erzbergers Gnaden, der sicherlich die beste Auskunft über die Entstehung der Artikel geben könnte. Wir aus Weimar wissen ja Bescheid! Zögernd gibt Erzberger zu, daß „im allgemeinen" ihm wohl „alle" Artikel „vorgelegt" worden seien, im einzelnen wisse er aber nichts mehr. Auch

nicht von dem berüchtigten Aufsatz, in dem es in einer Polemik gegen Helfferich hieß, „mit solchem Gesindel und Pack" müsse ein Erzberger sich herumschlagen.

Man wird den Zeugen Erzberger stärker kitzeln müssen, damit ihm die Erinnerung wiederkehrt, auch an die Husarenritte seiner eigenen Journalistik. Es wird sich auch noch herausstellen, daß Helfferich vielleicht in Ehrennotwehr gehandelt hat; diesen Begriff hat das Reichsgericht längst geschaffen. Und um das Zeugnis Haemmers, der ja täglich im Gerichtssaal zu haben ist, wird man nicht herumkommen. Das ist kein beliebiger Galopin, sondern Erzbergers Intimus, Erzbergers Leibsekretär, man könnte beinahe sagen: Erzbergers Geschöpf.

Das alles aber ist nur erst Stimmen der Instrumente.

Die eigentliche Ouvertüre setzt mit der Zeugenvernehmung des Generaldirektors Duisberg-Leverkusen wie mit einem Paukenschlage ein. Geheimrat Duisberg bekundet unter Eid, daß Erzberger am 18. Mai 1917 — man denke: 1917 — im Hotel Adlon zu Berlin bei ihm und Thyssen erschienen sei und den ausgearbeiteten Plan einer großzügigen Agitation für die Annektierung der Erzbecken von Longwy und Briey vorgelegt habe! Das ist es, was Erzberger noch am 29. Juli vorigen Jahres in Weimar mit dreister Stirn a b g e l e u g n e t hat. Damals — ich habe dabeigesessen, und es steht ja auch im stenographischen Bericht — warf ihm der Abgeordnete Rießer diesen „Annexionismus" vor, den Erzberger eben betrieben hat, solange er bezahlter Aufsichtsrat des Thyssen-Konzerns war: Gruppe I der Helfferichschen Vorwürfe, Vermischung von Politik und Geschäft. Noch vier Wochen vor der Resolution für den Verzichtfrieden, mit der Erzberger den Reichstag überfiel, hat er in die Zeitung der christlichen Metallarbeiter und andere Blätter Artikel für die Annektierung der Erzbecken lanziert, ja noch im August 1917

arbeiteten von ihm abhängige Pressebureaus in diesem Sinne.

Der zweite Verhandlungstag des Prozesses schließt mit der Feststellung, daß Erzbergers bisherige Ableugnung erlogen war, schließt mit der zeugeneidlichen Bekräftigung der ersten Helfferichschen Behauptung. Und Helfferich behauptet noch vieles. Selbst ein paar in die Schweiz ausgerissene Geschäftsfreunde Erzbergers, die als Zeugen wegfallen, werden durch ihre Abwesenheit die Beweisführung dafür nicht verhindern können.

## Vergebliche Ausflüchte.

23. Januar.

Im Hakenschlagen ist er Meister, dieser Erzberger, und manchmal listenreicher als der alte Mümmelmann; wobei ich sonst den wackeren alten Haidehasen mit Erzberger nicht vergleichen möchte. Aber trotz allen Hakenschlagens wird der Kreis enger. Manches in dieser Jagd ist dem Publikum im Zuhörerraum nicht ganz klar, manchmal hört man nur fernen Lärm von irgendeiner Abschweifung her, so wenn Erzberger völlig unmotiviert eine seiner fabelhaften Geschichten auftischt, weshalb eines Tages sein früherer Monarchismus in die Brüche gegangen sei. Dazwischen aber sieht man, wie auf einer Waldblöße, ganz nahe und deutlich das Rennen. Helfferich hat den Gejagten nicht am Genick, noch nicht, aber er muß seiner Sache sehr sicher sein. Sonst könnte er nicht ganz beiläufig bemerken, er werde Erzberger wohl noch in einem anderen Verfahren begegnen.

Das ist eine Warnung, die verstanden wird: die Aussagen, die Erzberger unter seinem Eide macht, werden von den Stenographen festgehalten, um später mit Zangen sortiert zu werden, und schon heute korrigiert Erzberger eil-

fertig sich selber: nachdem er zuerst erklärt hatte, er habe nur einmal in seinem Leben eine einzige Aktie besessen, eine Phönix-Aktie, fügt er nun hinzu, auch eine Anzahl Kali-Kuxe habe er gehabt. Vielleicht fällt ihm noch was ein. Eigentlich unkorrigierbar, weil zu oft auf Befragen wiederholt, ist nur seine Aussage, daß er vom Thyssen-Konzern 40 000 Mark jährlich bekommen habe, nicht einen Pfennig mehr oder weniger, auch kein Geschenk oder sonst etwas dazu, und zwar nichts vor April 1915 — das wird man sich merken müssen — und nichts nach September 1917. Nun sind diese 40 000 Mark immerhin Friedensmark, wo die Mark noch hundert Pfennige galt, also ein ganz respektables Gehalt für eine nebenamtliche Tätigkeit im Dienste Thyssens. Erzberger ist weder Techniker, noch Jurist, noch Kaufmann; seine Vorbildung in einem katholischen Lehrerseminar macht ihn sicherlich nicht geeignet zu einem Aufsichtsrat in der Schwerindustrie. Der alte Thyssen konnte also als Gegenleistung nur erwarten, daß Erzberger seinen Einfluß als Politiker geschäftlich für die Firma ausnutze; und das ist denn auch in der Longwy-Briey-Frage und bei anderen Gelegenheiten geschehen.

Es steht in keinem Gesetz geschrieben, daß ein Abgeordneter nicht Aufsichtsrat sein dürfe, sagt Erzberger entrüstet; auch der frühere Abgeordnete und Oberpräsident v. Loebell habe sich zum Aufsichtsrat machen lassen.

Gewiß: der frühere.

Dieses Hakenschlagen nützt also nichts. Loebell hatte seine politische Laufbahn eben schon quittiert. Und Bassermann und Stresemann, von denen der eine sowieso industrieller Syndikus, der andere Rechtsanwalt und Zivilvertreter großer Gesellschaften waren, haben ihre Politik vom Geschäft saubergehalten. Vorgestern ist Erzberger auf die eidliche Aussage Duisbergs geprallt, daß er, Erzberger, noch

im Sommer 1917 für die Annektierung von Briey und Longwy agitiert habe, auf Aufforderung seines Brotherrn Thyssen hin. Heute hat der Vielgewandte seine Formel bereit: er sei nicht für Annektierung, sondern für „Erwerb" der Erzbecken eingetreten — er habe niemals an eine Einverleibung durch Gewalt gedacht.

Hat er wirklich geglaubt, die Franzosen würden uns freiwillig wertvolle Landesteile abtreten? Er, der nach seiner heutigen Aussage schon Ende September 1914 den Krieg für uns verloren hielt? Er, der im Mai 1917 schon längst den Czerninschen Bericht in Händen hatte und ein Durchhalten Deutschlands für ausgeschlossen hielt?

Um diese Zeit, so drückt Helfferich es höflich aus, habe Erzberger eben auf zwei Pferden gleichzeitig zu reiten versucht: Parma und Thyssen. Von Thyssen bezog er die 40 000 Mark, nicht einen Pfennig mehr oder weniger, und mußte immerhin dafür etwas leisten, — bis er dann endlich doch aus dem Aufsichtsrat hinausflog. Auf sein eigenes Verlangen, wie er aussagt. Gleich darauf schränkt er auch das wieder ein. Sein Austritt sei das Ergebnis eines Gesprächs mit Thyssen gewesen, die Initiative zur Trennung habe so recht niemand ergriffen. Er wird wohl auch noch weiter mit sich reden lassen. Heute ist er noch der alleinige Zeuge, in eigener Sache; heute leugnet er auch, in der Frage der Ausfuhrzölle zuerst für den Geldbeutel der Großindustrie und nachher, als es keine 40 000 Mark mehr gab, gegen ihn eingetreten zu sein. In den nächsten Tagen werden wir andere Zeugen hören . . .

Ersichtlich peinlich ist dem Hakenschläger und Verwandlungskünstler die Verlesung seines Annexionsprogramms von 1914 und die Gegenüberstellung des „annexionslosen" Programms seiner Friedensresolution von 1917. Es gibt gedämpfte Heiterkeit im Saale, die der Vor-

sitzende rügen muß, als Erzberger erklärt, die Landerwerbungen im Osten — Friede von Brest-Litowsk — und seine eigenen Briey-Longwy-Pläne seien mit jener Resolution durchaus vereinbar. So hat damals, im Juli vor drei Jahren, wohl niemand im In- und Auslande die Resolution aufgefaßt. Jedenfalls der alte Thyssen nicht. Sonst hätte er den Pappenstiel von 40 000 Mark, nicht einen Pfennig mehr oder weniger, ruhig weiter bezahlt, ruhig weiter seine Geschäfte durch Erzberger im Parlament und in den Ministerien fördern lassen. Aber dem großen Industriekapitän, der selber der Zentrumspartei „nahesteht", lag gar nichts daran, einen Ehrensold für einen Politiker auszuwerfen, der inzwischen „mit der verräterischen Sippe vom Hause Parma", wie Helfferich es nennt, angebändelt und damit das Deutsche Reich, das deutsche Volk, die deutsche Arbeit auf den Weg zum Abgrunde geführt hatte. Umsonst gab Thyssen nichts her; und er wollte Erzberger nicht länger aufsitzen.

So weit sehen wir jetzt klar. Dieses vorläufige Ergebnis, aus dem das Thema probandum „Verquickung von Politik und Geschäft" sich deutlich herausschält, verdanken wir der klaren Gliederung des Fragenkomplexes durch den Landgerichtsdirektor Baumbach als Vorsitzenden und dem scharfen Kurshalten Helfferichs auf der Verfolgung. Der Zeuge Erzberger hat zur Klärung nichts beigetragen. Er hat wohl kein besonders lebhaftes Interesse daran.

## Der Zeuge Rabes.

24. Januar.

„Aus juristischen Kreisen", die Herrn Erzberger wohl näher stehen als der Gegenpartei, läßt eine Berliner demokratische Zeitung sich eine Verwahrung gegen die Stimmungs-

bilder der nationalen Presse schreiben; darin liege die Gefahr einer Beeinflussung der Richter während des noch schwebenden Prozesses. Diese Zuschrift wäre allenfalls verständlich, wenn es sich um Schöffen oder Geschworene handelte. In Moabit aber tagt eine (fast hätte ich gesagt: königlich preußische) Strafkammer von Berufsjuristen, denen gegenüber die Behauptung, sie könnten sich durch Zeitungsartikel beeinflussen lassen, eine Beleidigung gröbsten Kalibers ist. Über Erzberger und Helfferich wird ja wohl jeder der Herren schon längst seine Privatmeinung haben, die Meinung des gebildeten und politisch interessierten Zeitgenossen, und hat es nicht nötig, sie nun erst aus Presseberichten zu schöpfen. Diese Privatmeinung hat aber bei den noch aus dem alten System stammenden Richtern gar nichts mit der Urteilsfindung zu tun, die auf zweierlei beruht: auf der gründlichen Aktenkenntnis, also dem genauen Studium der Schriftsätze beider Parteien mit allen Anlagen, und auf der Würdigung aller Beweise, die in der Verhandlung vorgebracht werden. Dem Zeitungsleser steht dagegen nur der gekürzte Bericht zur Verfügung, der nicht erschöpfend und nicht klar genug ist, so daß die tägliche kritische Auslese im Stimmungsbild zu einem Bedürfnis wird. Die demokratische Presse hat übrigens den Standpunkt, man dürfe ein „schwebendes Verfahren" nicht besprechen, bisher noch stets verlassen, wenn es i h r in den Kram paßte; für sie war beispielsweise Ludendorff bereits vor Zusammentritt des parlamentarischen Untersuchungsausschusses völlig „erledigt".

Den heutigen Bericht mit der Vernehmung zweier führender Herren der Thyssen-Gruppe kann der Fernstehende auch erst dann ganz verstehen, wenn ihm erzählt wird, daß Thyssen der Zentrumsnapoleon unserer Schwerindustrie ist, mitsamt allen seinen Leuten also nur ein lebhaftes Interesse daran haben kann, daß der Parteimann Erzberger glimpflich

davonkommt. Direktor Rabes spricht sich daher, soweit er zu Werturteilen kommt, sehr günstig über Erzberger aus; das Ungünstige muß man ihm geradezu mit Zangen entreißen. Er beschwört, daß Erzberger „freiwillig", auf eigene Initiative hin, aus der Stellung bei Thyssen geschieden sei. Er bekundet aber in der weiteren Vernehmung, daß zuvor der alte Thyssen an Erzberger einen Brief geschrieben habe, der so gehalten war, daß auch er, Rabes, auf einen solchen Brief hin sofort seine Stellung niedergelegt hätte; er bekundet ferner, daß Erzbergers Verhalten in der Frage der Ausfuhrzölle 1918 als Racheakt gegenüber der Firma Thyssen aufgefaßt wurde; und schließlich geht aus seiner und Fritz Thyssens Aussagen klar hervor, daß Erzberger den mit 40 000 Mark dotierten Aufsichtsratsposten (Rabes selbst, der Direktor bei Thyssen, bekam als Aufsichtsrat nur 20 000 Mark) nur zu dem Zwecke bekommen habe, um die Sicherstellung der Erzvorräte von Briey und Longwy für die Firma zu betreiben.

Zu diesem Thema stellen Helfferich und sein Anwalt unter Beweis, daß kein einziger der von Erzberger 1917 angeregten Presseartikel den friedlichen „Erwerb" der Gruben auch nur angedeutet hat, sondern daß offensichtlich für Annexion agitiert wurde. Das ist das, was die Thyssen-Leute ihre wirtschaftlichen Interessen nennen; mit rein geschäftlichen Dingen sei Erzberger nicht behelligt worden, auch sei ihm nichts in bezug auf seine sozialpolitische (von Thyssen abweichende) Haltung abverlangt worden, kurz, sie sahen in Erzberger lediglich den bezahlten Spezialisten zur politischen Erledigung ihrer Erzinteressen. Darum hat er sich denn auch redlich bemüht, nicht nur in der Presse, sondern auch in den Ämtern in Berlin, beim Gouverneur von Metz, beim Chef der Zivilverwaltung im französischen Erzbecken, bei Pontius und bei Pilatus, wenn auch gänzlich erfolglos, da man ihn eben

überall kannte, und da er bei den Männern des unbestechlichen alten Systems denn doch nicht der Alleserreicher war, als der er Thyssen erschienen war.

Über die Affäre Thyssen — Fall 1 der Gruppe I, Vermischung von Politik und Geschäft — ist soweit schon Klarheit vorhanden; die bevorstehende kommissarische Vernehmung des alten Thyssen kann dazu nicht viel Neues mehr bringen, die Vernehmung anderer Zeugen auch nur noch Aufklärung über die Art der Longwy-Briey-Agitation selbst. Aber die Helfferichsche Blendlaterne leuchtet heute auch schon kurz in einige andere Winkel. Der Zeuge Erzberger, der vor zwei Tagen sich nur erinnerte, eine einzige Aktie in seinem Leben besessen zu haben, eine Phönix-Aktie, dazu noch einige Kali-Kuxe, muß heute über seine Käufe von Aktien der Hamburg-Amerika-Linie Auskunft geben, auch werden sehr zahlreiche andere Geschäfte des Betriebsamen angedeutet. Wir erinnern uns noch des ungeheuren Skandals, den die Presse der jetzigen Mehrheitsparteien machte, als es hieß, der Minister v. Podbielski besitze Anteile der Tippelskirch-Gesellschaft. Was aber Erzberger vorgeworfen wird, das sind noch ganze andere Dinge: daß er für Erwerbsgesellschaften, an denen er beteiligt war, in seiner Eigenschaft als Parlamentarier oder gar Minister das Reich angespannt hat. Er meint noch immer, sein Gewissen sei rein. Und Helfferich meint: es sei sogar noch so gut wie neu, weil so gut wie nie gebraucht.

## Prozentmoral — Unauffindbares — Revolverschüsse.

26. Januar.

Vorerst beschäftigt Erzberger die Juristen. Auf das Material warten aber auch die Pathologen. Am wenigsten fällt dabei, scheint es, für die Ethiker ab. Denn es fehlt

2

zwischen ihnen und Erzberger an jedem gemeinsamen Maß; er hat eine Weltanschauung, die ihn für Sittenrichter unangreifbar macht. „Erlaubt ist, was nicht verboten ist", lautet sein Bekenntnis, und da er, wie er sagt, kein Gesetz kennt, das das Geschäftemachen von Politikern verbietet, macht er mit der Politik Geschäfte.

Man fragt ihn, ob er es, wenn auch nicht für verboten, so doch wenigstens für unanständig hielte, als Parlamentarier für die Interessen einer Erwerbsgesellschaft einzutreten, an der man beteiligt sei.

Und da antwortet dieser Hans Naivus: das komme auf die Höhe der Beteiligung an; bei $^1/_2$ oder 1 v. H. sei die Sache nicht des Aufhebens wert! Ich erkläre mich als entwaffnet. Ich werfe keinen Stein mehr auf Erzberger, denn der Arm sinkt mir schlaff herab. Wenn der Anstand wirklich nach Prozenten der Beteiligung berechnet wird, komme ich nicht mehr mit, es sei denn, daß ich mich vorher an Liguoris Moralkasuistik oder ähnlichen Büchern heiß gelesen und festgestellt habe, daß Erzberger auf alle Fragen, „an mortiferum" — ob es eine Todsünde sei, wenn er dies und das getan —, nach seiner eigenen Kasuistik erwidern kann: sein Gewissen sei rein, erst bei $1^1/_2$ v. H. beginne der Lump.

Das war der Beitrag Erzbergers zur Lösung des psychologisch-pathologischen Rätsels Erzberger. Am heutigen Montag soll im Thyssen-Becken weiter geschürft werden, aber das Handwerkszeug ist vielfach nicht zur Stelle; Erzberger und seine Leute machen es dem Gerichte wirklich schwer, so daß man die Geduld des Vorsitzenden, der sich durch nichts nervös machen läßt, nur bewundern kann. Erstens sind die Thyssen-Akten im Reichsamt des Innern und im Reichswirtschaftsamt unauffindbar. Zweitens hat die Firma Thyssen trotz der Aufforderung des Gerichts, alle auf Briey-Longwy bezüglichen Papiere vorzulegen, die für den Prozeß

wichtigste Eingabe vom 18. September 1915 dem Gericht vorenthalten; wenn sie nicht zufällig durch einen Helfferichschen Zeugen im preußischen Handelsministerium aufgestöbert worden wäre, hätten wir von ihr nichts erfahren. Drittens hat Erzberger den Brief Thyssens, in dem ihm auseinandergesetzt wurde, wo der Zimmermann das Loch gelassen habe, nach seiner heutigen Erklärung als überflüssige Makulatur verbrannt. Es geht doch nichts über die rührend kindliche Naivität dieses Mannes — in der Beurteilung seiner Richter.

Dank dem Zeugen Ministerialdirektor Neuhaus erfahren wir jetzt aus der Verlesung der genannten Eingabe — und Erzberger hatte vertragsgemäß, wie von ihm selber und anderen bekundet, alle Thyssenschen Erzeingaben bei den Behörden zu vertreten —, daß noch am 18. September 1915 von der Thyssen-Gruppe die Annexion des Briey-Beckens zu ihren Gunsten und, man hört und staunt, die Einverleibung ganz Belgiens und des besetzten Frankreichs verlangt wird. Mit eiserner Stirn verkündet Erzberger, von dieser Eingabe höre er heute zum erstenmal.

Selbstverständlich.

Anders hat es wohl auch kein Richter erwartet.

Nervös wird Erzberger nie, nur seine Umgebung fängt an, unruhig zu werden, weil das Mauerwerk bröckelt und unerwartet Steinblöcke herniederkollern. Wohl nur im Versehen gibt Direktor Rabes zu, daß schon im ersten Kriegsjahr — und im ersten Jahr war Erzberger doch noch nicht Aufsichtsrat bei Thyssen — Erzberger über alle Eingaben der Thyssen-Gruppe informiert worden sei und versprochen habe, für sie zu wirken. Also doch auch für die Eingabe vom 28. August 1914, in der die Gruppe zum erstenmal um Zuteilung der Briey-Gruben bittet. Wenn er wollte, könnte

2*

Helfferich schon jetzt die Karten auf den Tisch legen und um Zählung ersuchen: daß der Abgeordnete Erzberger von Kriegsbeginn an bis zur Verzichtresolution seinen politischen Einfluß als Angestellter Thyssens für dessen wirtschaftliche Interessen eingesetzt hat, dürfte bereits klar sein. Noch in der Klärung begriffen ist heute die zweite Frage, ob Erzberger nachher, als er aus der Schwerindustrie hinausgeflogen war, seinen politischen Einfluß umgekehrt gegen die Industrie hat spielen lassen. Sein Mehrheitskollege Südekum, zurzeit preußischer Finanzminister, bekundet, daß er von der Lauterkeit Erzbergers in diesen Dingen überzeugt sei; andere Zeugen sagen anders aus.

Leider scheint es, daß, wie auf Bestellung, der Prozeß jetzt bei Beginn der Aufklärung der Vertagung anheimfallen soll. Ein törichter junger Mensch hat mit einem vorsintflutlichen Revolver zwei Schüsse auf Erzberger abgegeben; eine der Bleikugeln soll durch den Winterpaletot hindurchgedrungen und — angeblich — in der Schulter steckengeblieben sein, so daß der Reichsfinanzminister sich in ärztliche Behandlung begeben muß, während die andere auf dem Bauche Erzbergers, an der Uhrkette, abprallte. In der Menschengruppe, die an dem Auto Erzbergers stand, hielt ein Mann mit Schauspielergesicht sozusagen a tempo eine Volksrede gegen die „Alldeutschen", die dem „Ehrenmann" Erzberger nach dem Leben trachteten, und zwar in einem Augenblick, in dem noch niemand wußte, wer der Angreifer sei; rannte dann zur Trambahnhaltestelle, wo er die Ansprache wiederholte; und hielt sie ein drittes Mal einige hundert Schritte weiter. So wird das jetzt wie ein Lauffeuer durch die ganze Mehrheitspresse gehen.

Ich aber wünsche Herrn Erzberger vollkommene Genesung innerhalb spätestens drei Tagen und wiederhole den

Satz aus einer früheren Betrachtung: Gott erhalte uns diesen Mann noch bis zu den nächsten Wahlen auf seinem Posten, denn der lebendige Erzberger ist der Ruin der Mehrheitskoalition und der stärkste unfreiwillige Agitator für die nationalen Parteien.

## Ostropa.

29. Januar.

Mitten in die große politische Tragödie, die die Durchleuchtung Erzbergers vor Gericht bedeutet, irrlichtert ein kleines Satyrspiel herein: der Fall Ostropa. Schade, daß es nur auf die unerschütterlich ernsten Mienen der Herren vom Richterkollegium und von uns nur auf die Politik eingestellten gänzlich amusischen Pressevertreter stößt. Man schreit innerlich nach einem Aristophanes. Was sage ich Aristophanes, — nach einem Leo Leipziger, nach einem Artur Landsberg, nach einer Truth Wertheim!

Also, um das Ergebnis vorwegzunehmen: mit der Ostropa hat Erzberger wirklich nichts zu tun. Dieser Fall (daß Erzberger als bezahlter Beirat der „Gesellschaft für osteuropäischen Handel" eingetragen war) ist in den Schriftsätzen Helfferichs gar nicht angeführt, wurde nur beiläufig und mündlich in der Diskussion erwähnt, worauf Erzberger unter Eid sofort erklärte, er höre den Namen Ostropa jetzt überhaupt zum ersten Male. Damit war die Sache für Helfferich, wie er heute bekundet, erledigt. Auch für uns; ich habe sie in meinen Tageskritiken überhaupt nicht genannt. Für die Anwälte Erzbergers, die sich wahrlich in keiner beneidenswerten Lage befinden, war sie aber ein gefundenes Fressen, da doch in diesem einen Fall die Reinlichkeit der Finger ihres Mandanten klar erweislich war, und sie hätten den Fall Ostropa am liebsten noch breiter gewalzt, wenn nicht der Ge-

richtshof, jeder unnützen Feuilletonistik abhold, schon heute nach drei Vernehmungen ein Ende damit gemacht hätte.

Als erster Zeuge tritt der Justizrat Neumann vor die Schranken; mit den Parteien nicht verschwägert, 66 Jahre alt, mosaisch. Die fünf Gründer der Ostropa, darunter jener Mensch mit dem altpreußischen Namen Winterfeldt, der schon vor dem Kriege einmal bei einem Millionen-Grundstücksgeschäft mit dem Staate genannt worden ist, haben in dem Büro des Notars ihren Vertrag geschlossen. Merkwürdigerweise war auch der anfängliche Sitz der Gesellschaft in dem Geschäftszimmer des Sozius von Herrn Justizrat Neumann. Im übrigen kann der Justizrat sich nur auf seine Akten berufen, weiß sonst von nichts. Nachdem aber auch der Prokurist und der Geschäftsführer der Ostropa ihre schwurgewohnte Rechte emporgereckt, erfahren wir, daß sie den Reichsfinanzminister als Beirat angeführt haben, ohne ihn vorher zu fragen. Nachträglich ist ein Brief mit der Mitteilung von der erfolgten „Wahl" an Erzberger geschrieben worden; den sollte „Herr Markusjohn von der Waffenstillstandskommission" dem Minister übergeben, hat es aber nicht getan. Das ist alles.

Nun schmunzelt auch der sonst so ernste Helfferich. Das ist doch ein Geschichtchen für Götter. Nur der Oberstaatsanwalt entrüstet sich. Nun ja; der hat noch nicht umgelernt, der ist noch nicht auf die neue Zeit eingestellt.

In dieser neuen Zeit, der Zeit unserer glorreichen Schieberrepublik, finden gewandte Leute „nichts bei", wenn sie aus dem Handgelenk einen Minister als ihren bezahlten Beirat bezeichnen. Die Hauptsache: es wird geglaubt. Sämtliche Auskunfteien verzeichneten seelenruhig Herrn Erzberger als Ostropa-Beirat und verkündeten dies seelenruhig jedem Anfrager. Nicht eine hat einen Rechercheur entsandt, wie es in zweifelhaften Fällen doch stets geschieht, um die Angaben

einer neuen Gesellschaft nachzuprüfen. Die Sache war für sie nicht zweifelhaft. Erzberger? Aber selbstverständlich! Dem traut man noch ganz andere Dinge zu. Ist er nicht Aufsichtsrat bei Thyssen gewesen? Hat er nicht Syndikus des Viehhändlerverbandes werden wollen? Das sind doch erwiesene und unbestrittene Tatsachen, um von vielen anderen gar nicht erst zu reden. Ich sehe schon Leo Leipziger in die Harfe greifen und höre die leichten Verse über die Gründerversammlung der Fünf und halte mir im voraus die Seiten vor Lachen. Aber das Lachen vergeht einem in demselben Augenblick, in dem man früherer Zeiten gedenkt. Ich glaube nicht, daß früher jemand die Dreistigkeit gehabt hätte, den Finanzminister Dr. v. Miquel oder den Finanzminister Frhrn. v. Rheinbaben als Beirat irgendeiner Ostropa vor einem Notar anzugeben. Tags darauf wäre er verhaftet gewesen. Nur heute hält jedermann alles für möglich.

## Pnigodin.

3. Februar.

Nicht nur in den Reichsämtern sind Akten, die sich auf den Fall Erzberger beziehen, plötzlich verschwunden. Nicht nur aus Erzbergers Privatregistratur ist just der wichtigste Brief in der Thyssen-Sache ins Ofenfeuer gewandert. Sondern auch in Gesellschaften, denen Erzberger als Aufsichtsrat angehört hat, sind die Sitzungsprotokolle unauffindbar, wie heute die Pnigodin-Zeugen bekunden. Das alles kann natürlich Bummelei oder Pech oder Zufall sein. Wenn ein und derselbe „Zufall" aber so häufig wird, wie in Strafprozessen die Berufung auf den bekannten „Unbekannten", dann stutzt selbst das kindlichste Gemüt; und wir haben es mit erfahrenen Richtern zu tun. Auffällig ist in dem Erzberger-Helfferich-Prozeß noch eine weitere Erscheinung: die ganz be-

sonders scheue Zurückhaltung gewisser Zeugen, die im industriellen Leben stehen, sich irgendwie ungünstig über den gegenwärtigen Reichsdiktator Erzberger zu äußern. Schon ehe sie gefragt werden, platzen sie meist damit heraus, daß Erzberger „keinerlei Vorteile" von der geschäftlichen Verbindung mit ihnen gehabt, „nicht einen Pfennig" durch sie verdient habe.

Bis das Gegenteil erwiesen wird.

In der Pnigodin-Sache — Pnigodin wurde eine Art Malzbonbons getauft, die als Linderungsmittel bei Keuchhusten dienen sollten und für deren Herstellung Erzberger eine Sonderzuweisung von Zucker und Malz zu e. wirken hatte — in dieser Pnigodin-Sache, die von Erzberger und seinen Freunden finanziert wurde, ergeben die Zeugenaussagen ein ganz klares Bild. Erzberger, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesellschaft, wendet sich, ohne diese Eigenschaft zu erkennen zu geben, als „Mitglied des Reichstages", also schlechthin als Anwalt der leidenden Menschheit, an den staatlichen Gutachter, Geheimrat Juckenack, mit der Bitte, durch sein Gutachten die Freigabe des nötigen Zuckers zu ermöglichen. In der Praxis Juckenacks steht diese Zumutung einzig da; kein einziger Abgeordneter hat je etwas Ähnliches versucht. Sofort nach diesem Vorfall meldet ihn der Gutachter den beteiligten Reichsstellen. Die Korrespondenz darüber, die aus dem Jahre 1915 stammt, hat er zur Hand und verliest sie vor Gericht.

„Vermischung von Politik und Geschäft" — oder nicht?

Aber das sei ja gar kein Geschäft, sondern ein Hereinfall gewesen, überstürzen sich die Einwürfe der Erzbergerschen Anwälte und des Direktors der sächsischen Serumwerke, die die Erzeugung des Pnigodins übernommen hatten.

Nur gemach! So heißt es zwar stets: ein Hereinfall. Thyssen ist mit Erzberger hereingefallen, der Pnigodin-

Erfinder ist mit Erzberger hereingefallen, gewiß, — aber Erzberger ist immer mit einer hohen Aufsichtsratsvergütung oder mit einem blauen Auge davongekommen! Von den 6000 Mark seiner Pnigodin-Anteile hat er nach seiner eigenen, durch seinen Anwalt verlesenen Bekundung 5000 Mark abgestoßen. Davon 2000 Mark an die Serumwerke, und zwar über pari zu 110 oder 115 v. H., während der Erfinder selbst erklärt, er wäre froh, wenn er 30 v. H. für seine Anteile bekäme. Und immer bleibt noch ein Rätselrest zu lösen. Warum haben die Serumwerke nur Erzberger die Anteile abgekauft und noch dazu so günstig für ihn? Der Direktor windet sich. Nein, Erzberger habe außer dem Pnigodin-Zucker nichts geschoben. Man habe zwar häufig Konferenzen mit ihm gehabt, aber nichts davon gehabt; die seien nur für ihn als Information interessant gewesen . . .

Es ist selbstverständlich, daß das Richterkollegium sich daraus „einen Vers macht". Was uns noch dunkel ist, das wird dort oben klar.

Man nennt das freie Beweiswürdigung.

In solchen gefährlichen Augenblicken pflegt Herr Friedländer, der eine der Anwälte Erzbergers, einen Tumult zu erregen. Es gibt allerlei Taktiken. Er übt nicht — nach Heine — die „Wanzentaktik des Sich-tot-stellens", sondern die, plötzlich, in übertragenem Sinne, einen üblen Geruch hervorzurufen. Er überschüttet einen Zeugen oder die Gegenpartei mit irgendwelchen heftigen Vorwürfen. Die Überfallenen springen erregt auf, widersprechen, und schon scheint das eigentliche, das gefährliche Thema vergessen zu sein. Heute wird dem Geheimrat Juckenack, einem peinlich korrekten Beamten der guten alten Zeit, unterstellt, daß er der Informator Helfferichs und somit Urheber des „Pnigodin vor Gericht", also wohl nur Zeuge zweiter Klasse sei. Kein Wort davon ist wahr. Und auch aus dieser Taktik macht sich der Gerichtshof

wohl seinen Vers. Durch Advokatenmätzchen läßt der sich nicht täuschen.

Am Montag wird der Philanthrop Erzberger selber, als Zeuge in eigener Sache, die Pnigodin-Affäre „restlos aufklären", — für diejenigen, die es noch nötig haben, und das dürften nach den beschworenen Aussagen dieses Dienstags nur noch wenige sein. Diese ganze Affäre ist eine Kleinigkeit. Und Erzberger hat sich nicht nur mit Kleinigkeiten abgegeben. Wir stecken immer noch in den ersten Anfängen des Prozesses.

## Aus der literarischen Waschküche.

5. Februar.

Allvater Wotan hat seine zwei Raben auf den Schultern, die ihm Runen raunen. Erzbergers beide Raben, die in öffentlicher Meinung machen, heißen Haemmer und Driesen. Oberlehrer Haemmer ist unzweifelhaft „schwarz", stammt aus einer in Metz protestelnden und französelnden Familie und ist im Alter von 32 Jahren Geheimer Regierungsrat bei Erzberger geworden; Oberlehrer Driesen sieht weniger katholisch aus, eher galizisch, und legt in Journalistengesprächen Wert darauf, zu betonen, daß er beileibe kein Ultramontaner sei, und ist seit Jahr und Tag ebenfalls Presse-Allmächtiger bei Erzberger. Bei Erzberger. Ganz gleich, wo der ist. Die Raben raunen die Runen, ob ihr Wotan nun der Waffenstillstandskommission vorsteht oder einem portefeuillelosen Staatssekretariat oder dem Reichsfinanzministerium: sie sind sozusagen persönliches Inventar. Beide — und auch Redakteur Dombrowski, der für das „Berliner Tageblatt" und eine unabhängig-jüdisch-sozialdemokratische Wochenschrift schreibt — sollen Auskunft darüber geben, was Erzberger mit einem

heftigen Dombrowski-Artikel gegen Helfferich zu tun habe, der im vorigen Sommer erschienen ist, gerade, als der Kampf Helfferich-Erzberger auf dem Höhepunkt stand.

Herr Driesen sagt aus, das Material zu diesem Artikel sei von einem Herrn X zusammengestellt, von einem Herrn Y eingesandt worden; er dürfe die Namen nicht nennen, aber er versichere, sie hätten mit Erzberger nichts zu tun. Herrn Dombrowski habe er die Sache mit der Bemerkung übergeben: „Erzberger weiß von nichts." Das nimmt den Gerichtshof baß wunder. Und Helfferichs Rechtsbeistand kann sich die boshafte Frage nicht verkneifen, ob die Bemerkung nicht etwa gelautet hätte: „Erzberger — verstehen Sie — weiß von nichts." Einerlei: der Wortlaut der Bemerkung ist beschworen. Auch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hat schon damals halbamtlich gestanden, der Reichsfinanzminister Erzberger erkläre, er habe von nichts gewußt. Nun sagt aber der jugendliche Geheimrat Haemmer im Kreuzverhör aus, der von Herrn Y überreichte Artikel des Herrn X, der schließlich an Redakteur Dombrowski gelangt sei, habe dem Minister Erzberger mit den übrigen Eingängen des Tages vorgelegen; nur sei er ohne jede Randbemerkung, ohne irgendeinen Vermerk, was damit geschehen solle, an ihn, Haemmer, zurückgelangt, und er habe auch kein Sterbenswörtchen mit dem Minister Erzberger darüber gesprochen, und der Artikel sei ebenso wortlos an Driesen weitergegangen. Und von der in dem Regierungsorgan veröffentlichten Erklärung Erzbergers, daß Erzberger nichts wisse, habe Erzberger nichts gewußt . . .

Die hat ganz insgeheim und hinterrücks Herr Driesen verfaßt, denn er war, wie er sagt, als Pressechef „durchaus selbständig", hat auch nachher seinem Herrn keinen Vortrag darüber gehalten, und Erzberger hat sich auch über die Notiz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", daß er erkläre, von

nichts zu wissen, nicht weiter aufgeregt, obwohl ihm doch der Artikel des Herrn X. in der Tat vorgelegt worden war. Es ist ein bißchen viel auf einmal. Ein Königreich für einen naiven Richter! Selbst dem Oberstaatsanwalt, der doch die öffentliche Anklage gegen Helfferich für Erzberger vertritt, fängt die Sache offensichtlich an, peinlich zu werden. Der Blick in die literarische Waschküche Erzbergers und auf seine heutigen beiden „Entlastungszeugen" gehört zu den stärksten Eindrücken, die der Prozeß bisher ergeben hat, obwohl man sich hüten wird, diese Eindrücke in Worte zu fassen.

## Erzberger besorgt Subventionen.

9. Februar.

Nach vierzehntägiger Pause ist Erzberger wieder da, in voller körperlicher und geistiger Bewegungsfähigkeit und offenbar auch ohne Gewichtsverlust. Von dem bedauerlichen Unfall ist ihm nichts mehr anzumerken. Es zittert wohl heute niemand so um Erzbergers Leben, als sein Gegner Helfferich, der die Vivisektion des Reichsfinanzministers vor Gericht bei weitem seiner Entfernung durch wahnwitzige Attentate vorzieht. Aber es ist schwer, alles an den Tag zu bringen. Eher kann man seinem Jagdhund eine Zecke, die sich unter der Haut festgebissen und vollgesogen hat, herausziehen, als Erzberger zu einem freiwilligen Eingeständnis bringen. Helfferich muß immer mehrere Pinzetten in Bereitschaft halten, um den Zeugen Erzberger aus der subkutanen Verschanzung zu zerren.

Wir sind glücklich so weit, daß über die Pnigodin-Papiere endlich das Tatsächliche festgestellt ist. Sie wurden, obwohl ihr Wert niemals über Pari beziffert wurde und obwohl Erzberger selbst sie in seiner Vermögens-

erklärung 1917 mit Null einsetzte, um für den Rest dieser „wertlosen" Anteile nicht Steuern bezahlen zu müssen, ihm von den Sächsischen Serumwerken mit 115 v. H. abgenommen. Das sei eine ganz harmlose Sache, meint Erzberger, und dieser Verkauf sei von der Generalversammlung der Pnigodin-Gesellschaft genehmigt worden. An dieser „Generalversammlung", so erfahren wir heute, hat außer Erzberger nur sein Intimus Lautenschläger und dessen Bruder teilgenommen! Nun fragt der unerbittlich zerrende Helfferich: „Haben Sie nie etwas für die Serumwerke getan?" Erzberger antwortet: „Unter meinem Eide versichere ich: Niemals!" Das ist ein Eidchen, das sich sehen lassen kann; es läuft einem kalt über den Rücken.

Helfferich klappt nämlich nun das stenographische Protokoll einer Reichstagssitzung auf, aus dem hervorgeht, daß am 11. Mai 1914 Erzberger im Reichstage für eine Subvention der Serumwerke eingetreten ist. „Ja, aller, es gibt viele!", sagt der verzweifelt sich festbeißende Reichsfinanzminister. Die eidlichen Aussagen der Zeugen, vor allem die des telephonisch herbeizitierten Oberstabsarztes Dr. Hoffmann, früheren Hygienedezernenten im Kriegsministerium, ergeben aber etwas ganz anderes. Danach hat Erzberger, nur Erzberger, eine jährliche Subvention von 25 000 Mark für die Sächsischen Serumwerke, nur die Sächsischen Serumwerke, vom Kriegsministerium verlangt, damit sie für das Reich auf Vorrat Impfstoffe anfertigen könnten. Das wurde abgelehnt, weil die Sera sich nicht lagern lassen, sondern nur frisch gut sind. Trotzdem brachte Erzberger sein Verlangen noch einmal in öffentlicher Sitzung vor.

Über diese wohl „restlos" aufgeklärte Affäre kann man nun die Akten schließen. Vorläufig abgeschlossen wird heute auch die Affäre Thyssen. Ein dem Zentrum angehörender

Ministerialrat zeugt enthusiastisch für Erzberger. Wieder fängt Helfferich mit der Pinzette an zu ziehen: ob Erzberger in irgendwelchen näheren Beziehungen zu diesem Geheimrat stünde. Bewahre! Und nun wird, wie vorhin das Reichstagsprotokoll, ein eigenhändiger Brief Erzbergers zutage gefördert, in dem er dem Reichskanzler diesen Geheimrat zur Beförderung zum Unterstaatssekretär empfiehlt. Ritter Erzberger hat eine große Klientel; und seine Protegés schließen sich zum Ringe um den Bedrohten.

## Julius Berger.

10. Februar.

Der Aufmarsch der Geschäftsfreunde des Zentrums-Politikers Erzberger ist auch für den Zeichner eine Modellschau von großem Reiz; sie „verdichtet" sich von Tag zu Tag mehr zu dem e i n e n Typ der goldenen Internationale. Der Kommerzienrat Julius Berger ist ganz der Schlittgensche Kommerzienrat der „Fliegenden Blätter". Über dem gewölbten Embonpoint wölbt sich die Nase, alles andere ist verschwindend.

Auch Briefe schwinden, auch Erinnerungen schwinden. Was er sich wohl dabei gedacht habe, als er Herrn Erzberger, der eben als Schiedsrichter eine Millionensache für ihn sehr günstig entschieden hatte, zum Aufsichtsrat in seiner Tiefbau-Aktiengesellschaft gemacht habe, wird er gefragt. „Nu, — gar nichts!", antwortet der Kommerzienrat Julius Berger mit abgespreizten Händen. Auch der Abgeordnete Erzberger, als solcher doch „Vertreter des ganzen deutschen Volkes" und nicht einer Tiefbaufirma, hat sich nichts dabei gedacht, als er den unbestechlichen Volkstribunen mimte und dabei kommende Einnahmen überschlug. Beide werden aber kaum verhindern

können, daß der Gerichtshof sich sehr viel dabei denkt; vielleicht Ähnliches, wie schon vor Jahren das Kaiserliche Kanalamt in Kiel, das dienstlich an die vorgesetzte Stelle meldete, man werde bei nächster gleicher Gelegenheit diesen „unbeeinflußten“ Schiedsrichter Erzberger ablehnen müssen, denn die Sache sei doch geradezu unerhört.

Bereits drei Wochen nach dem Schiedsspruch erhält Erzberger den gut dotierten Aufsichtsratsposten bei Julius Berger; die Einladung zu der Gesellschaftsversammlung, in der Erzbergers Wahl erfolgte, ist zweieinhalb Wochen vorher ausgegangen, also unmittelbar nach dem Schiedsspruch; und schon über ein Jahr vorher ist Erzberger der Posten angeboten und von ihm „für später“ akzeptiert worden. Aber selbstverständlich: weder Berger noch Erzberger erkennen darin einen Zusammenhang, oder besser gesagt, bekennen einen Zusammenhang. Man kann ja weder von dem Herrn Minister-Abgeordneten noch von seinen ungetauften oder betrübend mangelhaft getauften Geschäftsfreunden verlangen, daß sie offen erklären: „Nu, eine Hand wäscht eben die andere!“ Denn dann hätte ja Helfferich recht, der in Erzberger keinen Staatsmann oder auch nur Volksmann sieht, sondern einen üblen Geschäftemacher, an dessen Perfidie und Unfähigkeit im übrigen das Deutsche Reich zugrunde gegangen sei.

Beiläufig bemerkt, scheint Erzberger ziemlich wahllos seine Geschäftsfreundschaften in der goldenen Internationale zu pflegen. Die Firma Julius Berger ist während des Krieges wegen ihrer Unzuverlässigkeit für längere Zeit von Arbeiten für das Militär ausgeschlossen gewesen. Auch in der Berger-Affäre wird festgestellt, daß der heute beeidigte Erzberger und der im Vorverfahren unbeeidigte Erzberger einigermaßen verschiedene Aussagen gemacht haben. Es ist also äußerste Vorsicht am Platze; man sieht, wie sie Erzberger

schwer fällt, man sieht, wie die Glut immer purpurner in das massige Gesicht ihm steigt. Heute ist er schon fast nicht mehr Zeuge, fast nur noch Angeklagter; auch ein wilder Ausfall des Eingeengten gegen Helfferich wird zurückgeschlagen.

Allzu wohl mag heute auch seinen Ministerkollegen nicht mehr sein. Diesen Mann werden sie von ihren „Rockschößen nicht mehr los. Wenn ein um das Vaterland in Krieg und Aufruhr verdienter Oberst, weil ihm ein deutschnationaler Jugendbund die Ehrenmitgliedschaft übertragen hat, aus dem Dienst entlassen wird, — was hätte dann mit Erzberger geschehen müssen? Nun ist es gerichtlich festgestellt, daß er mit dem Anstellungsversprechen einer Firma in der Tasche für diese Firma gegen den Reichsfiskus ein Schiedsrichteramt durchgeführt hat. Er wird aber nicht einmal vom Dienst suspendiert. Im alten kaiserlichen Deutschland, in diesem „Obrigkeitsstaat" von vorbildlicher Reinheit, hätte man Erzberger eine bemakelte Persönlichkeit genannt. Ich werde mich hüten, heute so etwas zu sagen; zum heutigen System paßt der Mann wie angegossen.

## „Eines Abgeordneten unwürdig."

12. Februar.

Eine Strafkammer ist noch stärker als ein Röntgenapparat. Dieser hat bei der Durchleuchtung Erzbergers keine Revolverkugel finden können, wie man zum Erstaunen vieler Leute in den Zeitungen las. Die Strafkammer aber bringt allerlei dunkle Flecken auf das Positiv, gegen deren Bekanntwerden Erzberger sich mit der ganzen Zähigkeit seiner Hundezeckentaktik immer noch wehrt. Wir sind mit Gruppe 1 der Helfferichschen Behauptungen, mit den Fällen, in denen Erzberger Politik mit Geschäft vermengte, Geschäfte mit

Politik machte, mit dem Abgeordnetenmandat Aufsichtsratsmandate angelte, noch lange nicht fertig; Gruppe 2 der Helfferichschen Behauptungen, wonach Erzberger an sozusagen konstitutioneller Verlogenheit leide, ist noch gar nicht angeschnitten. Aber der temperamentvolle Erzberger kann es anscheinend gar nicht erwarten, bis es so weit ist, und gibt schon jetzt vor Gericht Pröbchen von dem Heidendampf, den er vor der Wahrheit hat.

Der beeidigte Zeuge Erzberger hat ausgesagt, daß er an der Berufung des Kommerzienrats Julius Berger in die Wiederaufbaukommission gänzlich unschuldig sei, daß sie vielmehr durch das Reichswirtschaftsministerium erfolgt sei. Nun ergeben aber die gerichtlichen Feststellungen, daß Herr Erzberger Herrn Berger — und noch einen anderen Geschäftsfreund, den Grundstücksspekulanten Haberland — in das „Referat 13" seiner Waffenstillstandskommission berufen hat, das sich zunächst allein mit dem Wiederaufbau zu beschäftigen hatte, und daß dann das Reichswirtschaftsministerium — mit dem „Referat 13" auch Herrn Berger übernommen hat!

Dem auch als Zeugen vorgeladenen Schwiegersohn Bergers, Rechtsanwalt Wolfenstein, ist natürlich in der ganzen Affäre Berger-Erzberger „nichts aufgefallen", andere besser informierte Zeugen aber sagen unter ihrem Eide aus (auch Vater Berger gibt zögernd die Hauptsache zu), daß Erzberger schon als Schiedsrichter präsumtiver Aufsichtsrat bei Berger war, daß er während der Schiedsgerichtsaffären auffällig häufig sich von Herrn Berger „informieren" ließ (oder umgekehrt) und daß nach solchen Besuchen Bergers bei Erzberger die bereits diktierten Schriftsätze oft völlig umgearbeitet wurden. Eine an Gewißheit streifende Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Erzberger seinen Einfluß als Abgeordneter bei amtlichen Stellen auch dafür eingesetzt hat, daß die von Militärbauten ausgeschlossene Firma Julius

Berger-Tiefbau A.-G. wieder von der Verbotstafel gestrichen wurde; und vollständig erwiesen wird die Tatsache, daß der Abgeordnete Erzberger wiederholt auf das Kriegsministerium gedrückt hat, man möge Herrn Berger — das Eiserne Kreuz am weißschwarzen Bande verleihen! Der als Zeuge vernommene General v. Oldershausen erklärt unter seinem Eide, in seiner Praxis beim Chef des Feldeisenbahnwesens sei ihm ein solcher Fall sonst nie vorgekommen.

Über den Grad der politisch-privat-geschäftlichen Intimität zwischen dem Kommerzienrat Julius Berger und seinem gegen Tantieme und „Extrahonorar" angestellten Aufsichtsrat Erzberger gibt es nun keinen Zweifel mehr. Weshalb man Erzberger so gerne anstellte, das enthüllt der jetzt erledigte Fall Berger auch vollkommen, während der Fall Thyssen es erst ahnen ließ; man konnte diesen „einflußreichen" Abgeordneten deshalb so gut brauchen, weil er gegenüber den Behörden ein „steifes Rückgrat" hatte, zu deutsch, weil er sehr eklig werden konnte, wenn seine Wünsche nicht erfüllt wurden. Wer noch nicht gewußt haben sollte, daß die Tochter des Parlamentarismus Korruption heißt, der weiß es jetzt.

Auch dem alten Peter Spahn, dem langjährigen Vorsitzenden der Zentrumspartei, ist bei dieser Erkenntnis schon damals, während der Schiedsgerichtsaffären, die viele Jahre hindurch einen der Erwerbszweige Erzbergers ausmachten, unbehaglich zumut geworden. Er sagt heute als Zeuge darüber aus. Wie im Reichstage, so wird er, der leise Sprecher, auch hier im Gerichtssaal umdrängt, damit kein Wort verloren geht; was nun er, der als Oberlandesgerichtspräsident der erste Richter in verschiedenen preußischen Provinzen und schließlich sogar Justizminister war, zu sagen hat, das ist für den Erzschlauberger schlechthin das moralische Todesurteil. Anfangs nickt Erzberger dauernd zu Spahns Bekundungen;

das ist sein bekanntes Suggestivmittel für die Galerie, dieses mimische: „Genau so habe ich's gesagt!“ Allmählich aber macht Erzberger (soweit seine Physiognomie dies technisch zuläßt) doch ein langes Gesicht, denn Spahn erklärt unter seinem Eide, er habe das Verhalten Erzbergers als „eines Abgeordneten unwürdig“ empfunden und dieses sein Empfinden sei auch von Groeber und Bassermann, mit denen er darüber gesprochen, geteilt worden; es sei ganz unangängig, daß ein Abgeordneter das Schiedsrichteramt für eine Firma übernehme und gleichzeitig in der Budgetkommission die Gegenseite, den Fiskus, angreife. Also der alte Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der ehemalige preußische Justizminister, nennt die Erzbergersche Vermischung von Politik und Geschäft unwürdig. Helfferich hat sie unsauber genannt. Beide Männer fällen also im Grunde das gleiche Urteil, und was das Gericht durch seine Röntgendurchleuchtung bisher zutage gefördert hat, bestätigt dieses Urteil, obwohl erst ein ganz kleiner Teil des Materials zeugeneidlich festgelegt ist.

Man fragt sich unter diesen Umständen, was für ein Interesse die Reichsregierung, die das Verfahren gegen Helfferich angestrengt hat, an der Fortführung des Prozesses eigentlich noch haben kann. Ob das Kabinett, das noch am „Enthüllungstage“ im Juli zu Weimar diesem Erzberger so frenetisch zujubelte, wirklich wünscht, daß er sich bis auf die durch die mysteriöse Revolverkugel bisher unverletzten Knochen blamiert und damit seine ganze Kochgemeinschaft, wissen wir natürlich nicht. Einst rief Herr Scheidemann mit Donnerworten nach dem Staatsgerichtshof, der Ludendorff zur Strecke bringen sollte; für diesen Gerichtshof ist das Interesse seither völlig eingeschlafen. Aber vor der ordentlichen Strafkammer in Moabit zappelt Herr Erzberger in den Schlingen seines eigenen Vorlebens, und seine Herren

3*

Kollegen schauen wie gelähmt zu; da soll noch einer sagen, es gebe keine göttliche Gerechtigkeit.

## Matthias macht alles.

13. Februar.

Die Leistung Erzbergers — das sei ganz ohne jeden Nebensinn ehrlich festgestellt — grenzt ans Fabelhafte. Früher pflegte man beim Militär, wenn jemand mit einer ihm aufgetragenen Arbeit nicht fertig werden zu können glaubte, zu sagen: „Der Tag hat 24 Stunden; und wenn Ihnen das nicht genügt, nehmen Sie eben die Nacht noch hinzu!" Nicht nur Haeseler allein hat diesen Grundsatz der Unermüdlichkeit der Armee eingehämmert. Wenn man aber Erzbergers Geschäftigkeit überschaut, so gesteht man zu, daß er allen Wettbewerbern, allein weit voran, „die Hufe zeigt". Wer zählt die Völker, nennt die Namen, die geschäftlich mit ihm zusammenkamen! Erzberger macht in Erz, in Leder, in flüssiger Luft, in Hustenbonbons, in hundert anderen Dingen. Und wenn ihm irgendwo nachgerechnet wird, daß er, wie beispielsweise bei der Sprengluftgesellschaft, mit 2200 Mark Einlage 30 000 Mark gemacht hat, so erwidert er: „Ja, dafür habe ich aber auch meine volle Arbeitskraft eingesetzt!"

Er versteht die seltene Kunst (auch das ist wieder ganz ehrlich ohne jeden Nebensinn gemeint), sich selber zu multiplizieren. Seine volle Arbeitskraft gehört gleichzeitig 5, 10, 20 Unternehmungen; und daneben bleibt immer noch eine volle Arbeitskraft für Parlament, Partei, Kirche, Vaterland, Menschheit übrig.

Daß auch andere Politiker, namentlich solche des Auslandes, Geschäfte gemacht haben, was Erzberger immer anführt, um sich selber zu entschuldigen, ist richtig. Auch größere

Politiker, als er es ist. Um gleich einen der größten vorwegzunehmen: auch Enver Pascha war überall „beteiligt“ und hat sich ein Vermögen von schätzungsweise 40 Millionen Mark damit gemacht. Aber mit diesem Gelde ist Enver, der sich nie so glücklich gefühlt hat, wie als „Räuberhauptmann“ (ipsissima verba) in den Bergen Albaniens, jetzt in das Innere Kleinasiens gezogen und organisiert dort mit seinen reichen Mitteln den nationalen Kampf. Erzberger ist, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, weniger Albanese, mehr fetter Böotier. „Erst mach' dein Sach', dann trink' und lach'!“ Gemacht hatte er für das Vaterland an dem Tage, als er diesen Wahlpruch niederschrieb, die Unterzeichnung des Schmachfriedens mitsamt der Auslieferungsklausel; und für sich selber seit jeher Geld, Geld, Geld, um gut leben zu können, nicht nur im Suvretta-Hotel in St. Moritz, sondern auch im Fürstenkeller in Weimar und — anderswo.

Mit einer Brutalität sondergleichen benutzt er, wie in der Freitagverhandlung seines Prozesses wiederum nachgewiesen wird, seinen Einfluß als Politiker bei den Behörden, um Gesellschaften, an denen er beteiligt ist, zu fördern, andere dagegen niederzukonkurrieren. Gegen eine Sprengluftgesellschaft, die nicht die seinige ist, schickt er dem preußischen Handelsministerium einen Uriasbrief und fügt „Gutachten“ von Leuten hinzu, die nicht uninteressierte Gutachter, sondern — seine Teilhaber in der anderen Gesellschaft sind. Genau so sind seine Praktiken in anderen „Branchen“. Fast nimmt es nicht mehr wunder, daß er gleichzeitig in der Reichsledergesellschaft und in einer privaten Lederfabrik seine Hände stecken hat; die Fülle dieser gleichartigen Erscheinungen stumpft ab.

Es ist nur zu begreiflich, daß Helfferich (bisher sahen wir keinen in Deutschland, der dem gerissenen Erzberger so über war) in der Verfolgung des bereits geschlagenen Gegners

„den letzten Hauch von Mann und Roß" einsetzt, hageldicht die Schläge einander folgen läßt, keinen Augenblick dem Geschlagenen Ruhe läßt, so daß Erzberger am heutigen Tage zum ersten Male sichtliche Spuren der Ermattung zeigt und nur röchelt: ich weiß nicht — ich kann mich nicht besinnen — fragen Sie Rechberg — es ist schon lange her — ich kann nicht alles behalten. In seinem Siegeslaufe überschreitet, wie mir scheint, Helfferich jetzt auch manchmal die Grenzen der besonnenen Taktik, macht allzuhäufig „Feststellungen", die letzten Endes Sache des Gerichtshofes sind, oder klopft selbst da auf den Busch, wo doch wirklich nur eine ausschweifende Phantasie Erzberger vermuten könnte: so kann ich mir trotz aller unbegrenzten Möglichkeiten in Erzberger nicht vorstellen, daß er wirklich einmal einem hergelaufenen Ausländer eine falsche Legitimation als — Mitglied der Waffenstillstandskommission ausgestellt haben sollte.

Der Vorsitzende der Strafkammer sorgt in vorbildlicher Unparteilichkeit dafür, daß es auch auf dem Verfolgungsreiten noch fein säuberlich zugeht, und hält den Angreifer in vielen Fällen zurück, gibt allerdings auch Erzberger eins auf den Hut, wenn der — unendlich viel plumper natürlich — zu irgendeinem unkommentmäßigen Sauhieb auslegt. Dank dieser Leitung wird es möglich, daß alles in allem dieser Prozeß, in dem sachlicher und persönlicher Haß wie Stahl auf Stein sprühen und in dem es keinen Pardon vor der Vernichtung gibt, doch eine vornehme Ruhe aufweist, wie man sie selbst in Bagatellsachen selten findet. Nur so kann die Wahrheit allmählich zu ihrem Recht kommen.

Daß sie zu fünf Sechsteln sich bereits durchgesetzt hat, darüber sind die von Tag zu Tag aufgeregteren Anwälte Erzbergers auch wohl kaum mehr im Zweifel. Es muß nicht leicht sein, für die angebliche Reinheit eines Verlorenen einzutreten, den sein eigener Fraktionschef preisgegeben hat.

## Der schwäbische Rettungsengel.

16. Februar.

Ermattet sanken die Arme, die sich liebend nach Erzberger ausstreckten. Die Militärbehörde bekam ihn nicht, denn er wurde immer wieder erfolgreich reklamiert; und die Staatsanwaltschaft bekam ihn nicht, denn er war zuerst durch seine Immunität als Parlamentarier und dann durch irgendeine der vielen Amnestien geschützt. So konnte der strotzend gesunde Erzberger den Krieg fünfmal gut überwintern und allen Verordnungen über die Rationierung der Lebensmittel höhnisch ein Schnippchen schlagen. Von seinen Reisen in die Schweiz und andere neutrale Länder brachte er immer wohlgefüllte Koffer mit, deren Inhalt, um den alle Vorrechte der diplomatischen Exterritorialität genießenden Matthias nicht zu erzürnen, beileibe nicht beschlagnahmt werden durfte.

Aber er ist nicht nur Qualitäts-, sondern auch Quantitätsesser von Ruf. Die ausländische Zufuhr genügte nicht.

Während Millionen Deutscher ihre Kohlrüben nagen mußten, sorgte ein gütiger Angelus Suebius für die reichliche Atzung des Abgeordneten für Biberach-Buttenhausen-Ochsenhausen. Der ebenfalls von der Staatsanwaltschaft liebend als Malzschieber zitierte Herr Angele, eine „Simplizissimus"-Figur wie die des bayerischen Landtagsabgeordneten Filser, ein Mann, der heute mit einer nicht durch das Gewissen, aber durch Asthma und Kropf behinderten Stimme schwört, daß seines Wissens Erzberger von den Sendungen, obwohl er sich dafür bedankte, nichts gewußt habe, hat die Familie Erzberger davor behütet, daß sie mit schwächlichen Marmeladenbeinen durchs Leben wandern müßte. Und Herr Angele aus dem Bezirk Biberach beschwört auch, daß er Erzbergers für die Schleichware nicht einen Pfennig weniger als die Preise ab-

gefordert habe, die er selbst bezahlen mußte. Man möchte wahrhaftig nach Biberach-Buttenhausen-Ochsenhausen auswandern. Von daher haben Erzbergers noch im Jahre 1918 ganze Postpakete Zucker zu 30 Pfennig das Pfund, Butter zu 1,80 Mark das Pfund, gute Mastgänse zu 20 Mark das Stück bekommen. Und feines Weizenmehl für Spätzle; und Eier und Schinken und Wurst. Nicht zu vergessen das schöne Schweineschmalz, das noch heute Herrn Erzberger aus allen Poren glänzt. Und das alles noch im letzten Kriegsjahr!

Man kann diese Preise, zu denen Herr Erzberger alles bekam, nur mit Kummer hören, bemerkt mit trockenem Humor der Landgerichtsdirektor Baumbach. Für die gute Belieferung mit Lebensmitteln hat sich Herr Erzberger aber beileibe nicht erkenntlich gezeigt, beschwört der Mann aus seinem Wahlkreis. Erzberger hat vielmehr, wie immer, nur aus rein vaterländischen Gründen — unter der Drohung, sonst im Plenum des Reichstags unangenehm zu werden — es erzwungen, daß der Angelus Suebius den ihm entzogenen Posten als staatlicher Gersteaufkäufer wieder erhielt, hat außerdem der Angeleschen Malzfabrik Sonderzuwendungen an Gerste verschafft.

Daß der Herr Abgeordnete selbstverständlich nichts davon gewußt habe, daß bereits gegen Angele wegen Malzschiebung ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft schwebte, wird allseitig beschworen; von Erzberger selbst und von seinem schwäbischen Engel mit Asthma und Kropf. Das Schwankmäßige der Szene packt sogar den hartherzigen Helfferich, der für seine Äußerung, das heutige Wortgefecht mache ihm geradezu Vergnügen, sich allerdings einen Ordnungsruf des Vorsitzenden zuzieht. Weniger Vergnügen empfindet offenbar Herr Erzberger an den Feststellungen, wie er sich während des Krieges dem hungernden deutschen Volke erhielt. Es ist charakteristisch, bei welchen Gelegenheiten nur, zweimal

während dieser Verhandlung, ein breites Frohlocken sein Gesicht übersonnt: wo von der Machtstellung des streitbaren Parlamentariers Erzberger die Rede ist. Der Fall der Begünstigung Angeles steht, wie Geheimrat Hagedorn unter seinem Eide aussagt, einzig da. Aber damals habe der Ernährungsdiktator v. Batocki seufzend entschieden, man solle auch dieses Opfer dem Abgeordneten Erzberger bringen, denn man habe ihm ja schon weit größere bringen müssen.

Es ist immer wieder dasselbe Bild. Der Staatsmann Erzberger setzt unter Drohungen die Begünstigung seiner Geschäftsfreunde bei den Behörden durch. Dieser Cato kassiert so unerbittlich, wie gewisse Großstadttypen, deren Faust oder Messer gefürchtet ist.

## Hillers Stammgast.

17. Februar.

Die neudeutsche Technik des Regierens, so etwa müßte der Titel lauten, wenn man in dem Erzberger-Prozeß eine Art staatswissenschaftlicher Vorlesung sieht. Von Stunde zu Stunde sehen wir deutlicher in das Getriebe hinein.

Es ist weit unterhaltsamer als in den steifen alten Zeiten. Einen Teil seiner Regierungstätigkeit pflegt Herr Erzberger, wie er an diesem Dienstag vor Gericht selber erzählt, beim Frühstück in dem mondänsten Restaurant Berlins zu erledigen, bei Hiller, Unter den Linden, wohin er sich seine Freunde bestellt. Es gab Zeiten, wo das erste Kapitel fast jeden Berliner Romans bei Hiller oder Dressel anhob, womit der Verfasser vor den erschauernden Lesern sein Vertrautsein mit der großen Welt dokumentierte. Ich leugne es auch gar nicht: bis zum Kriege, also vor der Zeit, wo Erzberger hier seinen Stammsitz aufschlug, war Hiller eine wirklich vornehme

Gaststätte; schon die diskrete Eleganz, mit der der Kellner bei den Vorspeisen statt der sonst üblichen „Portion" Kaviar eine ganze Suppenterrine voll Kaviar vor einen hinstellte, um dann erst nach dem Abräumen den Gewichtsverlust der Terrine festzustellen, war nahezu pariserisch. Aber ein Frühstückslokal für Minister war das nicht. Die hatten zumeist nicht das nötige Geld dazu, wohl auch nicht die Zeit, und sahen eine derartige Gaststätte allenfalls einmal im Jahre, wenn die Landvettern zum erstenmal eine junge Base auf den Familientag brachten.

Herr Erzberger ist da viel moderner, ganz neudeutsch. Bei Hiller, wo für ihn ein eigener Salon reserviert ist, bespricht er zwischen Fisch und Braten bei einer guten 1878er Pomerol die Geschicke Deutschlands und der ihm nahestehenden Unternehmer und noch etliches andere. Da ist eine Firma, die nach dem doch unverfänglichen „Berliner Tageblatt" während des Krieges Hunderte von Millionen „gemacht" hat, und die Inhaber der Firma, Strauß und Wolff, gehören zu Erzbergers Intimen, sagt Helfferich; und damit die Sache ganz modern wird, erfahren wir, daß der eine der beiden Herren, Strauß, gleichzeitig — Geheimer Regierungsrat, von der Novembersorte natürlich, ist. Er sitzt an der Quelle der politischen Informationen und betreibt gleichzeitig sein Geschäft weiter. Beide Herren bezeugen einmütig, daß Erzberger sie geschäftlich nicht patronisiert habe, so daß Helfferich den Beweis für seine Behauptungen, u. a. dafür, daß mit Erzbergers Hilfe ungeheure Valutaschiebungen von Strauß und Wolff vorgenommen seien, nicht erbringen, noch nicht erbringen kann. Darob wird sogar der Vorsitzende zum ersten Male ganz grantig und drängt den Angeklagten: „Bitte, beweisen!"

Noch ist die Angelegenheit offenbar nicht abgeschlossen. Immerhin fragt sich der und jener schon heute, ob jemand, den

ein anderer einen Schmutzian genannt hat, kein Schmutzian ist, wenn man ihm nicht in zehn, sondern in neun von zehn Fällen unsaubere Finger nachgewiesen hat. Mit dem üblichen alltäglichen Erfolge werden dagegen zwei andere Fälle aufgeklärt. In dem einen handelt es sich um faule Eier, aus denen eine Gesellschaft Seife machen wollte, und aus der Seife natürlich Geld. Der „geistige Leiter" dieser Sache, ein Mann aus Erzbergers Propagandabureau, schlug behufs schnelleren Geschäftemachens eine Bestechung der in Frage kommenden hohen deutschen Beamten vor. Unter Eid erklärt Erzberger, daß er diese Idee abgewiesen und ihrem Urheber den schriftlichen Vorschlag unter gehöriger Rüge zurückgegeben habe; in demselben Augenblick produziert aber Helfferich — die Photographie eines Erzbergerschen Briefes, der das Projekt an einen Geheimrat im Reichsamt des Innern empfehlend weitergibt. Auch in dem letzten an diesem Dienstag verhandelten Falle wird dem Reichsfinanzminister nachgewiesen, daß er ein Unternehmen, an dem er mit 40 000 Mark beteiligt war, die Erfindung eines Weichenschlosses für die Eisenbahn, dringend der Behörde empfohlen hat, ohne von seinem persönlichen Interesse davon etwas verlauten zu lassen. Er hat diesmal sein Geld dabei verloren. Aber nicht immer entwickelt das Schicksal einen solchen Humor gegenüber dem illustren Stammgast von Hiller.

## Paßkarten und Patente für Ausländer.

20. Februar.

Man kann jemand ein langes Sündenregister vorhalten, ohne daß er sich regt. Aber die verstockte Uninteressiertheit ist nur scheinbar. Der Mann paßt auf wie ein Schießhund. Die erwiesenen kapitalen Verfehlungen läßt er, ohne Auf-

hebens davon zu machen, verlesen, sowie aber in einer nebensächlichen Kleinigkeit der Beweis nicht schlüssig ist, heult er los, ganz die bitterlich gekränkte Unschuld. Dies und das sei einfach „unerhört“, barmt heute Erzberger und spielt den ehrlich Entrüsteten. Man kann es ihm nachfühlen. Schon sein Anwalt, Dr. Friedländer, protestiert gegen das „mittelalterliche Inquisitionsverfahren“, dem sein Klient unterworfen werde, also sicherlich ist es schmerzhaft; übrigens wird der Vorwurf mit der Erklärung, daß genau nach der modernen Strafprozeßordnung verfahren werde, durch den Vorsitzenden zurückgewiesen.

Besonders gekränkt ist Erzberger durch die Behauptung, er habe einmal einem Ausländer eine falsche Legitimation ausgestellt; und auch da habe es sich um einen Geschäftsfreund gehandelt. Schon neulich habe ich angedeutet, daß ich an d i e s e hanebüchene Geschichte nicht glaube. Ich möchte auch heute, wo ein Zeuge unter Eid aussagt, er habe den von Erzberger ausgeschriebenen Ausweis für das „Mitglied der Waffenstillstandskommission“, den norwegischen Chemiker Dr. Ravu (oder Raven), mit eigenen Augen gesehen, an einen Irrtum glauben. Es wird sich wohl nur um eine Passierkarte gehandelt haben, an deren Spitze „Die Waffenstillstandskommission“ als ausstellende Behörde genannt war, nicht der Vorzeiger als ihr Mitglied. Erzberger sagt selbst, er habe solche Karten zu Hunderten, zu Tausenden ausstellen lassen, um allen Petenten, Inländern wie Ausländern, das bequeme Passieren und Reisen auch während der Aufruhrmonate zu ermöglichen. Das klingt durchaus glaubwürdig. Erzberger war immer der große Gnadenspender, der alles machte, durch Entgegenkommen verblüffte, von Liebenswürdigkeit triefte. Und w e i l er alles machte, wandte sich eben alles an ihn.

Erzbergers Aussage in diesem Punkte soll durch seinen

früheren Paßbeamten, den „Referenten im Auswärtigen Amt" Dr.-Bein, bestätigt werden. Mit diesem Titel stellt sich in der Tat ein blaurasierter Jüngling am Zeugentische vor, und weil man ihn eher auf Reichskleiderverwertungsstelle als auf Auswärtiges Amt taxieren würde, klemmt er sich im Augenblick der Vereidigung ein Monokel ins Auge. Es wird Zeit, daß bei unseren Leutnants das Einglas verschwindet. Wie heute der Taillengurt um das Pelzchen die internationale Amtstracht der Schieber ist, so wird anscheinend das Monokel heute der Nachweis für das frisch erworbene „Entreebillett zur europäischen Kultur", wie Heinrich Heine den Taufschein genannt hat. Also dieser Dr. Bein — er ist nicht Bein von unserem Bein, aber in den Ämtern der Republik bereits Legion — tritt in der Paßsache mit großer Zungenfertigkeit und noch mehr Fingerfertigkeit für Erzberger ein, und man glaubt es ihm, und trotzdem ist jedermann, auch unter den Gegnern Erzbergers, durch dieses Zwischenspiel höchlichst amüsiert.

In den größeren Dingen, um die es in diesem Prozesse geht, wird wieder eine Menge neuen Materials herzugebracht und einiges neu angedeutet. Zum ersten Male taucht, sehr erregt, ein parlamentarischer Geschäftsfreund Erzbergers, der demokratische Abg. v. Richthofen, auf und bestreitet zunächst in verbissenem Ärger alles, was Helfferich über gemeinsame Schiebungen beider Parlamentarier wissen möchte; Richthofen weiß nichts von den angeblichen Valutaschiebungen in Konstanz oder von besonderen Geschäften mit dem — Khedive von Ägypten, und mit diesem hat Erzberger „nur mal gefrühstückt", und mit den 400 Millionen für die inzwischen entschlafene ukrainische Regierung sei es auch ganz reinlich gewesen, und von dabei verdienten Provisionen sei nichts bekannt, kurz, wir sollen an einen greulichen Kolportageroman glauben, der dem Hirn

Helfferichs entsprungen sei. Darüber wird ja wohl noch einiges zu reden sein.

Ganz deutlich auf der Platte entwickelt und eidlich fixiert wird dagegen endlich der Fall mit dem Anhydatleder. Erzberger hat sich vielfach für die Firma, die dieses Leder fabriziert, verwandt, dieses sein Eintreten wurde in den Kriegsämtern als sehr unbequem empfunden, man gab aber seufzend nach, weil Widerspruch — wie ihn beispielsweise nach Aussage des Oberingenieurs Mauritius die Kriegsrohstoffabteilung empfahl — zum allermindesten langwierige, die Arbeit hemmende Diskussionen zur Folge gehabt hätte. Auch der Verkauf des kriegswichtigen Anhydatpatentes ans Ausland ist, was bisher geleugnet wurde, durch ein Geleitschreiben Erzbergers ins Rollen gebracht worden. Erzberger besitzt für 112 000 Mark Aktien des Unternehmens, die er zu pari kaufen durfte, obwohl schon damals im laufenden Jahre die Dividende 12 v. H. betrug und inzwischen auf 20¼ v. H. gestiegen ist. Noch interessanter ist aber eine andere Zahl. Dieses Papier, das also nicht den Pariwert von 100, sondern mindestens den von 300 hat, ist in den amtlichen „Steuerkursen" für das Reichsnotopfer mit nur 115 v. H. eingesetzt, so daß der Reichsfinanzminister für diesen Teil seines Vermögens nur etwa ein Drittel dessen zu entrichten hat, was bei richtiger Einschätzung des Aktienwertes ihm abgezapft werden müßte. Das hat nicht er veranlaßt, beileibe nicht; aber Glück muß der Mensch eben haben.

Im übrigen werden Richter und Zuhörer wohl froh sein, wenn das Kapitel von Erzbergers Geschäftspolitik vielleicht in der nächsten Woche zum Abschluß kommt, denn es ist schon überlang und reicht vollkommen zur Beurteilung dieses geschäftigen Politikers und politischen Geschäftsmannes aus. Das nächste soll dem Wahrheitsfreund Erzberger gelten.

Schon sieht des Oberstaatsanwalts düstere Ahnung die Beantragung eines Meineidsverfahrens heraufziehen. Um in Deutschland einen Politiker unmöglich zu machen, genügt es heute nicht, ihm nachzuweisen, daß er durch seine geschäftliche Skrupellosigkeit sich selber bereichert, durch seine staatsmännische Unfähigkeit Volk und Vaterland ins Unglück gestürzt hat; solange er nicht zuchthausreif ist, suspendiert ihn die republikanische Regierung nicht vom Amte.

## Hapag-Aktien.

23. Februar.

Innerlich keucht er. Äußerlich markiert er noch den Ungebrochenen, obwohl die Stimme zuweilen schon versagt und nur noch eine Art heiseren Bellens hergibt. Erzberger fühlt sich offenbar um den Hals herum etwas beengt; Helfferichs Lasso sitzt fest und wird noch immer fester angezogen, und dabei soll man nun Galopp laufen und über stachlige Fragen springen.

Oft mißlingt der verzweifelte Sprung. Dann wird der Zeuge Erzberger weitergeschleift, daß ihm Hören und Sehen vergeht. Ein Schauspiel zum Erbarmen.

Aber der unbeholfene junge Mann aus dem Reichswirtschaftsministerium, der mich dieser Tage im Moabiter Korridor aufsuchte und an mein menschliches Mitgefühl mit dem Gehetzten appellierte, ist von seinem Auftraggeber doch vergeblich zu „A." gesandt worden. Vor dem Kriminalgericht stehen die Schatten von Hunderttausenden nutzlos hingeopferter deutscher Männer in wimmelndem Gedränge bis hoch hinauf in die Lüfte und harren des Urteils über den Mann, der Siegverhinderer und Friedensverderber war. Ihr Blut kann er mit dem kostbarsten Aktienpapier nicht von seinen Händen wischen. Not und Elend unseres versklavten Volkes

werden seine letzte Stunde umgellen. Sein Geschick fordert nicht Mitleid. Seine Schuld heischt Gericht.

Vorerst wird nur moralisch der Stab über ihn gebrochen, noch ist er nicht Angeklagter, sondern Nebenkläger und Zeuge, und es ist fraglich, ob die Hehler seiner Taten, unsere jetzigen Regenten, ihn überhaupt je der irdischen Gerechtigkeit ausliefern werden; aber er wird ihr trotzdem nicht für immer entgehen. Als Zeuge in eigener Sache stolpert er immer mehr, liegt heute wieder einmal längelang in den Stacheln. Er hat immer nach der Seite des Reichswirtschaftsministeriums ausbrechen wollen, wo Herr Hirsch waltet und noch der eine oder andere Erzbergerfreund. So sollte dieses Ministerium den Kommerzienrat Berger in die Wiederaufbaukommission berufen haben, bis es sich erwies, daß es ihn nur von Erzberger übernommen hatte; und so sollte es auch die anderthalb Milliarden Entschädigung für die deutschen Reeder besorgt haben, während der Hapag-Aktien-Inhaber Erzberger an dieser Aktion ganz unbeteiligt gewesen sei, bis endlich heute in dieser Sache die Wahrheit herauskommt. Nun hat der Zeuge Erzberger vorher beileibe keinen Meineid geschworen. Er hat nur gesagt, er habe mit der Entscheidung nichts zu tun gehabt, weil sie zum „Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums" gehöre, und das sei so zu verstehen, sagt er heute (wo ihm nachgewiesen wird, daß er selber verhandelt und versprochen hat), daß dieses Ministerium als „federführendes Ressort" gedient habe. Das ist sein letztes Stolpern zum Sprung. Denn im nächsten Augenblick legt Rechtsanwalt Dr. Alsberg den Vertrag selbst auf den Tisch, der zwischen den Reedern und dem Reiche geschlossen ist — **und unter diesem Vertrage prangt Erzbergers eigenhändige Unterschrift.** Vorher, als sie noch billig waren, hat Erzberger Schiffahrtsaktien gekauft; einige Monate später hat er sie nun

mit einem baren Gewinn von 23 200 Mark wieder abstoßen können, und es ist natürlich ein guter Name gegen einen rostigen Ehrenschild dafür zu verwetten, daß der Herr Minister diesen seinen Spekulationsgewinn in seiner Steuererklärung schamhaft verschwiegen hat.

Er versteht im übrigen, wenn die Militärbehörde oder die Steuerbehörde ihn packen will, nicht nur das Reklamiertwerden, sondern auch das Reklamieren. Nur jetzt vor einer preußischen Strafkammer geht ihm die Luft schließlich doch aus. Wer aber da mit ihm Mitleid haben wollte, der wäre erbarmungslos grausam gegen das deutsche Volk. Es ist wahr, daß Herrn Erzberger allmählich sein sonst so typisches Feixen abhandengekommen ist. Dafür feixen jetzt andere; vom Vortragenden Rate bis herab zum Türsteher kann es doch im Reichsfinanzministerium keinen einzigen Beamten mehr geben, der hinter dem Rücken Erzbergers nicht herlachte, hinter diesem phantastischen Zerrbilde eines Finanzministers, der in der Nationalversammlung sich mit frommem Augenaufschlag zum „Bete und arbeite!" bekennt, im Leben aber das goldene Kalb anbetet, mit Schiebern arbeitet und zu guter Letzt, welch ein Vorbild für unser ehrenwertes Beamtentum und den hart kämpfenden Bürgerstand, dem Steuererheber mit feisten Fingern ein Schnippchen schlägt.

## Schweizer Konten.

24. Februar.

Beim Warten auf das Ergebnis des schwebenden Verfahrens Erzberger-Helfferich bekommt die Regierung allmählich kalte Füße. Sie möchte sich gerne drücken und rückt zunächst einen halben Schritt von Erzberger ab, indem sie ihn endlich „beurlaubt". Sie wird noch mit hellem Geläut auf und davon gehen. Erzberger mit einem bedeutsamen „Ich

4

weiß was! Ich weiß was!" vielleicht hinterdrein. Das ist eben das Prekäre für die glorreiche Scheidemann-Ebert-Erzberger-Republik, daß jeder — von dem anderen etwas weiß, was der Süddeutsche „Dreck am Stecken" nennt, und daher ist es so schwer, den einzelnen auszubooten.

Es gibt in der republikanischen Regierung natürlich auch eine ganze Anzahl persönlich durchaus lauterer Existenzen. Aber als Staatsmänner sind das zumeist just die unfähigsten Leute. Man nehme ihnen Erzbergers immense Arbeitskraft auf der einen Seite, die Hilfe der Geheimräte des alten Systems auf der anderen Seite weg, dann sind sie doch verraten und verkauft. Das Kabinett Bauer in seiner Hilflosigkeit könnte dann einen Stein jammern. So starren denn diese für das Regieren gänzlich unvorgebildeten Spießbürger jetzt auf Helfferich, wie das Kaninchen auf die Riesenschlange. Wen mag sie noch verschlingen? Erzberger zeigt schon die hippokratischen Züge des Gezeichneten. Aber auch andere Karyatiden des neuen Systems bröckeln. Wenn der Vorsitzende der Strafkammer nicht so geschickt den Strudel immer wieder vermiede, in dem die Regierungspolitik unserer Tage mahlt, wenn dieser Landgerichtsdirektor Baumbach nicht immer wieder die forensische Debatte darauf einschränkte, mit der Korruption ausschließlich Erzbergers sich zu befassen, so hätte außer dem Finanzminister auch noch manch anderer Held Sorge um seinen Skalp.

Aber eine leise Ahnung von den Dingen bekommt man wenigstens. Man kann sich jetzt vorstellen, aus welchen Gründen der demokratische Abgeordnete v. Richthofen, dieser von fressendem Ehrgeiz verzehrte ewige Ministerkandidat unserer Mehrheitskoalition, neulich als Zeuge vor Gericht so aufgeregt war. Erzberger selbst, der in seiner Agonie wohl die Schonung der Gleichstrebenden immer mehr vergessen wird, enthüllt heute — wenn auch nur an einem Zipfelchen —

den Kollegen Richthofen. Der sei es nämlich gewesen, der ihm den Schweizer Advokaten Talberg zugeführt und vorgestellt habe. Und Talberg? Der war als Parteigänger der Entente allbekannt, bekam während des Krieges wegen Spionageverdachts keine Einreiseerlaubnis nach Deutschland und beschäftigt sich jetzt mit der Verschiebung deutscher Kapitalien in die Schweiz. Der als Zeuge vernommene Staatsanwalt Messerschmidt, der das Verfahren eingeleitet und eine erkleckliche Anzahl von Millionen Mark kurz vor der Verschiebung beschlagnahmt hat, bekundet nun, daß der deutsche Reichsfinanzminister mindestens der Begünstigung dringend verdächtig sei. Nun will Erzberger den Talberg freilich nur einmal in seinem Leben gesehen haben. „Vielleicht zweimal", gibt er zu, als Helfferich beschwörend und in sichtlichem Ernst in ihn dringt. Ob er durch Mittelsmänner oder durch Mittelsfrauen Verbindung mit Talberg gepflogen habe? Nein! Ob nicht Frau Erzberger den Talberg sogar in seinem Büro in Zürich aufgesucht habe? Da müsse er erst seine Frau fragen, erwidert Erzberger. „Ich weiß viel mehr, als Sie ahnen, Herr Zeuge Erzberger!", beschwört Helfferich von neuem den Gegner. Der fängt an, stockend zu antworten. Man erfährt, daß er selber Hunderttausende von Mark — aber „auf ganz legalem Wege", wie er sagt — in die Schweiz auf sein Konto hat überweisen lassen; selbstverständlich, wie er sagt, zu politischen oder kirchlichen Zwecken, nicht zu persönlicher Bedienung.

Es liegt wie Gewitterschwüle in dem Saal. Das Drama, das merkt jedermann in innerlichem Beben, naht seiner Wende. Sein Held ist im Stürzen. Alles, was war, ist lächerliche Kleinigkeit; daß Erzberger einem Heringshändler Einfuhrgenehmigung für Damenwäsche verschafft oder berufsmäßig die Reklamationen für Angehörige des Thyssen-Rings durchgedrückt oder mit Herrn Gumpel aus

4*

Hannover allerlei noch nicht ganz aufgehellte Geschäfte gemacht oder zugunsten seines Duzfreundes Denk 300 000 Hosenträger geschoben hat, verblaßt doch gegenüber dieser Schweizer Affäre. Und wie viele andere Affären werden bei dem Kehraus der Gruppe I — Vermischung von Politik und Geschäft — noch zu guter Letzt mitaufgewühlt! Herr Erzberger schlägt alle Rekorde selbst mittelamerikanisch-republikanischer Politikermoral. Früher pflegten unsere Leute draußen zu sagen: „So etwas könnte in Deutschland nicht passieren!" Das war einmal. Zu Zeiten des „fluchwürdigen" alten Systems. Unter der jetzigen Regierung der unbeschränkten Möglichkeiten und der unmöglichen Beschränktheit ist es anders geworden.

Aber Erzberger ist nicht etwa erst seit dem berühmten November so; er war schon immer so. Die zweite Gruppe der Helfferichschen Beschuldigungen, die Behauptung, daß Erzberger als Politiker und Mensch verlogen sei, läßt es zum Beweise dafür kommen. Der Fall Pöplau, aus der Zeit vor etwas mehr als 13 Jahren, wo „die Eiterbeule aufgestochen" wurde, wird als erster verhandelt. In der Form liebenswürdig, in der Sache eisern, macht der damalige Chef der Reichskanzlei v. Loebell seine eidliche Bekundung. Erzberger suchte damals eine Niederschlagung des Disziplinarverfahrens gegen seinen Günstling Pöplau mit der Drohung, daß sonst allerlei „Material" gegen das Kolonialamt veröffentlicht würde, zu erpressen, hat dies aber nachher schlankweg abgeleugnet und die unwahre Behauptung aufgestellt, Loebell habe sich gegen die Aufdeckung kolonialer Mißstände gesperrt.

Unter vier Augen mit Herrn Erzberger zu reden, ist anscheinend nicht ungefährlich; man muß einen Stenographen im Kamin sitzen haben. In Moabit sitzen Stenographen. Und am Richtertische sieht man fünf Charakterköpfe, die auch

ohne Stenogramm fast Tag für Tag es begriffen haben, wie die Balken sich bogen, wenn der Zeuge Erzberger aufgerufen wurde. Die uns noch bevorstehenden zwei oder drei Tage Beweiserhebung über die Wahrheitsliebe Matthias Erzbergers sind im Grunde nur eine Verlängerung der Qual der Harrenden im Kabinett. Sie ist ihnen an dieser Stelle schon in den Weimarer Tagen vorausgesagt worden. Vorausgesagt, daß dieser Erzberger seine Mitregenten allesamt in die Tinte reiten würde. Diese Schwemme ist für die weißen Westen auch der direkt Unbeteiligten nichts weniger als eine chemische Reinigungsanstalt.

## Höhenluft, Urkundenfälschung, Diebshilfe.

25. Februar.

Der seit gestern vorläufig seines Amtes, aber nicht seiner Prozeßsorgen enthobene Erzberger hält es mit dem Ehrenkodex des fetten chinesischen Gauners, der immer noch „das Gesicht wahrt", wenn seine Sache auch oberfaul steht. Er läßt sich nichts merken. Auch der Gerichtshof, auch die Gegenpartei sind von einer geradezu chinesischen Höflichkeit und unterlassen taktvoll jeden Hinweis auf den einigermaßen veränderten Personenstand des Suspendierten. Die Regierung läßt sich natürlich erst recht nicht lumpen. Obwohl Erzberger in diesen Tagen sozusagen Privatmann ist, hat er doch seine Liktoren behalten: seine Stütze, der junge, von ihm gemachte Geheimrat Haemmer, sitzt nach wie vor an der Seite von „Exzellenz". Selbstverständlich weiß aber jedermann im Saale, was ist.

Wenige Tage vor Beginn des Prozesses wurde Erzberger in der Wandelhalle des Reichstages von Freunden gefragt,

wie es um Helfferichs Sache stünde. Laut antwortete Erzberger: „Der wird verknackt, fertig!" Heute sind wir ein paar Wochen weiter. Heute fühlen sich alle drei Mehrheitsparteien von Erzberger schmählich getäuscht. Und er selber ist gar nicht mehr laut. Mit „umflorter" Stimme macht er in Sentimentalität, appelliert er an die Tränendrüsen der Welt, er, der zersorgte Familienvater, der auf Geheiß des Arztes die Seinen vor Siechtum und Sterben nur dadurch habe bewahren können, daß sie acht Monate „Höhenluft" in der Schweiz genossen. In der Schweiz — auch schon vielleicht in Oberbayern — gibt es sehr viel Orte mit Höhenluft. Neugierige könnten nun fragen, ob für die Schwiegertochter des Gemeindepflegers von Buttenhausen der Arzt wirklich ausgerechnet in dem teuersten Sportplatz der Schweiz den teuersten Luxusgasthof und darin eine ganze Flucht von Zimmern verordnet hat. In derselben Zeit, in der Erzberger in der Nationalversammlung für jeden einzelnen Deutschen das Sparen als eine sittliche Pflicht erklärte, lebte seine Familie in St. Moritz in dem Suvretta-Hotel der Pfund-Millionäre. Wovon sie lebte, verschweigt der wackere Familienvater. Er habe ihr „nur" 4000 Franken, das sind nach heutigen Begriffen rund 60 000 Mark, überwiesen; aber wieviel er von seinem offenen Kredit bei einem Schweizer Bankier in Anspruch genommen hat, sagt er nicht. Über seine Kapitalverschiebungen — zu religiösen Zwecken, immer zu religiösen Zwecken — wird heute weiterverhandelt, dann über die Petroleumaffäre, über den 30-Millionen-Effekten-Pump des Reiches bei seinem Geschäftsfreunde Wolff in Köln und anderes mehr, ohne daß es zur völligen Klärung kommt. Aber man hält nachgerade alles für möglich. Wird doch heute, was selbst ich bisher nie glauben wollte, von einem zweiten Zeugen beschworen, daß auch er den von Erzberger unterschriebenen Paß für das „Mitglied der deutschen

Waffenstillstandskommission", den norwegischen Chemiker Dr. Raven, mit eigenen Augen gesehen habe.

Das wäre also Urkundenfälschung.

Man kommt um solche harten Ausdrücke nicht mehr herum, selbst wenn man bei Lessings Riccaut de la Marlinière zur Schule geht und, statt die „plump Sprak, diese deutse Sprak" zu gebrauchen, lieber von corriger la fortune sprechen möchte, wo Betrug vorliegt. Selbst der Vorsitzende meint heute, es komme wirklich nicht mehr darauf an, ob in einem Falle mehr oder in einem Falle weniger über „Unwahrhaftigkeit" Erzbergers Beweis erhoben werde, wo ihm doch zumindest fahrlässiger Falscheid vorgeworfen werde. Es scheint, daß auf gutes Zureden des Vorsitzenden hin die mehr oder minder hochpolitischen österreichischen Affären Erzbergers, die „Friedensaktion" von 1917, aus dem Verfahren ausgeschaltet werden sollen, obwohl auch da Helfferich seinem Gegner „gemeine Lügen" vorwirft; es ist wahr, es genügt schon alles übrige.

Auch in dem Fall Janke, der erneut aufs Tapet gebracht wird, leugnet Erzberger heute alles. Da bringt Helfferich — einen Brief des eigenen Onkels jenes Janke zum Vorschein, in dem klipp und klar gesagt wird: jawohl, Erzberger habe den jungen Mann 1907 dafür bezahlt, daß er ihm Briefe aus dem Aktenschrank des Flottenvereins besorge, und dann habe Erzberger den Janke in einem katholischen Stift im Auslande untergebracht. Aber das war beileibe kein bezahlter Diebstahl und keine Hehlerei, sagt Erzberger, sondern allenfalls nur — eine Verletzung des Urheberrechts. Nur immer das Gesicht wahren. Nobel muß die Welt zugrunde gehen. Den wahren Gentleman erkennt man daran, daß er noch am Galgen, schon mit der Schlinge um den Hals, von einem bedauerlichen Mißverständnis spricht.

## Die Lügen stehen auf.

26. Februar.

Am jüngsten Gericht sollen wir von jedem unnützen Worte Rechenschaft ablegen. Das ist vielleicht das Härteste, Furchtbarste, was in der Bibel steht. Eine Ahnung von dieser Verantwortung zittert in uns auf, wo heute — und das nur vor einer preußischen Strafkammer — längst begrabene Worte Erzbergers sich gegen ihn erheben und ihn erwürgen.

Einige dieser Worte, so die Mitteilung an seine Fraktion 1916, Bethmann Hollweg ziehe die Helfferichschen Steuervorlagen zurück, waren glatte Lügen. Das kann man jetzt wohl ruhig sagen, wo die beschworenen Aussagen einer Reihe von unbescholtenen Staatsmännern und Politikern wie ein Mann die Ausflüchte Erzbergers niederhalten. Die Sache wird nur noch immer grauenvoller, denn jetzt verstrickt Erzberger sich auch noch mit seinem Eide, um noch die paar kargen Tage vor der Öffentlichkeit weiter Theater spielen zu können.

Einige andere Erzberger-Worte, so die Behauptung, daß er in amtlichem Auftrage des Kanzlers 1917 nach Wien gereist sei, kann man, wenn man milde sein will, als Flunkerei bezeichnen. Immerhin steht es einem Staatsmann nicht an, die Deutsche Nationalversammlung und das offiziöse Regierungsorgan zu beflunkern. Das Kabinett hat im vorigen Juli den Beschluß der Mehrheitsabgeordneten, Erzbergers Enthüllerrede auf allgemeine Kosten zu verbreiten, herbeigeführt und durchgeführt. Jetzt wissen wir, daß diese Rede, deren Drucklegung in Millionen von Exemplaren das deutsche Volk zu bezahlen hatte, das Machwerk eines Lügners war.

Den schwersten Vorwurf, der Erzberger seit Jahr und Tag entgegengeschleudert wird, daß er nämlich in Wien den panikerregenden Czerninschen Bericht erhalten und verbreitet

habe, was in der damaligen Lage ärgster Landesverrat war, hat er bisher mit der Behauptung zu entkräften versucht, diesen kaum mehr geheimen Bericht habe ihm das deutsche Auswärtige Amt auf Bethmann Hollwegs Befehl gegeben. Auch das war eine Lüge.

In Bethmann Hollweg, der heute Zeugnis ablegen muß, tobt ein Vulkan. Wie Blitz und harter Donnerschlag fallen seine Aussagen in die stickig-verlogene Atmosphäre und machen sie endlich rein. In der Hohenfinower Zeit hat Bethmann, der „Philosoph", viel von des Gedankens Blässe verloren, hat rote, rissige Bauernfäuste bekommen und eine leidenschaftliche Bauernwut gegen die Schieberpolitik seiner einstigen Mehrheit. Er explodiert fast als Wahrheitskünder.

Er hält es in den Pausen, in denen andere vernommen werden, hinten auf den Zeugenstühlchen nicht aus.

Er steht.

Er schiebt sich nach vorn.

Es ist, als wolle er immer noch viel mehr sagen, das ganze Lügengebäude, in dem er einst gefangen saß, jetzt zertrümmern.

Der Mehrheitspolitiker Staatssekretär a. D. Solf kann, so gern er es möchte, Erzberger nicht entlasten. Die Eide von Bethmann, Lewald, Stresemann, Spahn, v. Harbou bäumen sich gegen Erzberger. Wieder gibt der eigene ehemalige Fraktionsführer, Spahn, dem jetzigen Reichsfinanzminister den Todesstoß. Im Kreuzverhör erwidert er auf jede Frage Helfferichs „Jawohl!" oder „Das ist richtig!" oder „Das muß ich bestätigen!", während er Erzbergers Einwände achselzuckend mit einem „Nein!" oder „Das ist mir ganz neu!" oder „Da täuschen Sie sich!" beantwortet. Das wird dem alten Peter Spahn sicherlich nicht leicht. Seine Stimme sinkt immer mehr zum Flüstern herab. Mitunter zuckt er auch nur noch wortlos die Achseln und wendet langsam den Kopf.

Erzberger hat, soviel erfährt man aus den Aussagen, den Vorstoß im Reichstage vom 6. Juli 1917, der uns die Resolution für den Schmachfrieden bescherte, einzig und allein im Einverständnis mit den Sozialdemokraten gemacht. Seine eigene Fraktion hat er übertölpelt. Die anderen und den Reichskanzler überfallen. Warum? Das zu klären, ist nicht Aufgabe der Strafkammer. Die Gedankenfäden führen nach Wien, zur Delila Karls des Treubrüchigen, der kein Simson war, zu der mit französischen prinzlichen Offizieren versippten Zita von Parma. Vielleicht ist sie es auch, die Erzberger so viel Geld für „religiöse" Zwecke zur Verfügung stellte. Jedenfalls ging Erzberger, während er selber den Kanzler seiner Herzeinigkeit versicherte, daran, ihn zu stürzen, weil er dem Schmachfrieden, dem Parma-Frieden, im Wege stünde. Auch diese Feststellung versucht der Unselige heute mit seinem Eide zu verdunkeln; aber sein Eid ist fadenscheinig und durchsichtig geworden.

Und derselbe Mann, der öffentlich über die Einmischung der Militärs in die Politik zetert, zog sie selber zum Kanzlerstürzen mit heran, lud den Obersten Bauer vom Großen Hauptquartier zu einem Verschwörerkonventikel ein, machte Halbpart mit dem „Alldeutschen" Abgeordneten Stresemann, der aus anderen Gründen den Kanzler in die Versenkung wünschte, weil er dem Siegfrieden, dem deutschen Frieden, im Wege stünde.

Erzberger belog in aller Eile auch noch den Kronprinzen, wie ein dienstliches Stenogramm über die Unterredung, von Bauer aufgenommen, beweist.

Er belog alle. Ausgenommen einzig und allein vielleicht seine sozialdemokratischen Freunde und seine ausländischen Auftraggeber.

Ein Kolleg über Politik hinter den Kulissen hören die Aufhorchenden in Moabit. Und jedermann faßt sich an den

Kopf: wie war es nur möglich, daß ein Mann von den moralischen Qualitäten Erzbergers es fertiggebracht hat, das Unglück Deutschlands zu werden, der Rattenfänger für Reichstag und Regierung? Seine Fraktion, in der doch einige ihn durchschauten, hat ihn gehalten; das war seine Basis. Die Sozialdemokraten haben ihn unterstützt; das waren seine Helfer. Die Fortschrittler sind mit ihm gegangen; so hatte er den ganzen Bethmann-Block. Dieselbe Mehrheit hat ihn zum Minister gemacht und mit ihm den Waffenstillstand, den Versailler Frieden, die Schand- und Schundgesetze. Heute aber wagt es deren Presse bereits, ihn — dem „alten System" anzuhängen. Dieses System ist nicht erst im November 1918 urplötzlich abgelöst worden. Entwicklungen vollziehen sich nicht mit einem Schlage. Schon unter Bülow hat die Parlamentarierherrschaft begonnen. Aber Bethmann war viel schwächer als Bülow. So mußte er erliegen. Ernst Moritz Arndt hat einmal gesagt: „Der Wolf frißt den, der sich zum Schaf macht."

## November-Exzellenzen am Zeugentisch.

1. März.

Man kann den Leuten, die die Spendierhosen anhaben, nicht immer entgehen; der Reichgewordene drängt einem bei der unpassendsten Gelegenheit die Flasche Schampus oder die dicke Upman auf oder stellt einem sein Auto zur Verfügung, nicht einmal aus Protzerei, sondern lediglich aus dem glückseligen Drange des „Wohlzutun und mitzuteilen vergesset nicht" heraus. Erzberger nun hatte Macht, viel Macht und war damit so freigebig, wie neugebackene Könige, die von unten her kommen, es häufig zu sein pflegen. Mit der größten Liebenswürdigkeit gab er Empfehlungen, Pässe, Unterschriften, Einfuhrscheine, auch wo es sich nicht direkt für

ihn verzinste. Was er darüber sagt, erscheint mir nach der ganzen Psyche dieses Mannes durchaus glaubwürdig.

Helfferich aber glaubt ihm nichts. Er mag ja seine Gründe dafür haben, nicht so vertrauensselig zu sein wie unsereins. Da hat beispielsweise Erzberger einem Landsmann und Kollegen, dem demokratischen Abgeordneten Hermann-Reutlingen, ganz ausnahmsweise — vorher und nachher wurden ähnliche Gesuche abgelehnt — die Erfüllung bestimmter Wünsche der Nürnberger Zentralgenossenschaft des Schneidergewerbes (Abg. Hermann hat da einen ehrenamtlichen Posten) über Kriegsanleihe als Zahlungsmittel zugesagt. Da steckt was dahinter, meint Helfferich, reißt den Vorhang hinweg, und siehe da, am Tage der Zusage wurde in der Nationalversammlung über das Reichsnotopfer abgestimmt. „Ha, Stimmenkauf!" Ach nein, in diesem Falle sieht mir die Sache, die Helfferich verficht, wirklich zu melodramatisch, zu kolportageromanhaft aus, und der Zeuge Hermann gerät denn auch alsbald in heftigen Zorn, und der Gerichtspräsident wird nervös und überhaupt: es ist zum Bersten. Nun sitzt man wochenlang in der drückenden Luft des Schwurgerichtssaales, Erzberger ist bei der genauen Untersuchung längst aller Bekleidungsstücke eines Gentleman ledig, man kennt ihn von allen Seiten, aus- und inwendig, man hat beklommen gelegentlich auch seinen Angstschweiß gespürt, und jedenfalls haben die fünf Richter und die beiden Staatsanwälte längst ein unvergeßliches Bild von der Gesamtpersönlichkeit Erzbergers gewonnen. Man kann ihnen an diesem letzten Tage der Beweisaufnahme, selbst wenn man spachtelweis neue Farbentupfen aufkleckste, doch nichts Neues mehr sagen, jeder Versuch in dieser Richtung ist im Grunde eine Beleidigung ihres gesunden Menschenverstandes, während sie mit uns allen innerlich nach Erlösung von diesem Prozeßalp schreien.

Erzberger seinerseits macht heute den letzten Versuch einer solchen Beleidigung, indem er ein ganzes Fähnlein von Kollegen, hochmögenden Herren des neuen Systems, aufmarschieren läßt, lauter November-Exzellenzen und kleine Spießbürger, die den tödlichen Eindruck verwischen sollen, den am Donnerstag die Ragenden der alten Zeit gemacht haben. Da stützt sich der jetzige „Minister" Herr Giesberts mit dicken Fäusten auf den Zeugentisch, dieser frühere Arbeitersekretär und Flügelmann der demokratischen Erzberger-Flanke des Zentrums, und mustert mit dem unterschlächtigen Blick des Volkstribunen den Gerichtshof. Er will den Richtern den Zeugen Spahn verekeln, den ehemaligen preußischen Justizminister, der in seiner stillen Vornehmheit geradezu erschütternd neben Erzberger gewirkt hat. Ja, dieser Spahn habe doch, damals, 1917, einen Schlaganfall gehabt und sei sehr gedächtnisschwach, und überhaupt und so. Giesberts spricht in sicherem Behagen; wie ein unantastbarer Regierender eben zu seinem Volke spricht. Er täuscht sich aber in dem Eindruck, den er an dieser Stelle macht. Der Gerichtshof ist keine Gewerkschaftsversammlung. Und Helfferich ist kein kuschender Angestellter, sondern ein kochender Ankläger: mit zwei, drei Hieben zerhaut er den Schild, den Giesberts hält, und zeigt darunter das Pärchen, Erzberger u n d Giesberts, die beide 1917 den Czernin-Bericht und die Friedensresolution zum Panikmachen benutzt haben. Da ist es mit der Taktik des Zeugen Giesberts vorbei. Auf einmal ist er Angeklagter. Nur mühsam kommen jetzt seine Worte. Gewiß, er habe auch Versammlungen damals abgehalten, er habe die Leute im Ruhrgebiet, die zusammenzubrechen drohten, stark machen wollen. „Haben nicht gerade Sie gesagt, daß wir mit unseren Rohstoffen zu Ende seien und daß Erzberger es von der Obersten Heeresleitung habe, daß wir keinen Kriegswinter mehr aushielten?",

fragt Helfferich. Eine Antwort darauf bekommt er nicht mehr . . .

Einen rein politischen Vortrag hören wir von Dr. David, dem zartgliedrigen, wachsbleichen, sozialdemokratischen Nachtwandler, dem Ideologen der Partei, der einen stets mit einem Gemisch von Achtung und Bedauern erfüllt. Ihm war's schon recht, damals, 1917. Erzberger kam mit seiner Rede wie gerufen. Endlich konnte die Sozialdemokratie das durchführen, was in unseren Augen eben eine unselige Erpresserpolitik ist: von der Regierung unter Drohung mit Abfall im Kriege verlangen, daß sie in Pazifismus und Demokratisierung einschwenke. Lange, sehr lange läßt der Vorsitzende den Minister Dr. David reden; wir sind um einen Vortrag Davids, nicht um eine Entlastung Erzbergers reicher.

Damit aber auch das erheiternde Zwischenspiel nicht fehle, kommen an dem heutigen Kehraustage, zu dem Erzberger seine Triarier aufgerufen hat, noch ein paar schwäbische kleine Leute, heute natürlich Minister, an den Zeugentisch, von denen der eine, der als „Gesandter" firmierende sozialdemokratische Abg. Hildebrand, über den „genius huius loci" offenbar gänzlich im unklaren ist und den Dr. Helfferich anschreit, seine Vorwürfe gegen Erzberger seien ebenso leichtfertig wie seine ganze Kriegspolitik. Zur Sache aber, zu dem großen Schiebergeschäft mit Einfuhrscheinen zugunsten des Erzbergerschen Duzbruders Dr. Denk, kommt nichts weniger als eine Reinigung des enthobenen Finanzministers heraus, sondern nur die betrübliche Feststellung, daß zwar Denks Bruder 300 000 Hosenträger bekommen habe, das Volk von Württemberg aber nicht für einen roten Heller Lebensmittel.

Noch eine Reihe anderer Zeugen flimmert über die Gerichtsleinewand, alle mehr oder weniger in Kintopp-Zappeligkeit und Nervosität, die sich allmählich sämtlichen

Anwesenden mitteilt. Notwendig war nur noch eine Feststellung — Gruppe 3, „niedrige Gesinnung" — über die Drohung Erzbergers, die Leute der ihm unbequemen Rechten dem Feinde für die Auslieferungsliste zu denunzieren. In Weimar haben wir das ja mitangehört. Der ganze erste Rang des Nationaltheaters könnte dafür die Schwurfinger heben. Heute tut es nur der Abg. Rießer. Erzbergers Anwalt wittert die Gefahr. Katzenartig springt Herr Friedländer immer wieder in den Ring und fuchtelt unmittelbar vor dem Zeugentisch den Richtern ins Gesicht. Die lehnen seine Auslegungskünste ab. Wat schrewen is, is schrewen! Es stehe ja alles im Stenogramm; und man sei doch kein Sextaner, dem der Lehrer ein Gedicht etymologisieren müsse. So gibt es heute fast niemand, der sich nicht vergriffe und gerügt würde, einschließlich der Anwälte. Es ist kein sehr ertragreicher Tag, dieser letzte der Beweiserhebung, aber der aufgeregteste, lärmendste. Polnischer Reichstag. Oder Grenadierstraße.

## „Und damit überhaupt."

2. März.

Und sieh, es fehlt ein teures Haupt: Erzberger ist nicht da, er schenkt sich die zweistündige Rede des Oberstaatsanwalts Krause. Das ist sehr schade. Bei dem „Mosaikbild", das Helfferich mit seinen Zeugen an zwanzig Sitzungstagen von Erzberger angefertigt hat, mochte man noch sagen: die ganze Richtung paßt mir nicht. Aber nun kommt die Kritik. Nun spricht ein Kunstkenner. Und das ist doch ungemein bildend! Der Oberstaatsanwalt findet, nicht in großer Begeisterung, denn gerufen ward er zur Verdammung Helfferichs, aber in ruhig abgewogener Rede, daß das Bild treffend ähnlich sei. Er ist davon ganz erschüttert.

Er, der Mann aus der ehrenhaften alten Zeit, hat sich einen „Reichsfinanzminister" ganz anders vorgestellt, und nun grollt er, der amtlich bestellte Wächter der guten Sitte, mit dem System Bethmann, das einen Erzberger überhaupt habe groß werden lassen. Er geht jeden einzelnen Fall sorgsam durch. Hie und da, zu meinem Erstaunen just auch bei der Sache mit den Hapag-Aktien, die doch eigentlich das Tollste war, findet er, daß Helfferich noch das i-Tüpfelchen zum Beweise fehle. Aber in der großen Mehrzahl der Fälle — und damit überhaupt — sei dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis für Erzbergers unsaubere Vermischung von Politik und Geschäft gelungen. Die andere Gruppe der Helfferichschen Vorwürfe, daß Erzberger ein Lügner und ein unanständiger Charakter sei, soll am Donnerstag von dem Ersten Staatsanwalt v. Clausewitz kritisch verarbeitet werden. Es ist kaum zu bezweifeln, daß auch er vor dem „Mosaikbilde" erklären wird: Bedauerlich gut getroffen! Damit gibt die Staatsanwaltschaft, die man in den Zeiten des alten Systems „die objektivste Behörde der Welt" nannte, ihren offiziellen Schützling, den Nebenkläger Erzberger, preis. So ist denn der Weg für den Gerichtshof frei. Die Schleusen werden geöffnet, der reinigende Strom schwemmt den Augiasstall sauber, das öffentliche Gewissen kann aufatmen. Auf Wunsch von Exzellenz Spahn, der sich nicht als gedächtnisschwachen Trottel hingestellt sehen will, wird heute nachträglich noch eine Ergänzung der Beweisaufnahme eingeschoben, die einige belanglose Mißverständnisse aufklärt, aber zur Sache kaum etwas Neues erbringt. Es sei denn die Feststellung Spahns, daß Erzberger am 28. Juni 1917 mit dem Nunzius Paccelli eine Zusammenkunft und schon am 1. Juli seine Schmachfriedensresolution fertig hatte, die dann später nur noch formell von Richthofen und David redigiert wurde. Nun fehlt wirklich kein Mosaiksteinchen mehr. Den

Gerichtshof hat es nur interessiert, ob man Herrn Erzberger einen Lumpen nennen dürfe; das deutsche Volk aber weiß nun trotz sorglicher Fernhaltung „aller politischen Erörterungen" aus dem Saale auch, wer — der Reichsverderber war. Scheidemann verlangte Ludendorffs Kopf. Statt dessen versinkt Erzberger im Schlamm. „Justitia fundamentum regnorum." Und das ist noch nicht der letzte Prozeß.

## Der Antrag des Staatsanwaltes.

4. März.

Denen, die Mosse liebt, müssen alle Dinge zum Besten gereichen. In der nicht allzu fernliegenden Annahme, daß Erzberger als Fettfleck an den Rockschößen der heute Regierenden verewigt bleiben wird, gibt die demokratische Presse den Tip aus, gerade die Befreiung der deutschen Öffentlichkeit von diesem Manne sei — ein Verdienst des neuen Systems. Nie hätte unter dem früheren Regime die Staatsanwaltschaft eine so „demokratische" freie Sprache gegen ein Mitglied der Regierung führen dürfen. Diese Behauptung fällt nicht schwer, weil die Beispiele fehlen: nie gab es unter dem früheren Regime einen Minister von den Qualitäten Erzbergers. Erst als die konstitutionelle durch die demokratisch-parlamentarische Regierung im Oktober 1918 abgelöst wurde, erklomm Erzberger schnaufend den kurulischen Sessel.

Aber ganz abgesehen davon sei die Frage gestattet, was für ein Interesse das neue System denn noch hätte, die Staatsanwaltschaft für Erzberger scharfzumachen. Das wäre ja Selbstmord. Das hieße ja nur: „Meine Herren Staatsanwälte, dieser Erzberger hängt uns wie ein Mühlstein am Halse, und wir müssen demnächst als rüstige Schwimmer uns in die Wahlen stürzen; also sorgt dafür, daß dieser unser

Mühlstein nicht vorher abgeschnitten wird und ins Wasser plumpst, sondern an unserem Halse erhalten bleibt!" Für so dumm hält die Mosse-Presse das neue System gar nicht. Aber ihre Leser hält sie für so dumm, daß sie auf den Tip hereinfallen.

Die Staatsanwaltschaft jedenfalls geht ganz unbekümmert ihren Weg, und was heute ihr zweiter Vertreter, Herr v. Clausewitz, über Erzbergers Lügenhaftigkeit und Unanständigkeit als erwiesen darlegt, das ist fast noch schärfer als die vorgestrigen Ausführungen des Oberstaatsanwalts. Diese zweite „Anklagerede" mit ihrer Fülle von Namen und Daten und dem ganzen Gewirr, in das sich Erzberger verstrickt hat, wird völlig frei mit staunenswerter Beherrschung der Einzelheiten vorgetragen. Allen denen, die von unseren höheren Beamten verlangen, sie sollten „endlich doch auch acht Stunden arbeiten", allen denen, die nur vom äußeren Zeitmaß der Bürostunden etwas wissen und dann denken, nachher lege sich der Beamte auf die faule Haut, wünschten wir den heutigen Anschauungsunterricht. In solch einem Plädoyer steckt eine Unmenge angestrengtester häuslicher Arbeit während der abgelaufenen Prozeßwochen. Auch der Vorsitzende, der gleich zu Beginn der Hauptverhandlung durch seine genaue Kenntnis des ganzen Materials verblüffte, auch die vier Beisitzer haben sicherlich oft genug bis in die Nacht hinein die Akten studiert und ihre eigenen Notizen verarbeitet. Daher ist nun auch der Gerichtshof in der Lage, ein selbständiges und unabhängiges Urteil zu fällen.

Überrascht wird er durch eine der heutigen Ausführungen des Oberstaatsanwalts Krause gewesen sein. Landgerichtsdirektor Baumbach hatte vor sieben Wochen den ganzen Inhalt der Helfferichschen Broschüre sorgsam ausgeschöpft und in drei Sammelbecken verteilt: Geschäftspolitik, Verlogenheit, Unanständigkeit. Der Oberstaatsanwalt hebt

heute aus den Unanständigkeiten die „Denunziation“ als eigene Sondergruppe heraus, ein Verfahren, das die Lage nicht verändert, gibt dann aber noch etwas ganz Neues, „Rechtsbeugung“ im Falle Berger, als angebliche Behauptung Helfferichs wieder und findet, daß dieser Vorwurf, als einziger von den fünf, nicht erwiesen sei, daß also nicht nur wegen formaler Beleidigung (§ 185), sondern auch wegen beweisloser übler Nachrede (§ 186) der Angeklagte zu bestrafen sei. Das ist wohl, wie Rechtsanwalt Alsberg nachher, meines Erachtens mit Recht, ausführt, eine Verwechslung. Die Andeutung, daß eine Rechtsbeugung hier vorliege, findet sich nur in einem Schreiben des Kanalamts, während Helfferich den Fall unter der unsauberen Vermischung von Geschäft und Politik registriert. Auch § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) und § 199 (Erwiderung von Beleidigungen auf der Stelle) kommen, meint der Oberstaatsanwalt, zugunsten Helfferichs nicht in Betracht, da doch er die ganze Fehde angefangen habe. Jawohl, das hat er, Gott sei Dank. Dieses Gefühl des Erlöstseins durch Helfferich-Huttens „Ich hab's gewagt!“ hat schließlich auch die Staatsanwaltschaft. Sie beantragt nur 300 Mark Geldstrafe für den Vernichter der ministeriellen und in der Folge wohl auch politischen Existenz des Reichsschädlings.

Das ist das, was man in anderen Rechtsverhältnissen — eine „Anerkennungsgebühr“ zu nennen pflegt. Helfferichs Vertreter Dr. Alsberg hält auch sie natürlich für überflüssig. Er gibt in seinem Plädoyer eine außerordentlich fesselnde historisch-politische Einleitung und dann eine messerscharfe Kritik des Herrn Nebenklägers unter Heranziehung namentlich der Fälle, wie Hapag, in denen die Staatsanwaltschaft das Ungeheuerliche noch nicht so recht glauben wollte. Das weitere kann Alsberg getrost dieser preußischen Strafkammer überlassen.

5*

## Gordon spricht.

5. März.

Es gibt an verschiedenen Orten Gymnasien mit Alumnaten, die unter ernster christlicher Leitung stehen. Hie und da sollen auch die Zöglinge sehr tugendhaft sein. Im allgemeinen aber schicken, im Vertrauen auf den Ruf der Anstalt, doch die verzweifelten Eltern aus ganz Deutschland gerade ihre jungen Rowdies und unverbesserlichen Tunichtgute hin. Da kommt dann mitunter eine tolle Rasselbande zusammen. Ein ähnliches hartes Geschick trifft den Geheimen Justizrat v. Gordon. Vor einem Menschenalter stand der alte Herr, der einer unserer gewiegtesten Juristen ist, in dem Rufe, daß er nur grundanständige Leute aus den besten Kreisen vertrete. Die Folge davon war, daß allmählich, um von diesem Rufe zu profitieren, die oberfaulsten Kunden ihm zuliefen. Ich nehme selbstverständlich von Erzberger an, daß er auch andere Gründe hatte. Es wird ihm vielleicht gesagt worden sein, daß Gordon in seinem juristisch feinsinnigen Plädoyer oft Dinge herausfinde, die das juristische Gewissen der Richter plötzlich betroffen aufhorchen ließen, wenn sie auch als Menschen mit ihrem Urteil bereits fertig gewesen seien. Ist es so, dann hat sich Erzberger doppelt getäuscht: erstens hat eine Verteidigung durch Gordon heute nicht mehr den Wert eines glänzenden Leumundzeugnisses, i Gott bewahre, und zweitens hat der Herr Geheime Justizrat heute kein unerhörtes Kriegsmittel zur Verfügung, keine juristische Fernkanone, sondern muß zum Gerichtshof wie zu Geschworenen sprechen.

Er kann nicht Helfferich Fallen stellen, in denen der steckenbliebe. Er kann nur Erzberger loszueisen versuchen, der mit Rute und Vorderlauf — beim Menschen sagt man Schwurhand — in der Klemme sitzt, und muß seinen Schütz-

ling durch phantastische Übertreibung seiner guten Eigenschaften, die schließlich auch ein Erzberger hat, zu retten versuchen.

Auf Geschworene in Buttenhausen würde das schließlich auch Eindruck machen.

Auf Richter und Zuhörer in Berlin-Moabit wohl weniger.

Für unser Gemüt ist es ja freilich ein wohliges Ausruhen, wenn es nun, nach all dem Geklirr der Streitärte wider den geborstenen Ehrenschild Erzbergers, mit der treuherzigen Erklärung gestreichelt wird, wie „absolut rein" dieser Erzberger aus dem Prozeß hervorgegangen, wie er in Sachen Pöplau und auch sonst nur ein Opfer seiner Anständigkeit geworden sei. Nicht ein einziger Fall der unsauberen Vermischung von Politik und Geschäft sei erwiesen. Und was die Lügenhaftigkeit betreffe, so sei Erzberger nicht lügenhaft, sondern habe nur gelogen, hie und da mal, wie es so das Geschäft eines Parlamentariers mit sich bringe, das ja mit dem Beruf eines zu Sachlichkeit verpflichteten Richters oder Kaufmanns nicht zu vergleichen sei.

Ich fürchte, daß Gordon mit diesen Ausführungen, ganz abgesehen von Erzberger, dem heutigen Parlamentarismus einen Bärendienst erwiesen hat. Aber er will offenbar das, was sich durchaus nicht leugnen läßt, wenigstens aus dem „Milieu" erklären, in dem Erzberger wirkte; also ganz nach dem alten Rezept für die innere Behandlung von Schöffen und Geschworenen. Dann hätte er freilich noch weiter zurückgehen und uns augenzwinkernd erzählen müssen, wie der arme kleine Hosenmatz Erzberger in Buttenhausen unter den dortigen Viehhändlern aufgewachsen sei, deren Praktiken selbstverständlich in das wachsweiche Gemüt des Knaben sich eingruben. So wurde Matthias Erzberger geradezu prädestiniert, sich später einmal für 12 000 Mark Jahresgehalt als

Beirat des Viehhändler-Reichsverbandes durch Herrn Samuel Isaac anstellen zu lassen; nur der zufällige Umstand, daß er gerade Staatssekretär mit 64 000 Mark Jahreseinkommen wurde, verhinderte ja das Perfektwerden des Vertrages.

Mit dem Milieu ließe sich überhaupt noch sehr viel anfangen. Aber die Flügel sind Herrn v. Gordon und auch dem nach ihm noch etwas lebhafter flatternden Herrn Friedländer leider beschnitten, seitdem die beiden Staatsanwälte zu Helfferich und Alsberg übergetreten sind und die Partie für Erzberger daher, wie Friedländer halb in Selbstironie und halb mitleidheischend verkündet, nun nicht mehr 5 : 2, sondern 3 : 4 stände. Aus demselben Grunde muß Gordon manches, was er sonst wohl gegen Helfferich vorgebracht hätte, sich versagen.

Immerhin hat er aus dem ursprünglichen Konzept, dessen geistiger Inhalt aus der Zeit vor der Beweisaufnahme stammt, einen Vergleich herübergenommen, der geeignet ist, die ritterlichen Sympathien des Gerichtshofes für den alten Herrn sehr herabzustimmen; er sagt, Helfferich trüge hier dieselbe Toga, die Liebknecht gegen Krupp sich übergeworfen habe. Der Spartakist Helfferich kann dazu lächeln. Aber Krupp mag noch als Geist erschauern, wenn er erfährt, daß der große Patriot Erzberger neben ihn gesetzt werden soll.

## Ich bin die Demokratie!

8. März.

Er kommt, er verliest rauh seine 30 Seiten Maschinenschrift, er stolpert hinweg; von dem, was Helfferich ihm zu antworten hat, will Erzberger nichts mehr hören. Ob er sein Spiel für verloren gibt? Es hat nicht den Anschein.

Noch im letzten Augenblick versucht Erzberger, durch brutale politische Mittel sein Geschick zu wenden. In dem Prozeß ist es, soweit die Kunst der Verhandlungsführung diese Beschränkung durchzuhalten vermochte, nur um die Person Erzbergers gegangen. Jetzt ruft dieser Mann das System für sich auf, wo die Kollegen ihn abschütteln möchten. Er selber sei das System, das mit ihm stehe oder falle: der ganze Prozeß sei nur der Kampf der alten Autokratie gegen die junge Demokratie.

Das ist die Rede zum Fenster hinaus, die Aufpeitschung der Massen. Für die Richter also ohne Belang. Wenn sie derweil mit tief gesenktem Kopf „Männekens kritzeln“ oder mit leeren, müden Augen in mechanisch umgeblätterte Akten starren, so kann man das ihnen nicht verübeln. Auch für Helfferichs Schlußrede, die notwendigerweise nun auch in die politische Kerbe hauen muß, bringen sie kein juristisches Interesse mehr auf, wenn auch die Öffentlichkeit gierig darauf hinhört. Die Öffentlichkeit ist hier versunken. Der Gerichtshof hat nicht zu entscheiden, wer von beiden, Helfferich oder Erzberger, zum Retter des zerstörten Vaterlandes hätte werden können, wenn man ihm gefolgt oder eher gefolgt wäre, oder wer von ihnen beiden der Verderber des Reiches gewesen ist. Vom Gerichtshof wird nur die eine Antwort verlangt; ob Helfferich mit Recht oder mit Unrecht dem jetzigen Reichsfinanzminister z. D. vorgeworfen hat, daß er ein Geschäftspolitiker, ein Lügner, ein unanständiger Charakter sei. Das ist, so oder so, festgelegt. Staatsmänner, Politiker, Geschäftsleute, Schieber, Beamte, Staatsanwälte, Generaldirektoren, Erfinder, Viehkommissionäre, Schriftsteller, Offiziere haben in hellen Haufen beim Gerichtshof zu treuen Händen ihre Eide abgegeben, und deren Fazit wird nun bis zum nächsten Freitag, wo die Urteilsverkündigung erfolgen soll, gezogen. Am heutigen letzten Tage

gibt es vor den Reden Erzbergers und Helfferichs, die das Gericht über sich ergehen läßt, nur noch ein kleines Geplänkel. Darunter um die Frage, ob der Staatsanwalt den Fall Berger, den er unter „Rechtsbeugung" aufführte, wirklich auf den richtigen Nenner gebracht hat oder nicht. Die Staatsanwälte und die Rechtsanwälte versuchen einander zu korrigieren. Kurz, ganz kurz. Die Entscheidung drängt zur Geburt. Da kann man nicht mehr lange philosophieren. Nur Alsberg hält noch ein formvollendetes richtiges Plädoyer, die druckfertige Rede eines gebill eten Weltmannes.

Erzberger ist noch einmal „in großer Form", wie in den besten Tagen seiner parlamentarischen Ära. Noch einmal läßt er sich von seinem Machtbewußtsein kitzeln; die Staatsanwälte raunzt er an, als entschiede er allein auch über ihre Karriere. Mit wegwerfender Handbewegung. Was sind ihm Staatsanwälte? Armselige Angestellte, die noch nicht umgelernt haben. Die Demokratie ist Trumpf, für die er der Wegbereiter war, als die Autokratie zusammenbrach; die Demokratie werde ihn also auch krönen oder rächen. Das ist der Gedankengang. Zum so und sovielten Male verliest er — und wiederum mit der Einleitung, j e t z t solle das Volk die Wahrheit erfahren — die aus seinen Weimarer Reden bekannte Depesche Hindenburgs an ihn, daß er den Waffenstillstand bedingungslos unterzeichnen dürfe. Also das alte System sei zusammengebrochen, er, Erzberger, sei nur Konkursverwalter gewesen. Er vergißt, wie immer, hinzuzufügen, daß diese Depesche n a c h d e m S i e g e d e r R e v o l u t i o n abgesandt worden ist, wo nichts mehr zu retten war, während noch kurz vorher, Ende Oktober, die Oberste Heeresleitung jedes Eingehen auf die Schmachbedingungen abgelehnt hatte. Die „junge Demokratie" hatte uns wehrlos gemacht; nun führte sie die Geschäfte schon auf eigenes Konto, hatte im Haben statt deutscher Waffengeltung

die wundersamen 14 Punkte Wilsons stehen und — machte damit Bankrott.

Darin hat Erzberger recht: er ist nicht bloß Erzberger, er ist die Demokratie. Und die Demokratie von Scheidemann bis Gröber stand immer hinter ihm. Sie wußte, wer er war, wußte nach Spahns eidlicher Aussage schon 1916, daß er „eines Abgeordneten unwürdig" handele. Trotzdem hielt sie ihn. Trotzdem sagte der eingeweihte Gröber noch am 18. Februar vorigen Jahres in Weimar: „Wir freuen uns, in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und so riesigem Fleiße für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten imstande wäre."

Seine Leistungsfähigkeit ist in den abgelaufenen sechs Wochen vor der Strafkammer vor uns ausgebreitet worden. Ihr Ergebnis faßt Helfferich in seiner Schlußrede zusammen, soweit es vom weltgeschichtlichen, nicht vom privatgeschäftlichen Standpunkt aus zu werten ist. Dieser Mann sei daran schuld, daß 1917 der Friede, den wir damals auf Grund unserer Waffenerfolge und mühevoller diplomatischer Arbeit hätten bekommen können, zertrümmert wurde. Dieses Bewußtsein, daß ihm die letzten Jahre zu den schwersten seines Lebens machte, hat Helfferich alle diese Jahre mit sich herumgetragen. In diesem Bewußtsein reifte der Haß gegen den unseligen Verderber des Reiches. Kein Staatsanwalt hätte die Riesenarbeit leisten können, die Helfferich geleistet hat, um den Schädling unschädlich zu machen; und es war bei allem Temperament durchaus beherrschte, zielklare, treffsichere Arbeit. Die naheliegende und von Gegnern auch wiederholt gestellte Frage, warum Helfferich diesen Erzberger in den Kriegsjahren überhaupt geduldet und nicht mit einem „Er oder ich!" den Knoten zerhauen habe, beantwortet Helfferich auch. Er habe sein Amt zur Verfügung gestellt.

Er sei wider seinen Willen sozusagen am Portepee gefaßt und zum Bleiben gezwungen worden. Vielleicht hätte er noch hinzufügen können: er sei zu jung und zu umneidet gewesen, um mit einer Kabinettsfrage etwas erreichen zu können. Die Zeit war für ihn noch nicht reif. Jetzt, nur jetzt konnte er zum Schlage ausholen. Ich habe für Helfferich, der Bethmanns rechte Hand war, aus diesem Grunde, weil er seine rechte Hand war, keinerlei besondere Sympathie. Ich kenne ihn auch nicht persönlich. Er hat aber etwas, was jeder Staatsmann, jeder Großindustrielle, jeder Feldherr haben muß: Witterung für Konjunktur. Jetzt endlich war die Konjunktur so, daß der Riesenpolyp erschlagen werden konnte, der uns Deutschen die Lebensluft genommen hat.

Und er hat ihn erschlagen.

## Der Gebrandmarkte.

„Er" ist nicht da. Man brennt heute dem Verurteilten nicht mehr persönlich mit dem Eisen das Feuermal auf die Stirn. Erzberger läßt sich in Abwesenheit verurteilen. Aber die Brandmarke ist von heute ab für jedermann sichtbar. „Er" ist verurteilt, nicht Helfferich. Der Angreifer muß einige scharfe Ausdrücke mit 300 Mark und Tragung der Gerichtskosten büßen, aber die Strafkammer bestätigt ihm, daß er seinen Zweck erreicht hat: er hat den Wahrheitsbeweis dafür erbracht, daß der Reichsfinanzminister a. D. Erzberger ein Geschäftspolitiker, ein Lügner, ein unanständiger Charakter ist; und noch dazu, daß er zum Nachteile Deutschlands gearbeitet hat.

Nun mag die in Deutschland regierende parlamentarische Mehrheit darüber beschließen, wie lange sie diesen starken Mann noch als Anreißer vor ihrer schwarzrotgoldenen Bude stehen lassen soll.

Ein saures Stück Arbeit. Denn der starke Mann droht bereits, er werde alles umstülpen.

Mit außerordentlicher Gelassenheit können alle vaterländisch Denkenden diesem nachgerichtlichen Schauspiel zusehen. Erzberger kündet auch ihnen den Kampf. Es könnte uns nichts Angenehmeres zustoßen als eine Unterstützung Erzbergers, der für seine Person und ganz allein sein Vermögen dafür nicht riskieren wird, durch die ihm Nahestehenden in Partei und Regierung. Nun mag er behaupten, was er will: er ist doch ein gerichtsnotorischer Lügner. Nun mag er alle Kriegsmittel erschöpfen: er ist doch ein anerkannt unanständiger Charakter. Wer jetzt noch mit ihm Halbpart macht, der muß sofort in den Verdacht geraten, daß er mit dem Gebrandmarkten wesensverwandt ist.

Die Begründung des Urteils, die Landgerichtsdirektor Dr. Baumbach verliest, ist in einem wundervoll klaren Deutsch abgefaßt. Man klagt oft über die Jüristensprache. Diesen fünf Richtern aber, insbesondere dem Verfasser der mündlichen Begründung, ist es klar gewesen, daß heute ganz Deutschland auf sie hinhorcht. Auch der letzte Tagelöhner muß diesmal jeden Satz verstehen können.

Jakob Grimm schrieb seine Bücher mit lateinischen Buchstaben — Entente-Buchstaben, pflege ich heute zu sagen — und Friedrich der Große schrieb französisch über deutsche Literatur. Aber mit seinen Soldaten sprach dieser deutsch; und die Kinder- und Hausmärchen, das Volksbuch, konnte jener nur mit heimischen Buchstaben prägen lassen.

So mußte auch dieses Urteil wider den Reichsverderber in quellklarer Sprache herauskommen. Mag jedermann es sich ausschneiden und als geschichtliches Dokument von unserer Zeiten Schande verwahren.

Es ist weit verständlicher als jene „Enthüllerrede“ Erzbergers vom 25. Juli 1919, die von der Regierung auf Kosten

aller Steuerzahler im Volke verbreitet wurde. Heute darf man straflos behaupten: sie war durch und durch verlogen. Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesen Schaden wiedergutzumachen? Sie müßte, wenn sie ein ausgesprochenes Reinlichkeitsgefühl besäße, jetzt die Begründung des Urteils wider Helfferich vom 12. März 1920 ebenfalls auf Reichskosten jedermann zugänglich machen. Ich bezweifle, daß alle Zeitungen der regierenden Mehrheit den Wortlaut ungekürzt veröffentlichen werden, auch wenn sie den Wappenspruch „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!" am Schilde tragen.

Der bisherige Diktator Deutschlands konnte dies nur werden, weil unter seinen Kollegen die Regentenfähigkeit sehr dünn gesät ist. Vielleicht auch, weil er dreister war als sie; den einen Scheidemann allenfalls ausgenommen. Nun ist er gebrandmarkt, nun ist er durch Gerichtsurteil ausgestoßen aus der Reihe der Anständigen; nun wird er dadurch zum Wertmesser für diejenigen, die noch zu ihm halten.

Der aus formalen Gründen Verurteilte, Helfferich, muß die Kosten des Verfahrens tragen. Sie gehen bei diesem Riesenprozeß wohl in die Hunderttausende. Daß dies ihm bevorstehen konnte, wußte der Mann. Er hat sich nicht nur mit seiner Person, sondern auch mit seiner Habe für die Befreiung des deutschen Volkes von Erzberger eingesetzt. Es wäre nur billig, wenn da das deutsche Volk für ihn einspränge. Ich gebe mein Scherflein dazu. Wer noch? Die „Tägliche Rundschau" mag darüber quittieren. Helfferich freilich wird sicher seine Ehre darein setzen, aus Eigenem die Kosten seines Kampfes zu tragen. Dann mag er das Ergebnis der Sammlung zu einem vaterländischen Zwecke benutzen, zu dem jetzt vor allem nötigen, zur Aufklärung unseres von seinen Gewalthabern belogenen und betrogenen Volkes.

Das Wichtigste dazu hat die Strafkammer getan. Alte

Erinnerungen werden wach: „Es gibt noch Richter zu Berlin!" Der alte, rauhe, reine Fritzenstaat hat noch einmal, bevor wir in der Korruption des Parlamentarismus ganz versinken, um seine überlieferte Ehre gekämpft.

Bescheiden sagt der Gerichtshof, er habe keine Weltgeschichte zu schreiben gehabt. Und doch hat er Weltgeschichte geschrieben. Das Beste an der Geschichte, sagt Goethe, ist der Enthusiasmus, den sie erregt. Auch aus diesem Gerichtssaal gehen wir nach sieben Wochen nun voll ernster, stiller Begeisterung heraus. Begeisterung zu erneuter Arbeit für das alte reinliche Deutschland.

Umstehend das Urteil des Gerichts

## Der Wortlaut des Urteils.

„Der Angeklagte wird wegen fortgesetzter übler Nachrede durch Verbreitung von Schriften in Tateinheit mit fortgesetzter wörtlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 Mark, an deren Stelle, falls sie nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen tritt, verurteilt.

Die im Verlage von August Scherl G. m. b. H. zu Berlin erschienene, vom Angeklagten verfaßte Flugschrift „Fort mit Erzberger“, sowie die Nummern der „Neuen Preußischen Kreuzzeitung“, welche die Artikel des Angeklagten enthalten, werden eingezogen. Sämtliche Exemplare der Broschüre und der genannten Artikel sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.

Dem Nebenkläger, Reichsminister der Finanzen Erzberger, wird die Befugnis zugesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils durch einmalige Einrückung der Urteilsformel in die „Neue Preußische Kreuzzeitung“ an der Spitze des Blattes binnen zwei Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils auf Kosten des Angeklagten bekanntzumachen.

Die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Nebenkläger erwachsenen notwendigen Auslagen fallen dem Angeklagten zur Last.“

## Der Wortlaut der Begründung.

„Das Gericht hält sich bei seiner Entscheidung streng an die Sache. Es urteilt nicht über Regierungsformen, Regierungsmaßnahmen, Parteien; nicht über die Politik des Angeklagten oder des Nebenklägers; es schreibt nicht Geschichte, es befaßt sich nur mit der dem Angeklagten vorgeworfenen Straftat und mit der vom Angeklagten vorgebrachten Verteidigung. Es legt seinem Urteil nur Tatsachen zugrunde, die es für einwandfrei erwiesen hält; es scheidet alle Zweifelspunkte aus. Ein Verdacht kann nicht Grundlage eines Richterspruchs sein. Fälle, in denen nach der Überzeugung des Gerichts nichts oder nichts Ausreichendes bewiesen ist, lasse ich heute unberührt.

Der Angeklagte ist der Beleidigung des Nebenklägers beschuldigt, begangen durch die bekannten Aufsätze in der „Kreuzzeitung“ und der Flugschrift „Fort mit Erzberger“. Diese Druckschriften enthalten beleidigende Äußerungen in großer Fülle, teils einfache Beschimpfungen, teils Tatsachenbeleidigungen (üble Nachrede). Dabei liegt eine ein-

heitliche, fortgesetzte Handlung vor. Denn der Angeklagte handelte aus dem einmal gefaßten Vorsatz, den Nebenkläger solange anzugreifen, bis er gegen ihn gerichtlich vorgehe.

Die Tatsachenbeleidigungen lassen sich in vier Gruppen ordnen. Der Angeklagte wirft dem Nebenkläger vor:

1) die Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen (Geschäftspolitik);
2) Unwahrhaftigkeit;
3) Unanständigkeit;
4) politische Tätigkeit zum Nachteil Deutschlands.

Der Angeklagte hat für diese Behauptungen den Wahrheitsbeweis angetreten. Das Gericht hatte also die Berechtigung, diese gegen den Nebenkläger erhobenen Vorwürfe zu prüfen. Eine Einschränkung hatte einzutreten hinsichtlich der Gruppe 4 (politische Tätigkeit) und des zu Gruppe 2 gehörigen Vorwurfs der Unwahrhaftigkeit in Behauptungen über die belgische Tätigkeit des Angeklagten. Diese hochpolitischen Tatsachen sind durch Vereinbarung der Prozeßbeteiligten der Nachprüfung des Gerichts entzogen. Ihre Erörterung und Würdigung könnte auch am Gesamtergebnis nichts ändern.

Die Günstlings- und Vetternwirtschaft, die dem Nebenkläger im Laufe des Verfahrens so oft vorgeworfen wurde, fällt unter keine der Gruppen und war daher nicht zu erörtern. Namentlich fällt sie nicht unter die Gruppe Geschäftspolitik, weil der geldliche Vorteil für den Nebenkläger fehlt. In den Druckschriften ist sie nicht erwähnt. Zwar ist an einer Stelle die Rede von politischer Korruption. Der Zusammenhang ergibt aber, daß darunter nur die Geschäftspolitik verstanden und ein darüber hinausgehender neuer Vorwurf nicht erhoben wird.

Wenn der Nebenkläger sich in seinen Schlußausführungen anscheinend beschwert, der Wahrheitsbeweis sei in zu weitem Umfang zugelassen worden, so ist zu entgegnen: einmal, daß das geltende Strafrecht den Beleidigten in dieser Beziehung nicht günstig stellt, dann aber, daß gerade der Nebenkläger das ganze Verfahren hindurch immer und immer wieder die vollste Aufklärung nachdrücklich verlangt hat.

Der Wahrheitsbeweis ist im wesentlichen gelungen.

Die einzelnen Handlungen eines Menschen lassen sich allseitig würdigen nur aus der Kenntnis seines Charakters. Das Gericht mußte sich darum ein Bild vom Charakter des Nebenklägers machen, und es glaubt, in siebenwöchiger Verhandlung, in deren Brennpunkt stets der Nebenkläger stand, ein solches Bild gewonnen zu haben. Der Nebenkläger ist ein Mann von zweifelloser Begabung, von vorbildlichem Fleiß, bewundernswertem Gedächtnis, großer Tatkraft und außerordentlicher Rührigkeit, aber anderseits von einem bedauerlichen Mangel an Urteilskraft und einer geradezu erstaunlichen Ungenauigkeit in allen Dingen. Hat er doch, was nur der Erläuterung dienen soll, in der Hauptverhandlung gar nicht begreifen können, daß ein Minister, selbst wenn er Abgeordneter ist, nicht

Freunden oder Unbekannten mit derselben Leichtherzigkeit Empfehlungen an Behörden mitgeben darf, wie es ein einfacher Abgeordneter manchmal tun mag, oder daß ein Minister keine Ausnahmen von allgemeinen Vorschriften zugunsten einzelner machen darf, selbst wenn sie sachlich begründet sind.

Nun zu den einzelnen Gruppen, zunächst zur Gruppe Geschäftspolitik.

Im Fall Thyssen liegt eine unzulässige Vermischung politischer, nämlich parlamentarischer Tätigkeit und eigner Geldinteressen vor.

Einmal in der Frage der Ausfuhr der Schutzschilde, wo der Nebenkläger als gutbezahlter Thyssenscher Aufsichtsrat sich eindringlich für deren Genehmigung einsetzte, trotzdem ihm bekannt war, daß die Thyssenschen Interessen hier den Staatsinteressen zuwiderliefen. Dann in der Frage der Liquidation de Wendel, wo der Meinungswechsel des Nebenklägers weder durch eine Veränderung der politischen Lage, noch durch das Auftauchen des Raumerschen Projekts zu erklären ist und offensichtlich mit seinem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat zusammenhing.

Im Fall Berger hätte der Nebenkläger das Amt eines Schiedsrichters keinesfalls annehmen dürfen. Die unbedingte Lauterkeit der Verwaltung ist der Eckstein jedes Staatswesens. Der Beamte, der Volksvertreter, muß jedem Verdacht unlauterer Vermischung seiner amtlichen Tätigkeit und seines Geldvorteils weit aus dem Wege gehen. Es ist unzulässig, daß ein Abgeordneter, der seine Stellung zu bestimmten Fragen im Parlament oder in Parlamentsausschüssen festgelegt hat, später in ebensolchen Fragen als Schiedsrichter tätig wird. Der Abgeordnete kommt dadurch in einen ernsten Zwiespalt, falls er die Unhaltbarkeit seiner bisherigen Meinung im Schiedsgerichtsverfahren erkennt: er muß dann entweder bei der öffentlich ausgesprochenen Ansicht bleiben, das heißt das Recht beugen, oder davon abweichen und sich damit in unerwünschter Weise selbst berichtigen. Das gilt um so mehr, wenn derjenige den Abgeordneten zum Schiedsrichter bestimmt, zu dessen Gunsten er sich im Parlament ausgesprochen hatte. Ähnlich aber lag der Fall hier. Der Nebenkläger hatte im Reichstagsausschuß in einer Streitigkeit einer Baufirma mit dem Kanalamt scharf Stellung gegen das Kanalamt genommen. In einer ganz gleichartigen Streitsache der Baufirma Berger mit dem Kanalamt nahm dann der Nebenkläger das Schiedsrichteramt an. Ein derartiges Verhalten ist mindestens unanständig. Es fällt aber auch unter die Gruppe Geschäftspolitik. Denn der Nebenkläger, der von Berger eben wegen seiner politischen Betätigung zugezogen wurde, hat das Schiedsrichteramt — woraus ihm an sich kein Vorwurf zu machen ist — angenommen, um Geld zu verdienen.

Es gehört ferner hierher die Weitergabe eines Schreibens Bergers, in dem er die Verwendung des Nebenklägers für die Firma unter Hinweis auf die schlechte Geschäftslage erbat, an das zuständige Kriegsministerium. Der Nebenkläger war damals Staatssekretär und Aktionär der Firma. Er empfahl einen Vergleich, setzte sich also für eine Begünstigung der Firma und damit seiner Person, unter Verschweigung seiner Beteiligung, ein.

Im Fall Anhydat hat der Nebenkläger Aktien in hohem Wert und in größerer Menge von dem Kommerzienrat Rechberg zu Pari erworben. Dabei war er, der weder Fachkenntnisse noch persönliche Beziehungen zu Rechberg hatte, sich darüber klar, daß eine Gegenleistung für diese Zuwendung erwartet werde, und daß die Gegenleistung nur in der Einsetzung seines politischen Einflusses bestehen könne. Nun ist das Eintreten eines Abgeordneten für ein Privatunternehmen, an dem er beteiligt ist, nicht zu verwerfen, sofern die Interessen des Unternehmens und die staatlichen ohne jeden Zweifel voll übereinstimmen. Bestehen aber auch nur Zweifel, so darf der Abgeordnete sich bei Behörden nicht unter Verschweigung seiner Beteiligung verwenden. Der Nebenkläger hat sich aber beim Reichsamt des Innern für die Patentverwertung während des Krieges in Norwegen, also für ein recht bedenkliches Vorhaben, eingesetzt.

Im Fall Hapag erwarb der Nebenkläger Aktien der Gesellschaft zu einer Zeit, als die Allgemeinheit infolge des Waffenstillstandes mit dem Verlust der Handelsflotte rechnete, und die Kurse deshalb niedrig waren. Er will nur im vaterländischen Interesse gekauft haben, um beim Publikum wieder Vertrauen zur Zukunft der deutschen Handelsschiffahrt zu erwecken. Dem steht entgegen, daß die Allgemeinheit doch nichts vom Kauf erfuhr. In Wahrheit kaufte der Nebenkläger, weil er klar erkannte, daß entweder die Handelsflotte zurückgegeben werde oder daß die Schiffahrtsgesellschaften entschädigt werden würden und daß in beiden Fällen die Kurse steigen müßten. Räumt man aber selbst seinem Optimismus ein, daß er bedingungslos an die Rückgabe der Schiffe glaubte, dann hätte er seinen Aktienbesitz abstoßen müssen, bevor er die Entschädigung der Gesellschaften in die Hand nahm oder ermöglichte.

Auf jeden Fall hat er amtliche Kenntnisse benutzt, um ein Geldgeschäft zu machen.

Die besprochenen Fälle zeigen die Ungenauigkeit des Nebenklägers in geschäftlichen Dingen. Sie rechtfertigen die Bezeichnung als politisch-parlamentarischer Geschäftemacher, denn sie sind nicht Einzelvorgänge, sondern Erscheinungsformen des sich gleichbleibenden Charakters.

Es kommt die Gruppe Unwahrhaftigkeit.

Im Fall Pöplau hat der Nebenkläger seine frühere eidliche Aussage später uneidlich Lügen gestraft. Das Gericht bezweifelt nicht, daß er sich immer klar darüber war, daß er nicht die Untersuchung der Kolonialmißstände von dem Chef der Reichskanzlei verlangt hatte, sondern neue Maßnahmen im Disziplinarverfahren gegen Pöplau.

Im Fall Politische Lügen sind mehrfache Unwahrheiten dargetan.

Es war unwahr, was der Nebenkläger seiner Fraktion erzählte, daß der Reichskanzler ihm die Zurückziehung der Steuervorlagen des Angeklagten zugesagt habe.

Es war unwahr, was der Nebenkläger behauptet, daß er dem Reichskanzler oder dem Angeklagten irgendwie die Friedensresolution vom 6. Juli 1917 angekündigt habe. Aus keiner Tatsache konnten die Ge-

6

nannten auf einen ähnlichen Schritt schließen. Im Gegenteil, der Nebenkläger hatte kurz vorher dem Angeklagten einen ruhigen, glatten Verlauf der Reichstagstagung in Aussicht gestellt.

Es war unwahr, was der Nebenkläger am 6. Juli 1917 nachmittags dem Reichskanzler versicherte, sein Vorstoß bezwecke nur die Schaffung einer Mehrheit für ihn. Denn am Morgen des 7. Juli, ohne daß die Lage sich inzwischen verändert hätte, erklärte der Nebenkläger dem Abgeordneten Stresemann, seine Absicht sei der Sturz Bethmanns.

Daß es sich auch bei diesen Unwahrheiten nicht um vereinzelte Fälle handelt, sondern um den Ausfluß einer inneren Unwahrhaftigkeit, einer Ungenauigkeit in Fragen der Wahrheit, das wird durch das Verhalten des Nebenklägers im Prozeß bestätigt. Mehrfach mußte er eidliche Aussagen widerrufen, die er nicht mit genügender Sorgfalt gemacht hatte. Gewiß führt die Auffrischung des Gedächtnisses durch Vorhalte beim sorgfältigsten Menschen bisweilen zu unerwarteten Ergebnissen. Zwei Fälle aber sind nur durch Ungenauigkeit zu erklären.

Im Fall Thyssen hat der Nebenkläger leichtfertig die Beteiligung bei Kowastsch bestritten.

Im Fall Berger hat er auf mehrfaches, eingehendes Befragen geleugnet, Berger die Übernahme einer Aufsichtsratsstelle unter der Bedingung der Zustimmung Thyssens zugesagt und dann Berger den Eintritt der Bedingung mitgeteilt zu haben. In beiden Punkten konnte er nach Vorhalt der Bekundung Bergers diese Angaben nicht aufrechterhalten. Über diese bedeutungsvollen Dinge wußte der Nebenkläger bei seinem auch im Fall Berger bewährten Gedächtnis für Einzelheiten sicher noch Bescheid. Sein Bestreben war aber, diese ihm sehr ungünstigen Umstände nach Möglichkeit verschwinden zu lassen.

Die dritte Gruppe der Unanständigkeit faßt einige verschiedenartige Tatbestände zusammen.

Im Fall Berger hat der Nebenkläger noch am 24. Mai 1917 eine Entscheidung im Schiedsverfahren zwischen der Firma Berger und dem Kanalamt unterschrieben. Drei Wochen später wurde er zum Aufsichtsrat der Firma bestellt. Die Annahme des Amts hatte er schon lange vorher Berger zugesagt. Das Kanalamt wußte von dieser Zusage nichts. Es verrät einen erstaunlichen Grad von Ungenauigkeit, daß der Nebenkläger diesen Gewissensstreit nicht gescheut hat. Er hat weiter selbst als Bergerscher Aufsichtsrat in einem fast gleichliegenden Streit zwischen dem Kanalamt und einer anderen Tiefbaufirma erst auf Vorstellung des Angeklagten, damaligen Staatssekretärs, das Schiedsrichteramt abgelehnt. Rechtsbeugung durch den Nebenkläger ist weder erwiesen noch auch nur behauptet.

Unanständig war weiter, daß der Nebenkläger im Fall Berger als Schiedsrichter ständig einseitige Informationen durch die Firma im weitesten Umfang entgegennahm. Auch dabei fand er offenbar nichts.

Im Fall Janke ist zwar nicht erwiesen, daß der Nebenkläger einen Diebstahl von Papieren des Flottenvereins veranlaßt oder unterstützt hat. Wohl aber bleibt ihm der Vorwurf der unanständigen Beschaffung von Unterlagen für seine politischen Zwecke hier nicht erspart.

Der Nebenkläger hat sich mehrfach darauf berufen, daß er nicht anders gehandelt habe, wie viele andere Abgeordnete. Das Gericht muß deshalb, ohne diese Behauptung als wahr zu unterstellen, aussprechen, daß ein Mißbrauch durch weite Verbreitung nicht geheiligt wird.

Ich komme zur rechtlichen Beurteilung.

In einigen wenigen Punkten der Druckschriften ist der Wahrheitsbeweis nicht erbracht. Auch soweit er erbracht ist, bleibt der Angeklagte strafbar. Denn die Umstände ergeben zur Genüge, daß er die Absicht hatte, den Nebenkläger zu beleidigen.

Die Straffreiheit wegen Wahrung berechtigter Interessen ist dem Angeklagten nicht zuzubilligen. Ich erwähne hier nur, daß ein eigenes, berechtigtes Interesse des Angeklagten an der Reinhaltung des Ministeramts nicht anzuerkennen ist. Der Angeklagte hat ferner zugegeben, was übrigens der Inhalt der Druckschriften genügend bezeugt, daß er die meisten Tatsachen vorgebracht hat, um ein gerichtliches Vorgehen des Nebenklägers gegen sich zu erzwingen.

Es bleibt weiter eine Reihe von formalen Beleidigungen. Nicht zu verwerten sind hierbei alle die Äußerungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den ausgeschiedenen Tatbeständen (Gruppe 4 und Belgien) stehen. Das Gericht hat weiter berücksichtigt, daß im politischen Kampf nicht jedes Wort auf die Goldwage gelegt wird. Immerhin bleiben als strafbare Beleidigungen folgende Äußerungen: „der Krebsschaden Erzberger"; „der Mann mit der ehernen Stirn"; „ich spreche ihm öffentlich meine Verachtung aus" (diese Äußerung mit Rücksicht auf die nicht erwiesene Denunziation); „Erzberger ist zu feige"; „er drückt zur Schande Deutschlands den Ministerstuhl".

Ehrennotwehr konnte das Gericht in keinem Fall annehmen. Der Angeklagte war der Angreifer. Jedenfalls lag beim Erscheinen der Flugschrift ein gegenwärtiger Angriff auf ihn nicht vor.

Ein Ausgleich der beiderseitigen Beleidigungen nach § 199 StGB. war nicht möglich, auch nicht am Platz.

Die Strafe war wegen Vergehens gegen §§ 185, 186 StGB. in einheitlichem Zusammentreffen aus § 186 zu erkennen.

Bei der Strafzumessung war namentlich zu beachten, daß der Angeklagte aus vaterländischen Beweggründen gehandelt hat, mag ihm auch der Haß die einmal angesetzte Feder geführt haben.

# Sieben-Tage-Buch

Kappregierung und Generalstreik

12.—18. März 1920

Von

„A“

1.—10. Tausend

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

1920

Druck von Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.

# 1.

Freitag, den 12. März.

Also die Leitung der Täglichen Rundschau ist ganz damit einverstanden, daß wir unseren Lesern eine Liebesgabenbüchse hinstellen: Erzberger-Prozeßkosten!

Es geht wohl in die Hunderttausende, was Helfferich, der Erleger Erzbergers, für seine Pürsch zu bezahlen hat. Da wollen wir, die durch seine Mannhaftigkeit Erlösten, ihm nun beispringen. Will er es alleine tragen, nun gut, so mag er das Geld zu Zwecken der Volksaufklärung benutzen, um jedermann die Wahrheit über unsere Schieberrepublik nahezubringen.

Fein, sehr fein. Sophie telephoniert mir schon, daß der Fabrikdirektor in ihrem Hause in der ersten Freude über das reinigende Moabiter Gewitter zweihundert Mark für diesen Zweck stiftе. „Herr, dieser Tage Qual war groß!" Sieben Wochen hat der A.-Mitarbeiter in der muffigen Gerichtsluft gesessen. Jetzt kommt die Probe aufs Exempel: ob er es den Lesern genügend klargemacht hat, um wie gewaltige Dinge es da gegangen ist. An der Moabiter Ausbeute kann eines Volkes Schicksal hängen. Hoffentlich folgen den zweihundert Mark noch viele kleinere und größere Beträge. Das düngt die Arbeit für viele Monate.

Bis zu den Wahlen.

Der Münsterländer Zentrumskollege, der Netteste seiner ganzen Zunft, meint zwar, ich täuschte mich, wenn ich auf eine politische Umgruppierung der Nation zählte; die jetzige Mehrheit werde aus den Wahlen verstärkt hervor-

gehen. Abwarten. Das gesamte gebildete Deutschland ist in innerem Aufruhr, die Glocken der versunkenen Vineta klingen wundersam herauf; und letzten Endes haben nie die Massen den Gang eines Volkes endgültig bestimmt, sondern nur immer die Folgerung daraus gezogen, was die Bildung ihnen übermittelte. Ein materialistisches Zeitalter, in dem jede Ehrfurcht vor Größe abhanden kam, mußte mit der Revolte enden. Wer es verstand, „sich gesund zu machen", der galt als Mann; die wirklich Großen im Volke aber wurden zuerst an jedem Stammtisch bekrittelt und dann von jedem Lausbub beschimpft.

„Was ich mir gefallen lasse?
Zuschlagen muß die Masse,
Dann ist sie respektabel;
Urteilen gelingt ihr miserabel!"

sagt Goethe. Das sehen wir im Kriege und im Frieden. Wer eine Wandlung unserer Zustände haben will, der muß zuerst das gebildete Deutschland gewinnen. Es hat sich, noch im Wilson-Rausche, im Jahre 1919 an der Wahlurne von der Demokratie überrumpeln lassen. Nun erwacht es. Und die sieben Wochen Moabit haben die letzten Schläfer ernüchtert.

Nun noch einige Monate zäher Arbeit, dann ist der Heilungsprozeß unaufhaltsam.

— — — — — — — — — — — — — —

In der Schriftleitung fragt man mich, ob ich schon wüßte, daß die Herren von der Nationalen Vereinigung verhaftet seien.

Nationale Vereinigung? Was ist das?

Nun, das seien die Leute von der Couleur Schnitzler, die schon seit Monaten die Gegenrevolution fertig in der Westentasche trügen.

Ach so. Ja, richtig. Dummes Zeug. Schnitzler, der große Hauptakteur, hat eine scharfe, aber sehr geschickte Broschüre, „Einst und Jetzt", gegen die heutige Regierung geschrieben. Im übrigen sagen mir Leute, die ihn kennen, daß er schon seit Monaten „einfach" nach vorhandenen weltgeschichtlichen Mustern, nach dem von Napoleon III. gegebenen Beispiel die deutsche Republik umformen will. Unser Kronprinz wird durch Volksabstimmung erblicher Präsident, fertig. Einzelne Offiziere, die unserem Volke gern helfen möchten und sich sagen lassen, die Weltgeschichte sei nur durch Namen und Jahreszahlen verschieden, finden den Plan des betriebsamen Journalisten und Staatsstreichlers „genial" und wollen mitmachen. Mehr weiß ich nicht.

Oberst Bauer und die anderen von diesem Konventikel scheinen aber keine Politiker zu sein; angesagte Revolutionen und Gegenrevolutionen gelingen nie. So etwas entlädt sich wie ein Gewitter, wenn die Atmosphäre wirklich elektrisch überladen ist. So etwas „macht" man nicht. Wären die Leute von der Nationalen Vereinigung nicht anständige und naive Menschen, so würde ich sagen, es sind — Lockspitzel. Meinen Söhnen habe ich immer gepredigt: haltet Euch von den Wortemachern fern, die für Putsche werben; schweigt in sämtlichen Sprachen der Welt, wenn sie sich mit Euch anbiedern wollen; nur ein Umschwung in der Gesinnung des Volkes kann den Umschwung im Staate bringen.

Am Abend zu Hause. Die letzten Wolff-Telegramme: „Eine monarchistische Militärverschwörung in Döberitz."

Der Hans! Herrgott, der Hans wird doch nicht...

Mein Junge ist jetzt als Leutnant in Döberitz der Marinebrigade Ehrhardt zugeteilt. Vor ein paar Wochen lag er noch im Lazarett in Tempelhof, weil wieder ein Knochensplitter sich herausarbeitete. Von seiner zweiten schweren Verwundung im Felde her. Da hatten Kameraden

ihn besucht und von der Stimmung der Mannschaften erzählt, die ganz prachtvoll national sei. Sie trügen alle das Hakenkreuz auf der Brust, das alte indogermanische Heilszeichen. Heute ist es für viele Leute ein Symbol. Es bedeutet ihnen das Gelöbnis zur Deutschheit und gegen alles Rassefremde. Lachend erzählte mein Junge es mir wieder.

Ich aber werde ernst.

„Hör' mal, Hans, was ein alter Soldat dir sagt: Wenn ein Zivilist zum Deutschbund gehört, mag er das Hakenkreuz anlegen. Beim Kommiß ist das grober Unfug. Läßt man bei den einen das Hakenkreuz zu, so darf man den anderen die rote Nelke nicht verwehren. Da habt ihr auf einmal Parteiung. Politik gehört nicht ins Heer. Im Heer ist man vorschriftsmäßig angezogen, tut seinen Dienst und gehorcht den Vorgesetzten, das ist alles. Hast du mich verstanden?"

„Zu Befehl, Vater!"

Einige Tage später, aus dem Lazarett entlassen, wird er mit der Führung der Maschinengewehrkompagnie beauftragt. Er verbietet den Leuten das Tragen des Hakenkreuzes im Dienste. Und der Erfolg? Es geschieht etwas bei der sonstigen vorbildlichen Disziplin dieser Kompagnie Unerhörtes: nicht weniger als 60 Mann der Kompagnie bitten schriftlich das Bataillon — um einen anderen Kompagnieführer.

Das fällt mir vor dem Einschlafen an diesem Freitag, dem 12. März, wieder ein. Also so rabiat ist die nationale Stimmung in der Marinebrigade? Herrgott, der Hans wird doch nicht . . . .

## 2.

**Sonnabend,** den 13. März.

Das Telephon schrillt.

„Guten Morgen, Vater! Ich stehe auf dem Wilhelmsplatz!"

„Seid ihr verrückt? Also wirklich ein monarchistischer Putsch? Ihr macht ja alles Keimende kaputt!"

„Kein Gedanke, Vater. Wir sind verfassungstreu. Sogar Ebert bleibt noch Friedrich der Vorläufige."

„Das verstehe ich nicht!"

„Komm doch her."

— — — — — — — — — — — — — —

Auf der Straße haben merkwürdig viele Menschen frohe Gesichter. So frohe, wie man sie schon seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Lauter Feiertagsgesichter. Vor dem Kohlenkeller drüben steht der rußige, alte Mann, der mürrische Peter, und strahlt. Nun wird alles wieder gut, sagt er; es sei auch die höchste Zeit, denn sonst stiege die Butter wohl noch gar auf hundert Mark das Pfund. Und der Kaufmann an der Ecke sagt: Gott sei Dank, die Schieberwirtschaft geht zu Ende! Und die Müllträger vor dem nächsten Hof schultern — ruck, zuck — ihre schwere Last so taktgemäß, als exerzierten sie bei der Rekrutenbesichtigung, als klinge in ihnen ein Militärmarsch. Und die alten blauen Schutzleute sind von einer bestrickenden Menschenfreundlichkeit, es fehlt nur noch, daß sie einem ein Kußhändchen zuwerfen.

Ich bin auf einmal in eine von einem bösen Zauber erlöste Welt geraten. Auf aller Mienen, der Hohen und Geringen, steht geschrieben: Der Dornröschenprinz ist da!

In der Leipziger Straße weht aus einem Fenster des Kriegsministeriums die deutsche Reichskriegsflagge, die wir

seit November 1918 nicht mehr sahen. Es ist ein stilles Jubeln und Blickewinken hinauf. Auf dem Wilhelmsplatz ist noch nichts abgesperrt. Eine Kapelle spielt „Deutschland, Deutschland über alles!" Die Vorübergehenden bleiben stehen, viele, sehr viele nehmen die Hüte ab. Rundum Feldlager. Übernächtige Feldgraue, alle aber so tadellos militärisch angezogen, wie wir es seit der Luderzeit des November 1918 kaum mehr gesehen, pennen; andere stehen Posten oder schaffen an der dampfenden Feldküche; wieder andere haben Appell.

Da steht auch unser Junge. Nun höre ich still zu.

Der Marsch auf Berlin.

Es hat nichts Verschwörerartiges gegeben, keine feurige Ansprache am Tage zuvor, sondern den einfachen Befehl: die Brigade tritt um 10 Uhr 15 Minuten abends kriegsmäßig ausgerüstet an. Dann eingeschwenkt und abmarschiert. Um 1 Uhr nachts, schon diesseits der Havel, Halt. Korvettenkapitän Ehrhardt, der verwegene Führer der 9. Torpedobootsflottille in der Schlacht vor dem Skagerrak, für den seine Offiziere und Mannschaften durchs Feuer gehen, teilt ihnen jetzt kurz den Zweck des Nachtmarsches mit. Er gelte der Wiederherstellung der Verfassung in Berlin, die durch Verweigerung der Wahl eines gesetzmäßigen Reichstages gebrochen sei, und der Einsetzung wirklicher Fachminister an Stelle von Schiebern und Unfähigen. Gegen ein Verbleiben Eberts im Amte bis zu den Neuwahlen habe man nichts. Diese Forderungen sind als Ultimatum des Wehrkreiskommandeurs Generals v. Lüttwitz, auf dessen Befehl man handele, an die Reichsregierung geschickt worden. Sonst nichts. Von der Antwort hängt es ab, ob man einmarschiert oder nicht.

Wenn die Regierung klug ist und auf Volkesstimme hört, ruft sie aber selber die Brigade, denn sie wird bald

jeden einzelnen Soldaten nötig haben: der bolschewistische Umsturz, der im Januar und März 1919 sich aufbäumte, dann wieder am 13. Januar 1920 sein Heil versuchte, will jetzt am 16. März das Äußerste wagen, um die rote Rätediktatur in Deutschland zu errichten.

Gleichzeitig erhebt das blutrote Tier im Osten sein Haupt. Man hat bestimmte Nachrichten, daß die Russen im Frühling Polen überrennen und dann sich über unser Vaterland ergießen wollen. Ihre „geistigen" Pioniere sind mit Koffern voll Geld und Agitationsschriften schon vorausgeeilt, sitzen in allen deutschen Großstädten und Industriezentren, bis nach Rheinland-Westfalen hin, und predigen die Ausrottung des Bürgertums und der Intelligenz. Es sind auch einfache Fabrikarbeiter unter diesen Pionieren; die meisten von ihnen sind aber wohl kleine fanatische Händler und Schieber und Gauner, die an jedem Umsturz verdienen, Leute, die vielleicht erst vor kurzem die jüdischen Gebetslocken sich abgeschnitten haben, um europäischer auszusehen. Das alles ist Ehrhardt mitgeteilt worden. Nun könne er das Vaterland militärisch retten; politisch sei alles fertig und bis ins einzelne geregelt, so daß nach dem Einmarsch die neue Maschinerie sofort funktioniere.

Nicht eine Stimme in der Brigade erhebt sich gegen die Mission. Nicht ein Mann verdrückt sich, was im Dunkel der Nacht so leicht zu machen wäre. Jeder will dem deutschen Volke in ärgster Not nun helfen. Daß es nicht etwa gegen die Republik gehe, hat man gehört; man marschiert mit gutem Gewissen.

Ein Auto saust heran, stößt auf die grauen Kolonnen im Stahlhelm, macht kehrt und will auf und davon. Es wird überholt und gestellt. Der Insasse, irgendein galizischer Zivilstratege aus dem Reichswehrministerium, wird abgeschoben, nachdem er zungengeläufig und doch vergebens

versucht hat, sich mit Ehrhardt anzubiedern. So geht es auch anderen Autos. Verfroren und müde, aber mit hellen Vaterlandsliedern auf den Lippen, marschiert die Brigade gegen Morgen in Charlottenburg ein. Die ursprünglich gegen sie aufgebotenen Posten der Einwohnerwehr salutieren mit leuchtenden Gesichtern.

Alle Generale, die am Abend zuvor im Reichskabinett befragt worden sind, haben erklärt, man werde weder Reichswehr noch Sicherheitswehr dazu bringen können, auf Kameraden zu schießen. Als einziger hat General Reinhardt, der bisherige republikanische Kriegsminister in Preußen, der Landsmann Erzbergers, sich für den Kampf gegen die Brigade ausgesprochen.

Aber es geht nicht.

Diese Brigade, die das Publikum, das keine Ahnung hat, die „Baltikumer" nennt, während die noch vorhandenen Reste der „Baltikumer" tatsächlich in Stade sitzen, ist eine Elitetruppe. Gebildet wurde sie im Januar 1919, als Noske um Hilfe wider das Chaos rief, aus Freiwilligen der dahingegangenen Flotte. Lauter Leute, die die Kieler Novemberschmach sühnen und zeigen wollten, daß es auch noch andere „Matrosen" gebe als die vom Marstall in Berlin und von den Barrikaden der Spartakisten. In Berlin selbst und in anderen Aufstandsgebieten hat die Marinebrigade mit Todesverachtung für die Erhaltung der deutschen Republik gekämpft. Und jetzt wollte man sie auflösen. Am 10. März war ihr der Befehl zugegangen, sich zur Verladung nach Lockstedt bereitzuhalten, wo sie „ins Zivil" entlassen werden sollte. Es ist königlich, dankbar zu sein. Es ist republikanisch, seine Helfer fortzujagen. Diese besten Staatserhalter verstößt man zu den Spartakisten, wenn man sie entläßt, und das wollen sie nicht und darum marschieren sie nach Berlin.

Ein paar Offiziere sind vorausgeritten, haben frühmorgens auf dem Wilhelmsplatz Drahtverhaue, Kanonen, Reichswehrsoldaten getroffen.

„Räumt den Kram weg, geht nach Hause!"

„Zu Befehl, Herr Leutnant."

Die Regierung hat kurz zuvor, um 5 Uhr morgens, Berlin in Autos verlassen. Erzberger, der als Minister seine Entlassung bereits bekommen hat, ist in das Kloster „Zum guten Hirten" hinter Tempelhof geflüchtet. Ohne Widerstand nimmt die Brigade Besitz von dem Regierungsviertel. Gegen ½8 Uhr morgens defiliert sie auf dem Wilhelmsplatz vor ihrem Kommandeur. Die Beine fliegen im Parademarsch, wie noch nie. Die Brandenburger-Tor-Wache, die anderthalb Jahre verödet stand, wird wieder bezogen. Man sieht überall Abteilungen in altpreußischer Straffheit marschieren, man hört überall die alten Weisen erklingen. In Ermangelung anderer flattern kleine Bootsflaggen von den Fahnenmasten nunmehr aller amtlichen Gebäude. Die öffentliche Meinung, die jeder wirklich energischen Leitung folgt, richtet sich sichtlich darauf ein, daß die Mißregierung der letzten Monate nur ein Traum war.

Und alles schaut erwartungsvoll zum Reichskanzlerpalais hin.

Dort drinnen waltet Kapp, der Sohn des alten Achtundvierzigers und späteren demokratischen Abgeordneten Kapp; dieser Sohn aber ist aus der Richtung des Hauses geraten, ist einer der Radikalsten auf der Rechten. Er gilt in Ostpreußen als der Mann der eisernen Nerven, der gegen Bethmann Hollweg „gesiegt" habe, und ist jedenfalls ein Mann der eisernen Allüren.

Die Denkschrift vom 20. Mai 1916, die der Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp verfaßt und damals in 300 Abschriften persönlich dem Kanzler, den Ministern,

den parlamentarischen Führern und sonstigen Hervorragenden zugeschickt hat, mit offenem Visier, unter voller Nennung des Urhebers und Absenders, zeugt von klarem Denken und politischem Instinkt. Da sie nach Bethmanns Sturz zum Preise von nur einer Mark im Druck erschienen ist — im Verlag des „Heimatboten" in Gera-Langenburg (Reuß) —, kann man sich aus ihr ein Bild des Mannes machen, der die Unklarheit unserer Kriegsziele, die Schwächlichkeit in der Verwendung der Tauchbootwaffe, die falsche Ernährungspolitik der Regierung bekämpfte und ein gesundes Programm für die Führung namentlich unserer inneren Geschäfte aufstellte. Seine Kassandrarufe sind verhallt, wir haben alles verloren und stecken in dem Sumpf, aus dem er uns nun in zwölfter Stunde doch noch herausholen will; und es ist durchaus begreiflich, daß vaterländisch denkende Nichtpolitiker ihm begeistert folgen.

Also alles schaut erwartungsvoll zum Reichskanzlerpalais hin.

Aber es erfolgt nichts.

Es werden zwar Erlasse und Proklamationen herausgegeben, die die Herren großenteils schon längst in der Westentasche hatten, aber sie gelangen nicht ins Volk. Ein Mensch, der da weiß, was öffentliche Meinung ist, ein beliebiger kleiner demokratischer Parteisekretär, wäre im jetzigen Augenblick zu gigantischer Größe emporgewachsen. Kapp und die Seinen aber haben keine Ahnung von dieser modernsten und furchtbarsten Waffe. „Um die Verhandlungen mit den Arbeitervertretern nicht zu stören" — einige Unabhängige rekognoszieren nämlich gerade bei Kapps Unterstab — wird das Erscheinen sämtlicher Zeitungen verboten, eine ungeheuerliche Torheit, ein Gaurisankar der Verblödung: wo man die Posaunen von Jericho nötig hätte, verklebt man sich selber den Mund.

Ich mag es kaum glauben. Das wäre ja das Ende. Dann bliebe nur noch blutige Gewalt, wozu sich kaum der dafür geeignete Galliffet fände, oder die Auflösung in Hanswurstelei. Der Wunsch des Militärs, dessen Führung General v. Lüttwitz nunmehr als von Kapp ernannter „Reichswehrminister“ an Stelle des geflüchteten Noske amtlich übernommen hat, zielt auf verfassungsmäßige Arbeit, auf Stetigkeit und Ruhe nach Ausmerzung der Schönheitsfehler im Kabinett, auf gemeinsame Rüstung wider den Bolschewismus. Diesen Plänen ist das Genick umgedreht. Die Dummheit wird zum Verbrechen.

Da man sonst nichts erfährt, ist der Wilhelmsplatz das Stelldichein der Pressevertreter aller Parteien. Es gibt unter ihnen Erstaunte, Verstörte, Belustigte, Empörte. Man sieht sich die Leute, die in der Reichskanzlei aus- und eingehen, von der Straße aus an: nicht um die Welt möchte ich dabei sein. Leute aus der Mottenkiste, mit dem Naphthalingeruch irgendeiner „Idee“, die sie mal in irgendeiner Broschüre verfochten haben und nun an den Mann bringen möchten. Leute mit unklarer Vergangenheit, aber eindeutigem Hunger für die Zukunft, die als „Gegenrevolutionsgewinnler“ ein Ämtchen suchen. Leute von dem Typus Ordonnanzoffizier, die ich schon im Felde immer „gefressen“ hatte, weil sie, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, nur für die gute Verdauung des Chefs und die eigene Dekorierung besorgt waren. Leute von lobendem Idealismus in „Eisernen Blättern“, voll innerlicher Zauberweisen, denen Tausende und aber Tausende deutscher Jünglinge so gern lauschen, aber von einer geradezu kindlichen Naivität in der Technik der öffentlichen Meinung. Leute auch vom alten System, wo es nicht gut war, wo es, ohne Besseres zu wissen, nur schnarrte, daß „die janze Richtung“ ihm nicht passe. Leute schließlich von weltmännischer Art,

wie mein alter Freund vom Reichsmarineamt, die stets ganz Ohr sind und sich nie kompromittieren, von jeder Augenblicksgröße für einen treuen Helfer gehalten werden und dabei immer wieder rechtzeitig verschwunden sind. Aber diejenigen, die von dem neuesten Kurse etwas für sich selber zu ergattern suchen, tun geschwollen. Einen Gang haben sie, als wären sie schon Exzellenzen. Daß statt der Leute von links jetzt Leute von rechts „ran an die Futterkrippe" kommen: ist das des Pudels Kern?

Einfach ekelhaft.

Spät abends in der Schriftleitung erkläre ich, daß ich auch gegen diese Regierung in Opposition gehen müsse, wenn sie weiter nichts mache, als den parlamentarischen Schweinetrog seitwärts zu verschieben.

Die Leute auf der Straße und in den Bierstuben — wenigstens der Innenstadt — haben vergeblich auf irgendwelche Ereignisse gewartet. Die gehobene Stimmung wird kritisch. Einmütig ist man nur in dem Spott über die Ebert-Bauer-Noske-Regierung, die dem Kaiser sein „Türmen" nach Holland höhnisch vorwirft, obwohl man ihn doch damals unter der erlogenen Angabe, das ganze Heer sei wider ihn und sein Bleiben bedeute den Bürgerkrieg, dazu durch Groener hatte zwingen lassen; und die nun selber ausgerissen ist, obwohl nur eine einzige Brigade im Anmarsch war und sonst doch angeblich „das ganze Volk" hinter ihr stand. Einige hochgestellte Angestellte der Regierung sind freilich in Berlin geblieben, darunter der Pressechef der Reichskanzlei Ulrich Rauscher, von dem alle die schönen Reden wider die böse Rechte stammen, die im abgelaufenen Jahre Ebert oder Bauer verlesen haben.

Ulrich Rauscher, der begabte ehemalige Feuilletonist der „Frankfurter Zeitung" und spätere Pressedezernent beim

deutschen Generalgouvernement in Brüssel, ist in Schutzhaft genommen worden.

Ein Augenzeuge erzählt davon und nennt auch die übrigen Zeugen, die die Szene inzwischen bestätigt haben. Herrn Rauscher sind im Augenblick der Verhaftung sämtliche Himmel eingestürzt. Er bittet um schonende Behandlung:

„Sie kennen doch meine wahre Gesinnung! Ich habe doch früher schon Mitarbeiter der Deutschen Tageszeitung werden wollen!"

Merkwürdige Wahrheiten sprießen hervor.

Im November 1918 entdeckten viele Leute plötzlich, daß sie eigentlich stets Demokraten gewesen seien. Im März 1920 enthüllen sich bisher verborgene nationalradikale Gemüter.

Von Ulrich Rauscher, dem noch am selben Tage wieder Enthafteten, wird also die Presse der Rechten demnächst viel Liebes erwarten dürfen. Und der Mann hat Großes vor. Er ist der schärfste Wettbewerber um das Amt eines Reichsministers des Äußeren, wenn Müllers Unzulänglichkeit endlich einmal so oder so ein Ende findet.

## 3.

Sonntag, den 14. März.

Genau so willenlos, wie die Mehrheit des Volkes im November 1918 die Ausrufung der Republik über sich ergehen ließ, genau so willenlos haben die Berliner Republikaner gestern das Schwarz-Weiß-Rot hingenommen.

Diesen kurzen Moment der Lethargie auszunutzen, ist das Geheimnis des Erfolges bei allen Umwälzungen.

Gestern ist er verstrichen.

Heute tauchen schon die Straßenredner auf. Nicht die der großen Geste und hallenden Stimme, die Tausende aufputschen, daß sie ekstatisch werden. Man kann mit tausend Rednern, die zu je zwanzig Menschen sprechen, mehr erreichen, als mit zwanzig, die für je tausend Zuhörer sich ausschreien. Die moderne Technik erledigt so etwas im Vorbeigehen. Einer spricht den anderen an, gemütlich, fragend, so ein schlichter Biedermann, zu dem man geneigt ist, „Herr Nachbar" zu sagen; ein dritter, ein vierter bleibt stehen, im Nu ist eine kleine Korona beisammen, schon laufen vom Bürgersteig drüben einige weitere hinzu, um auch Neues zu hören. Und da ist der Vortrag im Gange, Einwürfe werden geschickt aufgefangen, der Herr Nachbar erweist sich als politisch erstaunlich beschlagen. Das sind die Kleinagitatoren der Demokraten und Sozialdemokraten. Es ist, als seien sie allesamt vorher auf Paroleempfang gewesen, denn sie alle haben dasselbe Thema, dieselben Gründe, dieselben wahren und dieselben aus den Fingern gesogenen Geschichten.

Heute heißt ein Thema: Brredereck.

Paul Brredereck soll, nachdem man Herrn Ulrich Rauscher, den „Whip" der Ebert-Bauer-Regierung, ver-

haftet hatte, Pressechef der neuen Regierung geworden sein. Er war einmal ein glänzender und trotz seiner Jugend gesuchter Rechtsanwalt in Berlin. Plädierte für Geo Schmidt in Sachen Pöplau wider Erzberger oder ähnlich. Hatte schnell große Einnahmen. Hielt sich Rennpferde und wurde mehr los, als er einnahm. Schon damals ein Radikal-Nationaler, gründete eine jungkonservative Partei gegen die Konservativen. Als ihm finanziell das Wasser an den Hals ging, machte er irgendwelche üble Sachen und — floh. Ging, steckbrieflich verfolgt, nach Südamerika, arbeitete sich mit unbezähmbarer Energie wieder hoch. Ließ bei Ausbruch des Krieges alles im Stich, schlug sich nach Deutschland durch, trat als Soldat unter falschem Namen freiwillig ins Heer, wurde wegen Tapferkeit vor dem Feinde zum Offizier befördert, dann endlich erkannt, vor Gericht gestellt und — amnestiert. Ist seither einer der Rufer im Streit eines Offizierverbandes politisch scharf nationaler Richtung.

Das alles hatte ich längst vergessen. Die Straßenredner wissen es. Nur daß sie das Sympathische weglassen. Das Schlimme vergröbern. Jeder dieser tausend oder zweitausend Redner hält fünfzig- oder hundertmal am Tage denselben Spruch an den verschiedensten Stellen. Von Kapp bringt kaum etwas in das Volk hinaus. Aber durch die Agitation auf der Straße wissen am Abend zwei Millionen Berliner, daß eine Bande von Lumpen im Reichskanzlerpalais sitze.

Und es gibt viele Themen.

Hie und da wird der Erzberger-Prozeß erwähnt. Gewiß, Erzberger habe sich vollgefressen. Ob aber Helfferich im Kriege bloß von seinen Lebensmittelkarten gelebt habe? Das ist kein ungeschickter Anfang. Nur reagiert das Publikum meist sauer; zu tief sitzt schon die Moabiter Erkenntnis. Außerdem ist Helfferich wirklich klüger als die Vielzuvielen.

Ihm ist, so höre ich, gestern von den neuen Herren ein Portefeuille angeboten worden. Er hat kühl abgelehnt.

Hie und da wird die Judenfrage gestreift. Sei es denn wirklich so schlimm mit der Herrschaft dieser Leute? Ein einziger Minister in Preußen sei Jude, Hirsch, und das sei noch der anständigste von allen Ministern. Übrigens, was die Straßenredner noch nicht wissen: dieser Hirsch hat sich bereit erklärt, auch unter dem neuen Regime sein Amt vorläufig weiter zu versehen. Auch ist das Thema einigermaßen kitzlich. Es wachsen Gegenredner aus dem Boden, Ungeschulte aus dem Publikum, und sagen: Gott sei Dank, daß die Juden jetzt zur Bescheidenheit gezwungen werden würden; sie seien seit gestern schon ganz klein.

Bei einzelnen Gruppen hören blaue Schutzleute zu. Sie sind immer noch innerlich verklärt. Wenn ein Redner fertig ist, sagen sie milde: „Nu gehen Sie auseinander, sonst überfährt Sie noch ein Rollwagen!"

Den Schutzleuten, dieser Verkörperung des alten Systems, werden von Freunden der Regierung Kapp auch immer die neuesten „guten Nachrichten" gesteckt. Der sozialdemokratische Oberpräsident Winnig-Königsberg hat sich dem neuen Regime angeschlossen. Schlesien und überhaupt der ganze Osten hat die Fahne entrollt. Mecklenburg kommt. Überall auch anderswo ist die Reichswehr gewonnen, die die bisherigen Gewalten absetzt. In Bayern haben neun Zehntel der Garnison sich für den Umschwung nach rechts erklärt, und daraufhin hat der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann freiwillig einer bürgerlichen Regierung Platz gemacht. Die nach Dresden geflüchtete Reichsregierung hat nach Stuttgart „weitergemacht". Nur Württemberg und Baden sollen noch zu ihr halten.

Damit könnte man schon etwas anfangen. Wenn man überhaupt etwas anfinge.

Ein Bekannter, ein Offizier, der vor der Reichskanzlei Dienst hat, begrüßt mich und fragt, was ich zu dem Unternehmen der Brigade sage.

„Ich kann Ihnen", antworte ich, „nur Bismarcks Worte an den Prinzen Alexander von Battenberg wiederholen, als der ihn fragte, ob er Fürst von Bulgarien werden solle: Auf jeden Fall wird es — eine nette Erinnerung für Sie sein."

Am Abend, der friedlich heraufzieht, da bisher weder das Volk gegen die zahlreichen militärischen Streifen aufsässig geworden ist noch auch die militärischen Streifen Nervosität zeigen, ist es sonderbar dunkel.

Die Laternen brennen nicht.

Streik? Generalstreik?

Aber da es so friedlich ist, kommt man nur zur ästhetischen Würdigung der eigenartigen Beleuchtung. Es ist wie im Theater. Irgendwo sieht man ein Lichtchen, hört man einen Menschen tappen. In einzelnen Fenstern glimmt ein matter Schein. Aus einer Türspalte fällt ein Lichtstreif in rabenschwarze Finsternis. Vielleicht hämmert irgendwo Hans Sachs. Das „Brausen der Großstadt" ist verstummt, in fast dörfliche Stille hinein bellt ein Hund.

Zu Hause kein Tropfen Wasser. Alle Hähne sind trocken.

Der stumme Kampf beginnt.

Um die geistige Finsternis durchdringen zu können, erlaubt die Kapp-Regierung jetzt das Erscheinen der Zeitungen. Aber nun streiken die Buchdrucker. Und wo sie vielleicht arbeiten möchten, da fehlt der elektrische Strom für die Maschinen. Nur der „Vorwärts" hat als einziges Blatt insgeheim 45 000 Stück einer Nummer gedruckt, die von dem ausgehungerten Volk verschlungen werden.

Die Wage neigt sich.

2*

## 4.

**Montag, den 15. März.**

Der jungen Frau in dem kleinen Laden, in dem wir unser Viertelpfund Leberwurst holen, laufen die hellen Tränen über die Backen.

„Diese Männer! Diese Waschlappen!"

Wenn sie sonst ihre Wurst, ihre Sardinen, ihre Räucherfische, ihre Käschen verkauft, geht sie nicht aus sich heraus. Man muß Rücksicht nehmen auf die Kundschaft. Da ist ein ausgesprochener Sozialdemokrat, der früher drüben im Keller wohnte und jetzt in dem ersten Stock haust, früher sich gelegentlich einen Rollmops gönnte und jetzt täglich die teuerste Feinkost ersteht. Während der Novemberrevolution 1918 hatte er plötzlich „geerbt", hieß es. Nun läßt er die junge Frau in dem Lebensmittelgeschäft gut verdienen. Aber er ist patzig. Man darf ihn also nicht erzürnen, und seiner Art gibt es viele.

Aber heute fallen alle Schranken. Hemmungslos gibt die junge Frau ihrem Schmerz, ihrem Zorn Ausdruck. Der Kaiser sei viel zu gut gewesen und darum an den Schuften gescheitert. Nun wehten zwar wieder die alten lieben Adlerfahnen dort weiter oben über den Ministerien. Aber sonst geschehe ja nichts, und noch würden die Schufte nicht reihenweise erschossen. So kämen sie wieder hoch. Und sie, sie würden sich dann weniger genieren.

Das ist eine einfache Frau aus dem Volke. Wir haben nur ganz zufällig einmal erfahren, wie sie denkt. So wie sie denken aber ganze Heere von Frauen. In der Wagenburg steht mit erhobener Streitaxt das germanische Weib.

Und sieht, wie Männer zurückfluten.

Heute hat das Weib keine Streitaxt mehr, aber einen Stimmzettel. Damit allein hat es bei den Elternratswahlen die Roten schon niedergeschlagen. Aber wenn es an den Männern verzweifelt, dann sind wir am Ende. Das Weib ist immer radikal, im Guten wie im Schlechten. Die Leisetreter, das sind die, die Hosen anhaben.

Vom Sonntag zum Montag haben nur die Leute der Linken etwas getan. Die Parole zum sogenannten Generalstreik ist durch, wie ich überall feststellen kann. Sie ist von drei Seiten ausgegangen: von der Arbeiterschaft, von der Regierung, von der Demokratie.

Die rote Arbeiterschaft ist in Berlin vollkommen machtlos, wenn eine straffe soldatische Truppe für Ordnung sorgt. „Ein Leutnant und zehn Mann" genügen, um jedes Parlament auszuschalten; im November 1918 genügte dafür schon ein Auto voll Matrosen. Zwei Brigaden in der Reichshauptstadt genügen, um jeden Millionenaufstand zu ersticken. Da bleibt also den Roten als „Kampfmittel" — in Wirklichkeit ist es nur ein Schreckmittel — lediglich die passive Resistenz durch Nichtarbeiten.

Daß aber die Reichsregierung — in Bauers verlassenem Arbeitszimmer hat man noch die Aufforderung dazu gefunden — amtlich zum Generalstreik aufruft, das darf ihr nie vergessen werden. Er zieht alle Leute aus den Betrieben in die Kneipe und auf die Straße, wo sie sich gegenseitig erhitzen, und erzeugt so schließlich Blutvergießen und Aufruhr und Ruin der Volkswirtschaft. Jede Regierung muß erhalten und aufbauen; diese Regierung hat sich sinnlos in die Reihen der Zerstörer gestellt.

Die Demokratische Partei will ihr dabei den Rang ablaufen. Sie rühmt sich, daß sie als erste die Parole zum Generalstreik ausgegeben habe. Insbesondere in der jüdischen Geschäftswelt gehen Aufrufe dazu herum, in denen es aus-

drücklich heißt, es gehe jetzt um eine Sache der Judenschaft. Soviel kann ich gerade lesen, da steckt der Wohlbeleibte Unter den Linden den Zettel schnell weg. Und äugt mich böse an.

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Es hat in der Nacht Zusammenstöße gegeben. Posten sind angerempelt worden und haben geschossen. Auch die Soldaten der Reichswehr malen sich mit Kreide das Hakenkreuz vorn auf den Stahlhelm. Panzerautos rasseln einher und speien — Flugblätter aus. Auch aus der Luft kommen die Papierchen wie blinkende Möwenschwärme. Anders kann die Kapp-Regierung nicht mehr an das Volk heran. Die Agitation vom Auto und vom Flugzeug herab ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Alles verdampft sofort.

Die Soldaten fangen an, lange Gesichter zu machen. Sie sehen nicht, daß irgend etwas geschieht.

Mit einigen von ihnen spreche ich vor dem Landtag. Es gibt gemeinsame Feldzugserinnerungen, wobei die anderen, die noch jungen, erst nach dem Kriege Eingetretenen, zuhören. Dann kommen wir überhaupt auf das Soldatenlos zu sprechen.

„Sehen Sie, lieber Herr, wir sind alles einfache Leute. Keine Studenten und verkleideten Monarchisten, sondern Arbeiter und Handwerker. Wir haben Lust zum Dienst. Mancher ist auch gekommen, weil er arbeitslos war. Und nun sagte die Regierung, wir sollen aufgelöst werden. Da kann man sich doch glatt aufhängen. Im Zivil kriegt keiner von uns Arbeit, da heißt es, raus mit dem Noskehund. Und schlimmer als Noskehund ist Baltikumer, da wird man einfach kaltgemacht. Wir können gar nicht anders, wir sind für immer auf den Kommiß überschrieben. In Wünsdorf sind welche, die sagen, sie würden auch bei den Kommunisten

als Soldaten dienen, wenn sie keine andere Bleibe haben. Bei uns ist es ja noch gut. Wir haben gute Offiziere, und der stramme Dienst macht Spaß. Aber wir werden von jeder Regierung betrogen."

Der ganze Jammer des Prätorianertums . . .

Die erste Unruhe packt heute auch die jungen Offiziere. Ich bringe Hans eine Thermosflasche Kakao. Er liegt mit seinen Leuten, kunterbunt durcheinander, auf ein paar Hälmchen Stroh auf der Diele im Leopold-Palais, das die republikanische Regierung zu Amtsräumen für ihre Pressepropaganda gemacht hat. Der Junge verbindet sich gerade die Oberschenkelwunde, die wieder offen ist. Er und ein paar Kameraden von ihm und ich gehen dann draußen ein wenig auf und ab.

„Vater, es geschieht nichts. So geht die Sache schief. Die Zivilisten machen nichts. Kannst du nicht helfen?"

„Ich denke nicht im Traume daran! Du weißt, was ich dir immer gesagt habe: die Erzberger-Scheidemann-Regierung muß ihren eigenen Dreck fressen, bis sie dran erstickt. Die Revolution, der Friedensvertrag, die irrsinnigen Gesetze seither müssen sich auswirken. Heute merkt noch kein Arbeiter das Elend, dem wir überliefert sind. Da soll mal die harte Not uns kneten, dann erst kommt aus der Erkenntnis der Umschwung. Du mußt deinen Vorgesetzten gehorchen und mitmachen, aber Eure Sache stört nur die Entwicklung, die wir ersehnen. Und diese Sache hier gelingt auch nicht. Es wäre nur noch mit weißem Terror gegen roten Terror gegangen. Dann müßten zunächst 150 Schieber und 150 Arbeitsscheue baumeln. Aber auch dazu ist es zu spät. Die Leute um Kapp haben wie die Irrsinnigen durch das Zeitungsverbot sich selber das Grab gegraben. Ihr sitzt hier im Regierungsviertel auf einer Insel. Schon 1500 Meter weiter ist eine vollkommen neue Welt, die von Eurem Wollen

nichts erfährt. Noch ein paar Tage weiter, dann stehen hier 10 000 gut Bewaffnete der neuen Regierung, drüben 100 000 gut Bewaffnete der alten Regierung. Natürlich Zivilisten, Arbeiter, aber gediente Leute. Oder es kommt noch anders: 200 000 Spartakisten. Beiß die Zähne zusammen. Euren Kapitän Ehrhardt halte ich für einen famosen Kerl, wenn ich ihn auch nicht persönlich kenne, und vielleicht ist er der Klügste von der ganzen Gesellschaft. Aber die Sache ist verloren. Pressechefs wimmeln hier genug herum. Ich denke nicht daran, zu den Leuten zu gehen. Unser ganzes Unglück ist die Drängelei von Nichtfachleuten, Journalisten und Parlamentariern, in die Regierung. Ich habe meinen Beruf und wirke. Kritiker gehören nicht auf die Bühne."

Ich kann es freilich nicht leugnen: Lust zum Eingreifen hat man zwar durchaus nicht, aber aus Zorn möchte man doch zupacken.

Als Zuschauer dieser Tragikomödie faßt man sich manchmal an den Kopf, wenn man die kindlichen Regierungsversuche miterlebt. Gestern hat der englische Geschäftsträger einen jungen Mann in die Reichskanzlei geschickt, damit er Erkundigungen über den Putsch einzöge, und daraufhin hat die Reichskanzlei sofort verkünden lassen, daß die Entente mit der Kapp-Regierung „offizielle Beziehungen" aufgenommen habe. In der heutigen Pressekonferenz erhebt der „Times"-Korrespondent wütenden Einspruch gegen diese Darstellung und dementiert sie in amtlichem englischen Auftrage.

Die Planlosigkeit der neuen Männer scheint übrigens zuzunehmen. Planlos sind vor allem die Verhaftungen.

Gerade soll nebenan in der Voßstraße eine Anzahl von Redakteuren einer parteilosen Zeitungskorrespondenz verhaftet werden. Dem Verlagsdirektor von Ullstein, Bernhard, hat man mit Erschießen gedroht, weil man augen-

scheinlich nicht mehr weiß, wie viele Fensterscheiben man noch einschlagen soll.

Offenbar wird jeder verhaftet, den irgendein „Gutgesinnter" in keuchender Eilfertigkeit angibt. Es ist gar kein System in der Sache. Wenn man schon einmal mit Gewalt eingreifen will, dann muß man auch die Proskriptionsliste fertig bei sich haben. So haben es die Leute in Ungarn gemacht. Mann für Mann sind dort sämtliche Führer der verflossenen Rätediktatur verhaftet, abgeurteilt, gerichtet worden, zum Teil durch hochbezahlte Agenten im benachbarten Auslande, in Deutsch-Österreich und der Tschechoslowakei, geknebelt und im Auto nach Ofenpest entführt. Mit Stumpf und Stiel wurde das alte Regime ausgerottet. Heute hat in Ungarn sogar die sozialdemokratische Partei dem neuen Ministerpräsidenten erklärt, sie wolle gar keine Kandidaturen zum Reichstag aufstellen, geschweige denn sich an der Regierung beteiligen; sie sei dankbar und zufrieden, wenn man sie milde behandle, und sie verzichte auf jeden Klassenkampf. Aber um etwas Ähnliches auch nur zu versuchen, wenn es in Deutschland überhaupt ginge, fehlt es Kapp an jedem vorbereiteten Adressenmaterial.

Vor der Reichskanzlei ein ewiges Kommen und Gehen. Oben flattert quer ein Phantasiebanner mit Reichsadler. Ein bekannter Parlamentarier kommt heraus und begrüßt mich.

Na?

Er ächzt, schüttelt den Kopf und wirft einen Blick gen Himmel. Er erzählt, die Ministerliste, die im Publikum kursiere, sei falsch. Ach Gott, Ministerliste! Es geht bald um Kopf und Kragen, nicht um Portefeuilles.

Der bekannte Abg. Dr. theol. Traub, dem das preußische Kultusministerium angeboten war und der noch in Seligkeit und Vertrauensseligkeit oben schwebt, hat den Antrag nicht

angenommen, statt seiner den Professor v. Wilamowitz-Möllendorff vorgeschlagen, weil jetzt ein Gelehrter von Weltruf an die Stelle gehöre und er selber, Traub, doch nur Außenseiter in einem sonst homogenen Kabinett sein würde. Aber Propagandachef wäre er gern. Er möchte ein Tyrtäus der Jugend sein. Dem Generalsekretär der Deutschnationalen, Herrn v. Lindeiner, hat Traub übrigens schon am Sonnabend seinen Austritt aus der Partei erklärt. Das sind ganz sympathische Züge. Schade, daß dieser Volksredner, der wirkungsvollste nächst dem verstorbenen Naumann, in die Kapp-Mühle geraten ist. Da kommt keiner unlädiert heraus.

Einer der fesselndsten Charakterköpfe unter den neuen Herren ist der als Wirtschafts- und Ernährungsminister ausersehene Naumburger „Arzt und Volkswirt“ Dr. med. Georg Schiele. Er kommt, wie Traub, von links, nennt sich, wie dieser, auch heute noch einen Liberalen, was nach seinen Worten mit der deutsch-nationalen Firma vollkommen vereinbar sei, und hat mit Traub zusammen die „Flugblätter des liberalen Bürgertums“ herausgegeben. In zahlreichen Provinzblättern bin ich Leitartikeln aus seiner Feder begegnet, die in unserer blutleeren Zeit durch volkstümliche Form und strotzend gesunden Menschenverstand verblüffen. Eine seiner Schriften — sie ist im Büro Dr. Schiele, Berlin SW. 11, Großbeerenstraße 5, zum Preise von 3 Mark zu haben — liegt gerade vor mir: „Programm einer Änderung unserer Ernährungspolitik. Mit einem dreifarbigen Schema der deutschen Ernährung im Kriege. Berlin, April 1917.“ Die Verkehrtheit unserer Zwangswirtschaft hat nie einen überzeugenderen Darsteller gefunden; er steht auf dem alten liberalen Standpunkte, der heute von der Linken verlassen und von der Rechten wiederbesetzt ist, daß Angebot und Nachfrage, daß also der freie Handel der beste Regulator der

Preise und gleichzeitig der beste Anreger der Produktion sei, während bei der Zwangswirtschaft mit Lebensmittelkarten und Höchstpreisen nicht nur die ganze Maschinerie der Volkswirtschaft ins Stocken gerate, sondern auch erschreckende Mengen von Nahrungsmitteln und Arbeitskräften verlorengingen. Das alles ist ungemein plausibel dargestellt. So einfach, daß manch einer, der alle Dinge gern verwickelter sieht, den Dr. Schiele als „Monomanen" bezeichnet, der mit starren Augen einer fixen Idee folge. Dann war der alte Thünen, dessen vor hundert Jahren erschienene Schrift über den isolierten Staat mir schon als Primaner eine neue Welt erschloß, auch ein Monomane, und der war auch Nationalökonom nicht der Fakultät, aber dem inneren Berufe nach. Ich habe Schiele flüchtig in Weimar während der Nationalversammlung kennengelernt und ihn dann in diesem Jahre einmal in Berlin auf der Straße getroffen, wobei ich ihm meine Freude über einen Artikel von ihm aussprach, in dem er — frei nach Taine — die Zwangswirtschaft und die Teuerung und das Kettestehen nach der großen französischen Revolution geschildert hatte. Gleich darauf, am 20. Februar, bekam ich von ihm den ersten und bisher einzigen Brief, aus dem ich einiges zur Charakteristik des Mannes und seiner Ideen, die auch die „seines Freundes Kapp" sind, hier wiedergebe:

„Im Anschluß an unser Gespräch auf dem Potsdamer Platz komme ich gleich mit einer Lebensbeschreibung meiner Kriegsjahre, aus der Sie entnehmen sollen, wie ich den verhängnisvollen Zusammenhang von Ökonomik und Politik während dieser Jahre ansehe. Ich lege Ihnen bei ein dickes Heft „Volksversorgung durch Zwang oder Freiheit", welches die ersten Denkschriften, die ich auf dem Gebiet der Ernährungspolitik losließ, enthält. Ich habe es im Jahre 1916 auf eigene Kosten und heimlich vor der Zensur verbreitet. Der

erste Artikel — „Zerschlagt Euer Barometer nicht" — beweist Ihnen, daß ich schon im Oktober 1914 versuchte, auf den grundsätzlichen Fehler unserer Wirtschaftspolitik, den kindlichen Versuch des Preisregulierenwollens, hinzuweisen. Ich ging dann ins Feld, obwohl ich über die Kriegsjahre hinaus war und nie gedient hatte, ging als Regimentsarzt an die Front, erlebte dort bei dem Rückmarsch und Vormarsch der Hindenburg-Armee in Polen die schönsten Monate meines Lebens, wurde schließlich als Spezialarzt für Chirurgie entdeckt und in ein Feldlazarett versetzt, — sehr wider meinen Willen. Da meine Frau schwer erkrankt war, ging ich nach etwa einem Jahre nach Hause und blieb deshalb zunächst in der Heimat. Dort fesselte mich die Politik hauptsächlich in der Person meines Freundes Kapp. Wir beide waren der Überzeugung, daß an der falschen Wirtschaftspolitik wir den Krieg verlieren würden. Ich gab zahlreiche Flugschriften heraus, mit denen ich Sie nicht behelligen will, darunter das Programm einer Änderung unserer Ernährungspolitik, dem u. a. ein Vortrag im Großen Hauptquartier 1917 vor Ludendorff zugrunde lag. Es half aber alles nichts. Aus der Verteilerpolitik entstand die Not, aus der Not der Schleichhandel und die Korruption, hieraus der Niedergang der Stimmung, hieraus der Zusammenbruch. Meine Überzeugung bezüglich der Wirtschaftspolitik steht fest. Wenn es uns nicht gelingt, freien Markt und freien Handel ohne Wenn und Aber wiederherzustellen, so geht dieses deutsche Volk der Großstädte der furchtbarsten Not entgegen. Die von unseren agrarischen Führern und von der rechtsstehenden Presse befürworteten Lieferungsverbände zwischen Stadt und Land werden ebenfalls eine Pleite ergeben und werden den Unfrieden und die radikale Stimmung in die agrarischen Kreise hineintragen. Die großen und kleinen Landwirte werden auseinandergesprengt durch diese Angstpolitik des Bundes der

Landwirte. Es handelt sich für mich wirklich um eine Rettungskur an unserem Volke, das an Unkenntnis der Volkswirtschaft zugrunde geht. Meine konservativen Freunde halten mich für einen abtrünnigen Manchestermann und Freihändler. Sie spielen noch die alten Walzen vom Schutz der nationalen Arbeit, und der Weltmarkt ist für sie der böse Feind, obwohl er jetzt nicht mehr niedrige, sondern hohe Preise hat. Nach meiner Meinung besteht der Schutz der nationalen Arbeit jetzt darin, daß man sie gegen Planwirtschaftler schützt, gegen sozialistische und agrarische, und ihr die Freiheit gibt, die sie nicht entbehren kann. Kluge Leute würden dazu das Wort Freihandel benutzen, bis die Weltmarktpreise einmal wieder niedrig sind. Aber das Umlernen ist offenbar schwer."

Dieser Graukopf Schiele, den die Deutschnationalen vielfach nur für einen kleinen Skribenten gehalten haben, ragt turmhoch über die Männer hinaus, die in der Scheidemann-Erzberger-Republik mit unserer Volkswirtschaft asen. Auch wohl über die Männer der jetzigen neuen Ministerliste hinaus. Noch ist sie nicht vollständig.

Für das Auswärtige sucht man vergeblich nach einem Dummen. Das Innere — in Preußen — will Jagow übernehmen. Ich warne Neugierige! Die alten Schutzleute freilich würden sich freuen. Als Polizeipräsident war Gottlieb v. Jagow ein ganzer Kerl, als Regierungspräsident in Schlesien hat er sich sehr mannhaft verabschiedet; dazwischen aber liegt die Affäre Tilla Durieux, in der er sich, wenn auch als der Reine, so doch als der Dumme erwiesen hat.

Überhaupt: man sieht noch keinen Geistesriesen unter den neuen Herren.

Und die grandiose Absicht allein macht es noch nicht. Die Gräfin Terzky im „Wallenstein" sagt, als sie den großen

Heerführer zum Bruch mit der alten Regierung verleiten will, etwa:

> „Entworfen bloß, ist's ein gemeiner Frevel,
> Doch ausgeführt, ist's ein unsterblich Unternehmen!"

Das haben sich die heute Verkappten wohl auch gedacht. Und noch mehr Schillersches: „Sei im Besitze, und du bist im Recht!" Aber den Besitz wünschen sie vorerst nur; sie haben ihn noch nicht. Sie besitzen nicht, sondern sie sitzen. Sie tagen, sie beraten, sie verhandeln. So „arbeiten" sie sogar die Nächte durch. Aber die Eisenbahnen stehen still. Truppenverschiebungen lassen sich nicht vornehmen. Der Telegrammverkehr kann auch abgeschnitten werden.

Ein „Fort Chabrol" vermag sich nicht ewig zu halten.

## 5.

**Dienstag, den 16. März.**

Die „Regierung der Tat", wie sie Kapp genannt hat, hat ihren Todesstreich empfangen.

Nicht durch den Generalstreik. Die Sache mit dem „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will" singt das Proletariat sich seit Jahrzehnten nur vor, um sich Mut zu machen. Ein wirklicher Generalstreik, bei dem auch die Bäcker nicht backen, ist in 48 Stunden rettungslos erledigt. Wir haben nur eine Reihe von sehr ausgedehnten Teilstreiks. Die sind unangenehm, auch für die Streikenden selbst, und können eine Woche oder noch länger dauern, zumal wenn die Stadt, wie hier Berlin, normal mit Lebensmitteln immer für drei Wochen versehen ist. Aber auf die Knie zwingt einen kein Generalstreik.

Nein, der Todesstreich ist gar nicht so imposant und theatralisch gewesen. Er besteht nur darin, daß zwei notwendige kleine Unterschriften verweigert worden sind.

Die von Kapp mangels alter und neuer Minister mit Führung der Geschäfte beauftragten Unterstaatssekretäre, die zum Teil Geschöpfe von Scheidemann-Erzbergers Gnaden, zum größeren aber wohl noch alte Beamte sind, haben den psychologischen Moment erkannt, wo der Zug des Kapitäns Ehrhardt, der anfangs so sehr dem Marsche Enver Beis von Saloniki nach Konstantinopel ähnelte, in der Kappschen Ausgestaltung zur bloßen Affäre eines „Hauptmanns von Köpenick" wird. Sie machen nicht mehr mit. Die neue Regierung braucht nämlich Geld zur Versorgung und Verpflegung ihrer Truppen, nicht der Marinebrigade, die bis zum 31. Mai mit allem versehen sein soll, sondern der Reichs-

wehr in Berlin, der Brigade 15. Sie braucht zunächst einmal zehn Millionen Mark, aber die Reichsbank gibt nichts her ohne die nötigen zwei Unterschriften aus dem Finanzministerium, und die gibt das Finanzministerium nicht her.

Der Herr, der schickt den Jockel aus . . .

Wenn es nicht zum Heulen wäre, so müßte man über die Tragikomödie lachen.

Nein, die „Rechtsradikalen" werden das Revolutionmachen nie lernen. Das verstehen die Unabhängigen und solche Leute besser. Der Geyer-Vater und der Geyer-Sohn, die beiden Leipziger Abgeordneten, kriegten doch die 400 000 Mark, die sie vom Magistrat „erheben" wollten, richtig in die Hände. Vor der Türe standen nämlich genügend Leute mit Handgranaten. Vor solchen letzten Konsequenzen schrecken die Wortedonnerer und Konventikelstrategen der Sorte Kapp natürlich zurück; oder sie kommen zu spät dazu. In diesem Fall soll noch ein Gewaltversuch gemacht werden. Aber er scheitert im Entstehen, scheitert an der Ehrenhaftigkeit eines für solche Geschäfte nicht erzogenen deutschen Offiziers.

Kapitän Ehrhardt soll mit zwei Panzerautos und Zubehör den Zutritt zu den Kassengewölben der Reichsbank erzwingen.

Er verweigert die Ausführung des Befehls.

Kapp und Lüttwitz fanden für den in seiner äußeren Formulierung unangreifbaren Plan, der Verfassung zu ihrem Rechte zu verhelfen, einen tapferen und entschlossenen Helfer in Ehrhardt. Ich zweifle sogar daran, ob man ihm aus seinem Marsche nach Berlin den Prozeß wegen Hochverrats machen kann. Überdies war Lüttwitz sein Vorgesetzter, dessen Befehlen er gefolgt ist. Aber zu der Rolle eines Geldschrankknackers läßt er sich denn doch nicht nötigen,

und diese Weigerung ist weit gefährlicher, als es das Nachtunternehmen gegen die Reichshauptstadt war.

Ehrhardt hat, in der Meinung, dem deutschen Volke zu helfen, die Kapp-Regierung auf den Schild erhoben.

Ehrhardt hat sie auch gestürzt; ihr Bleiben ist jetzt nur noch die Frage vielleicht von Stunden.

Der junge Korvettenkapitän spielt dabei um seinen Kopf. Lüttwitz gehört zu den Männern, die jederzeit bereit sind, ein paar Soldaten heranzuholen und ihnen zu sagen: „Erschießt diesen Offizier hier, er ist ein Meuterer!" Er brauchte in diesem Fall bloß Schergen einer anderen, etwa der Reichswehrbrigade, dazu. Wenn die alte Regierung zurückkehrt, müßte sie Ehrhardt die Rettungsmedaille am Bande verleihen . . .

— — — — — — — — — — — — — —

Die Sintflut der kleinen Flugblätter und Handzettel steigt. Man weiß nicht mehr, welchen man — weniger glauben soll, denen des bisherigen oder des gegenwärtigen Regimes.

Die Straßenredner weisen überall mit Schreibmaschine vervielfältigte Zettel in Postkartengröße vor, an deren Spitze gewichtig zu lesen steht: „W. T. B. (Amtlich)." Diese Zettel seien — o heilige Einfalt des Herrn Omnes — von einem Flugzeug der Kapp-Regierung über Berlin ausgestreut worden. Und der Inhalt? Die Entente verlange, daß bis 6 Uhr abends die Truppen Berlin räumten, widrigenfalls sie in Deutschland einmarschieren und überdies die Lebensmittel sperren werde! Das ist doch bildschön gelogen. Es wird geglaubt. Bis 6 Uhr abends stehen Haufen von Menschen in der Mohrenstraße, um zuzusehen, wie die Marinebrigade den Wilhelmsplatz räumen wird. Es erfolgt natürlich nichts. Aber in der ganzen Stadt wird der Mob aufsässig, die Überfälle auf Truppen mehren sich und damit die Menschenopfer

bei der Abwehr. An einzelnen Stellen sind zeitfreiwillige Offiziere mit viehischer Grausamkeit zu Tode gemartert worden.

Etwas zaghafter wird in der Reichskanzlei gelogen. Von hier aus wird in verschiedenen Variationen immer wieder die Nachricht verbreitet, es fänden auf Wunsch des Stuttgarter Rumpfregimes Einigungsverhandlungen zwischen der „alten" und der „neuen" Regierung statt; über 7 Punkte, über 8 Punkte, über 5 Punkte, das wechselt. Gutgläubig nehmen das auch die Truppenteile in ihre Nachrichtenblätter auf, und der Soldat glaubt und hofft; aber in zahllosen Flugblättern wird die Meldung von der Gegenseite bestritten. Nahrung bekommt das Gerücht, mehr scheint es wirklich nicht zu sein, durch das Eintreffen eines „Vermittlers" aus Dresden, des Generals Maercker, der dann, in Begleitung des Staatskommissars für die öffentliche Sicherheit v. Berger, in einem Sonderzuge nach Stuttgart fahren soll.

Kommt er auf Befehl oder aus gutem Herzen?

Darüber hört man nichts Gewisses, und darauf kommt es doch an. Maercker ist gewiß innerlich auf der Seite seiner Kameraden, der Reichswehrgenerale in Berlin und den übrigen Städten, und sicherlich schlägt ihm das Herz höher, wenn die alten Flaggen sich im Winde blähen. Aber er ist ein Gentleman. Er hat es nicht fertiggebracht, die Ebert, Bauer, Koch und Genossen in Dresden zu verhaften, weil er, der den ganzen vorigen Sommer über in Weimar mit seinen freiwilligen Landesjägern die Sicherung hatte, dort mit den Regierungsmännern zu oft pokuliert hat; der Noske ist ihm dabei direkt ans Herz gewachsen. Nun hat er also beide lieb, die Alten und die Neuen, und redet beiden gut zu.

In der Reichskanzlei wird er von sämtlichen Herren der neuen Regierung nach seiner Legitimation befragt. Er antwortet wörtlich:

„Ich komme nicht im Auftrage, aber mit freudiger Zustimmung von Ebert und Noske."

Das genügt zur Aufnahme vorerst loser Besprechungen. Die Vernünftigen hüben und drüben sehen in diesem kritischen Moment, wo die Bolschewisten und Straßenräuber zum lange geplanten Schlage ausholen und plötzlich mit Maschinengewehren und Kanonen und Minenwerfern überall auftauchen, es vollkommen ein, daß ein Kompromiß mit gegenseitigem Nachgeben, daß eine friedliche Einigung zwischen dem schon rücktrittsbereiten Kapp und der Stuttgarter Regierung uns viel Blut und Milliardenverluste ersparen könnte.

Aber Maercker selbst erzählt, daß besonders die Demokraten wütende Gegner jeden Friedens mit der „antisemitischen" neuen Regierung sind. So wie der Kriegsminister Reinhardt für blutigen Kampf war, so hat der Innenminister Koch sich gegen jedes Kompromiß gewehrt. Er gehört zu jenen nicht ganz rasseechten Deutschen, die im November 1918, der dunkeln Stimme des Blutes folgend, sich zu den Demokraten schlugen. Heute sagen sich diese Leute: mag ganz Deutschland im Bürgerkriege zugrunde gehen, wenn nur das Hakenkreuz nicht siegt!

— — — — — — — — — — — — — —

„Generalstreik ist Generalunsinn" hat man fast auf jedem sozialdemokratischen Parteitage immer wieder festgestellt.

Unsere Waschfrau sollte gestern und heute zur großen Wäsche zu uns kommen. Wir winkten höflich ab, falls sie nicht etwa geneigt sei, das gesamte dazu nötige Wasser aus dem einzigen Brunnen in der Nachbarstraße — es ist schon braun und müßte erst durchgeseiht werden — zu uns heraufzuschleifen; und ich wohne „Luftschifferparterre", vierten Stock, und wir brauchen sechs große Zuber voll.

Sie bleibt also zu Hause. Sie hat Wasser. Aber kein Gas und keine Kohlen, kann also nicht kochen. Und da die Beleuchtung auch ausgeht, legt sie sich abends um 7 ins Bett. Ihr Verdienst ist weg. Und ihr Brot hat sie trocken essen müssen, denn die Fettverteilung bleibt in dieser Woche aus, und Wurst gibt es nicht mehr im Laden.

Am nächsten Tage schimpft sie straßauf, straßab über die nichtsnutzigen Arbeitsscheuen, kommt mittags zu uns herauf und bittet um ein paar warme Bratkartoffeln.

Sie weiß jetzt Bescheid.

Müll und Staub mehren sich und damit der Hustenreiz. Die Aborte sind vielfach verstopft. Kleinkindermilch wird knapp. Die Ärzte, die nicht streiken, legen Überschichten ein. In der Gegend Bahnhof Gesundbrunnen wird aber selbst einem Arzt das Pferd ausgespannt. Der Kutscher soll nach Hause, verlangt drohend die Menge. Der Wagen bleibt da. „Arbeiten is nich! Generalstreik!"

Vor einem Jahre ist in Leipzig und anderswo der allgemeine Streik der Arbeiterschaft ausgerufen worden. Da antworteten ihrerseits die Ärzte mit Arbeitsniederlegung. Und kein Beamter gab mehr Lebensmittelkarten aus. Und überhaupt das ganze Bürgertum war in der Abwehr einig. So brach der Streik denn alsbald zusammen. Diesmal in Berlin aber hat die Demokratische Partei von vornherein mit fliegenden Fahnen sich unter den Befehl des Proletariats gestellt und es gegen die „Schwarzweißroten" noch eigens aufgehetzt. So ist denn ein geschlossenes Bürgertum nicht mehr da.

Auf den Friedhöfen stehen abgehärmte Mütter und graben und schaufeln. Irgendein Liebes ist ihnen gestorben. Wenn es nach dem Willen der Demokraten und Sozialdemokraten geht, müssen sie mit dem verwesenden Leichnam weiter hausen. Auch die Totengräber streiken.

## 6.

Mittwoch, den 17. März.

Aus dem Reiche liegen schlimme Nachrichten vor. Was Ehrhardt zur Motivierung seines Marsches nach Berlin anführte, ist tatsächlich zur Wahrheit geworden: die Rätediktatur geht um. In Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet werden Verbrecherbanden zu Herren, die die Theorien der marxistischen Sozialdemokratie ein wenig unsanft in die Praxis umsetzen. Auch in Berlin schwellen den Leuten die Adern an den Armen wie die Baumäste. Da gibt es nur Schröpfköpfe oder Kampf. In verschiedenen Stadtgegenden sind Offiziere und Mannschaften kleinerer Gruppen von der Menge zerrissen worden; größer sind die Verluste natürlich auf seiten des „Volkes", nur begeht das Militär keine Bestialitäten. Nach Berlin N., Pankow, Reinickendorf kommen neue Truppen, aus der Mark herangezogen. Eben hat mich ein Reichswehroffizier telephonisch begrüßt, der im Felde als Leutnant manchen heißen Tag neben mir gelegen hat.

Er kräht — vergnügt, wie immer, wenn alles um uns wankte — daß er wahre Prachtkerls habe, bis zum jüngsten Rekruten herab, die darauf brennten, die Ordnung wiederherzustellen.

Ob er sonst noch Nachrichten habe?

Ja, vor Kottbus großes Gefecht, ein richtiges rotes Heer, sachgemäß geführt, rücke an; diesseits großer Munitionsverbrauch. Dann noch was: in den Stollen und Gängen der Untergrundbahn Waffenlager der Spartakisten, auch Maschinengewehre, Geschütze. Der gute Junge kräht ganz glücklich. Dem ist der Tod ein Spaßmacher, so freudig

nimmt er es mit seinem soldatischen Berufe. Je näher die Gefahr, desto mehr taut er auf.

Und sie ist sehr nahe. Die alte Regierung nimmt die Backen noch voll und sprudelt Verwünschungen wider die Rechtsradikalen; derweil wird sie von den Linksradikalen schon am Genick gepackt. Noske und Heine sollen das erste Opfer sein. Vielleicht flattert die ganze Verfassung hinterdrein und wir bekommen auf kaltem Wege an Stelle des parlamentarischen Systems die sogenannte Diktatur des Proletariats.

So ganz allmählich — das ist jetzt schon der vierte Aufstand der Unabhängigen und Kommunisten in fünfviertel Jahren — können wir uns dann auch an die Guillotine gewöhnen.

Eine blasse Erkenntnis davon dämmert vor allem unseren Militärs wohl auf. Es sieht nicht nach Kapp, sondern nach Lüttwitz aus, wenn heute eine neue Verordnung angeschlagen wird, wonach Rädelsführer des Generalstreiks und Streikposten, falls nicht bis um 4 Uhr nachmittags die Arbeit wieder aufgenommen wird, die Todesstrafe treffe.

Zu spät.

Und die ganze Verordnung atmet Amtsstubenluft. Wer ist ein Rädelsführer? Das könnte doch nur in langwieriger Gerichtsverhandlung festgestellt werden. Oder will man unter drei Millionen Menschen in Berlin und Vororten Rädelsführer herauszusuchen anfangen? Der Gedanke, daß man damit „bis zum Nachmittag“ fertig werden könnte, paßt in eine Operette. Die Umstürzler von links machen das anders. Im Moment der Umwälzung packen sie alle Köpfe der anderen Seite und haben so wenigstens Geiseln in der Hand: „Wollt Ihr da draußen aufbegehren? Dann baumeln Eure Leute!“ Bei dem Putsch der Rechtsradikalen

ist an so etwas anscheinend nicht gedacht worden. Nun drückt Lüttwitz die erste drakonische Verordnung durch, aber sie kommt vier Tage zu spät; sie wird schon bei Erscheinen von der Entwicklung überholt.

Kapp ist eigentlich bei dieser Entwicklung ganz überflüssig. Im Reichskanzlerpalais soll schon eilig gepackt werden. Mit Zornestränen auf den geröteten Backen hat die Tochter Kapps, die leidenschaftlich das Auf und Ab dieser Tage miterlebt hat, einigen zufällig hereingestolperten Neutralen zugerufen: „Ja, Sie, Sie —, Sie freuen sich jetzt, was?“

Inzwischen ist seit Sonnabend der fünfte Pressechef für die nicht erscheinende Presse im Amte.

Da er auch keine Nachrichten für die seiner Weisheit harrenden Herren in der Empfangsstunde hat, gibt es eine Art Theaterskandal. Die Pressevertreter der drei Mehrheitsparteien sind grausam gegen den nervös überreizten Johannes W. Harnisch, der dabei einer der ehrenhaftesten und anständigsten Charaktere ist, mit denen man während des Interregnums zu tun gehabt hat. Er weiß es noch nicht einmal, daß Kapp wirklich packt, aber wer denkt denn mitten im Aufbruch noch an das Informieren des Pressechefs . . .

Der Öffentlichkeit, soweit sie überhaupt noch von Meldungen der Wilhelmstraße Notiz nimmt, wird die Tatsache in der Form mitgeteilt, daß Kapp zurücktrete, da die wesentlichsten seiner Forderungen angenommen seien und er somit seine Mission für erfüllt ansehe.

Da meine Forderungen im wesentlichen erfüllt sind, sagte nach der bewilligten Henkersmahlzeit der Verurteilte, sehe ich meine Mission für erfüllt an; und legte seinen Kopf auf den Block.

Es ist vielleicht grausam, Kapp ein solches Abschiedswort mitzugeben, aber sein Unternehmen ist nicht „gemeiner

Frevel", der trotzdem Frauen rühren und Männer begeistern könnte, sondern, da es technisch völlig versagt hat, eine Lächerlichkeit. Es hat Gegenkönige in der Weltgeschichte gegeben, die auch nur rund fünf Tage regierten, aber sie gingen tragisch zugrunde, nicht so dumm. In diesen fünf Tagen ist Kapp überhaupt nicht zum Regieren gekommen, weil er fortgesetzt Audienzen erteilen mußte; diejenigen „Freunde" haben ihn auf dem Gewissen, die ihn überlaufen und ihre Weisheiten bei ihm ausgekramt haben.

Wenn die „alte" Regierung nicht n o ch unfähiger wäre, sie, der wir das ganze Unglück mit der Mißregierung Erzberger und der Hinauszögerung der Wahlen samt allen Folgeerscheinungen bis zum Aufmarsch der Kommunarden zu verdanken haben, so bliebe das ganze Interregnum völlig unverständlich.

Eins können die um Bauer sicher besser: eine günstige Lage ausnutzen. Sie verlangen umgehend auch die Entfernung des Generals v. Lüttwitz. Und das ist doch ein hartes Stück. Dieser Mann ist stachlich; er hat noch Tausende von Bajonetten und beherrscht die Reichshauptstadt. Einen Augenblick scheint es, als wolle er das Furchtbarste wagen. Es sind bange Minuten. Aber in der Sitzung der Fraktionsführer der Mehrheitsparteien und der Rechten, die im Reichsjustizministerium stattfindet, und in der — das Parlament ist laut Verfassung ja souverän — bindende Abmachungen über eine Lösung der Krise gesucht werden, wird der Ausweg gefunden. Es kommt nicht zur militärischen Schreckensherrschaft. Lüttwitz tritt zurück. Die um Bauer haben gesiegt.

Aber nicht ohne Opfer.

Die Fraktionsführer haben beschlossen, daß spätestens im Juni Neuwahlen vorgenommen werden sollen, der Reichspräsident unmittelbar durch Volksentscheid gekürt

wird und daß durch eine allgemeine Amnestie die letzten Ereignisse unter den Rasen gebracht werden.

Der Beschluß wird dem Vizekanzler Schiffer vorgelegt und amtlich von ihm dem Wolff-Bureau zur Veröffentlichung übergeben.

Damit ist nun die Zwischenregierung endgültig abgetan; und „Lüttwitz' Leibgarde", die Marinebrigade Ehrhardt, in Berlin überflüssig geworden. Sie soll morgen weg. Sie und ihr Kommandeur hängen aber zusammen wie Pech und Schwefel, man kann sie voneinander nicht trennen; man muß froh sein, wenn man die Enttäuschten glimpflich los wird. Sie würden selbst gegen den Teufel vorgehen und ihn am geölten Schwanze aus der Hölle holen. Erst heute nacht haben sie gezeigt, wie rücksichtslos sie zuzupacken verstehen.

Draußen im Osten von Berlin die Pionierkaserne. Die Mannschaften wollen dem General v. Lüttwitz gehorchen, natürlich. Und für die Ordnung sind sie und gegen den Bolschewismus. Aber da sind so merkwürdige Flugblätter mit Aufrufen der Regierung Bauer-Ebert-Noske: wer Lüttwitz gehorche, sei ein Hochverräter und werde bestraft. Den Pionieren dröhnt der Schädel. Was ist Wahrheit? Kurz entschlossen entwaffnen sie ihre Offiziere, sperren sie in eine Kasernenstube ein, nachdem sie sich haben versprechen lassen, die Herren würden nicht zu entweichen versuchen, und legen sich beruhigt schlafen. Der nächste Tag wird ja wohl die Entscheidung bringen, wem man zu gehorchen habe. Arme Kerls. Arme Prätorianer.

Um 4 Uhr morgens ist die Kaserne durch ein Marineregiment umstellt. Rundum starren Minenwerfer und Maschinengewehre. Im Handumdrehen sind die Offiziere befreit, die Mannschaften entwaffnet. Die Rädelsführer werden herausgeholt, zunächst gründlich „verrollt" und dann gefangen abgeführt.

Nötigenfalls würden die Mariners bei solcher Gelegenheit auch scharf schießen. Paris ist eine Messe wert; und die Entfernung der Brigade Ehrhardt daher zum mindesten den Pakt über die Amnestie.

Der Pakt ist von den Fraktionsältesten des souveränen Parlaments abgeschlossen worden. Man sieht sie den ganzen Tag zwischen Voßstraße und Wilhelmstraße hin und her eilen. Wie Kastor und Pollux die beiden Unzertrennlichen: Heinze und Düringer. Eilig trippelnd der annoch ungekrönte König der rheinischen Republik, Trimborn, der sich fast bekreuzigt, als sich ihm unterwegs ein Vertreter des Verlages Scherl anschließen will. Südekum mit brennend heißem Gesicht unter dem dichten, nun schon ganz weißen Haar. Der alte Erzberger-Gegner und doch auch Hindenburg-Richter Gothein für die Demokraten. Und Stresemann und Hergt und noch mancher andere.

Aber Charakter verdirbt die Politik, scheinen die Vertreter der Mehrheitsparteien in diesem Gremium zu denken.

Dieselben Leute, diesmal unter Ausschluß der Rechten, verhandeln auch mit der dritten Regierung, die sich in diesen Tagen gebildet hat, dem kompakten Proletariat von Berlin. Das verlangt blutige Bestrafung aller am Putsch Beteiligten und vor allem den Kopf Jochaanans: Ludendorff soll auf der Strecke bleiben.

Ludendorff . . . .

Ich habe ihn nur einmal in diesen Tagen im Regierungsviertel gesehen. Da stand er, wie auch andere „Fremde von Distinktion“, die sich zu informieren kamen, auf der Straße und sprach mit dem und jenem. Umsprungen von Photographen. Der erste, der eine gut entwickelte Platte mit Ludendorff und einem „Putschisten“ beisammen nach Stuttgart liefert, darf dafür wohl jeden Preis fordern. Der General soll aber, so erzählt mir aufgeregt ein Demokrat, auch

in der Reichskanzlei selbst und im Marineamt gesessen und in die Verhandlungen eingegriffen haben. Als was? „Als geheimer Oberleiter des Putsches.“ Das ist leicht gesagt, schwerer bewiesen. Der erste, der die Beweise dafür nach Stuttgart brächte, wäre morgen ein vermögender Mann.

In der Tiergartenvilla in der Hitzigstraße, in der Helfferich wohnt, sprechen viele Leute vor und erzählen das Neueste. Helfferich läßt sich gern erzählen, aber er fährt nicht in die Wilhelmstraße und stellt sich dort vor die Photographen.

Er ist nicht Soldat. Er ist Politiker.

# 7.

Donnerstag, den 18. März.

Bei Dunkelwerden gestern ging das Geknalle in einzelnen Straßen los. Nicht alles sind scharf gezielte Schüsse. Manchmal bedeuten sie auch einfach statt eines Trompetenstoßes: Straße frei! So hat es auch die Sicherheitswehr in der Wilhelmstraße gemacht, als der letzte Regierungsakt der Leute Kapps (er selber ist an vielem Unsinn dieser Tage wohl unschuldig) in einem Augenblick ausgeführt wird, in dem die Befehlserteiler aus der Reichskanzlei schon verschwunden sind. Die „Dena" sollte ausgeräumt werden, die deutsche Nachrichtenagentur, deren Funkenmast dort zwischen Wilhelm- und Königgrätzer Straße in die Lüfte starrt; weil sie „unwahre Meldungen" verbreitet habe. Das wird denn auch gründlich besorgt. Zwei riesige Lastautos mit Maschinengewehr legen sich quer über die Straße, ein Schuß geht „peng" in die Lüfte: Straße frei! Dann stürmt die grüne Polizei hinauf, überrumpelt das einzige anwesende Tippfräulein und zerschlägt mit den Gewehrkolben sämtliche Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparate und die ganze Büroeinrichtung. Das ist der letzte Bärendienst, den Menschen auf Befehl der Zwischenregierung ihr geleistet haben.

Der Himmel selbst hat am Abend auch sein „Straße frei!" befohlen. Es fängt tüchtig an zu regnen. Das bedeutet in den jetzigen Zeitläuften, daß ein halbes Dutzend Menschen weniger erschossen wird, als es sonst der Fall wäre.

Aber Berlin ist durch den Regen nicht gerade verschönt. Um die Anschlagsäulen, die seit Sonnabend, den 13. März, nicht neu beklebt worden sind, hängen nasse schmutzige Fetzen. Die

Säulen sehen aus wie schlampige Frauenzimmer, die sich nächtelang herumgetrieben und nicht gewaschen haben. Ganz Berlin sieht so aus. Auf den Höfen der Mietkasernen liegt der Müll in Bergen, und aus den Armeleutsquartieren steigen üble Düfte auf.

— — — — — — — — — — — — — —

Wer „um ein Haar" gesiegt hat, nicht aus eigener Kraft, sondern um der Dummheit des Gegners willen, der stößt, wenn er zum ersten Male erleichtert aufatmen kann, ein Rachegeschrei aus.

Das haben wir an den Franzosen gesehen.

Das sehen wir jetzt an der Ebert-Regierung.

Die Regierung weigert jeder Abmachung, die in Berlin über Amnestie getroffen sei, ihre Zustimmung. Alle an der Zwischenregierung irgendwie Beteiligten sollen wegen Hochverrats vor das Reichsgericht. Ein eigens dazu eingebrachtes Sondergesetz soll die Konfiskation des Vermögens aller Helfer und Freunde ermöglichen.

So ist's recht. Als ich ein kleiner Bub war, lehrten mich alte Leute das Lied aus der Napoleonszeit, aus dem mir noch ein paar Verse haften geblieben sind:

„Ja, der Russ'
Hat uns gezeigt, wie man's machen muß:
Auf den Hacken
Immer nur Hunger und Kosacken!"

So lehrt jetzt die „alte" Regierung, die Regierung des Verfassungsbruchs, unter Bruch nun des Paktes ihrer Leute in Berlin, wie man's machen muß, um den Gegner zu erledigen. Aburteilung auf Grund von Gesetzen, die zurzeit der Straftat gar nicht bestanden, in frischer Rache improvisierten Gesetzen, die die Aburteilung erst ermöglichen. Man wird sich das für jene Zeit merken müssen, wo sich das

Blättchen einmal gewendet hat. Es wäre lediglich die Aufhebung der Amnestie nötig, dann würde der alte Hochverratsparagraph des Strafgesetzbuches für alle Scheidemänner genügen. Heute sitzen sie an der Macht, heute machen sie alle die Unvorsichtigen, die sich für die Zwischenregierung engagiert haben, vermögenslos und vogelfrei.

Bei Philippi sehen wir uns wieder.

An den Stacheldrahtgrenzen des Regierungsviertels brandet eine unruhige Menge. Heute gibt es schon Straßenredner für die Räterepublik. Es scheinen nur unabhängige und kommunistische Agitatoren da zu sein. Sie erzählen, daß die „fluchwürdige" Noske-Ebert-Regierung jetzt endlich vor dem Volke kapitulieren müsse. Die Hauptsache sei schon abgemacht: zunächst ziehe sich das gesamte Militär auf die Innenstadt innerhalb des Spreebogens zurück, dann werde die Arbeiterschaft bewaffnet als Sicherheitspolizei aufgestellt; und das neue Kabinett dürfe nicht ohne Zustimmung der organisierten Arbeiterschaft sich bilden.

„In der Verfassung steht es anders. In der Verfassung ist nur von dem parlamentarischen Zustandekommen eines Kabinetts die Rede."

„Quatsch, Verfassung. Die machen wir uns alleine, wenn das Geschäft besorgt ist und der Lausekopp, der Kapp, mit seinen Leuten im Zuchthaus sitzt."

Das sind erfrischende Debatten. Die Teilnehmer sind trefflich informierte Leute, wenigstens bringen sie alles mit solchem Brustton heraus, daß kein Widerspruch sich regen mag. Ein Mensch, der sicher nie in seinem Leben auch nur eine Börsennotiz gelesen hat, ruft: „Nur die Räterepublik kann uns wieder hochbringen. Durch die Geschichte mit Kapp ist die Mark auf 2 Pfennige gesunken. Jetzt kriegen wir keine Lebensmittel mehr!"

Jedes Wort ist natürlich gelogen. Nicht unter Kapp, sondern unter Erzberger stand die Mark am tiefsten, dazwischen hatte sie sich freilich schon etwas erholt. Mitte März muß jetzt der Dollar mit 81 Mark bezahlt werden, Ende Januar aber kostete er 103 Mark. Es hat nicht viel Zweck mehr, gegenüber den Straßenrednern das auseinanderzusetzen. Heute hat Berlin N. das Wort, und die Regierung hört mit den Händen an der Hosennaht zu.

In Stuttgart tagt das Rumpfparlament. Der Zauberlehrling Bauer, dem das tobende Wasser des Generalstreiks schon bis zum Kinn reicht, ächzt Verwünschungen gegen die Rechte. Die Demokraten in ihrem Eifer, dem Herrn zu dienen, stellen den lauten Chorus. Als angeblicher Meister aber lacht böse und schrill im Hintergrunde Scheidemann, der Schon-fast-Unabhängige. Er ist klüger, als die Kleinen, er sieht vielleicht schon den Umschwung, der heute noch unterbrochen werden konnte, zur Wahrheit werden. Nur das vereinigte Proletariat der Sozialdemokraten und Unabhängigen und Kommunisten könne diese Entwicklung aufhalten oder müsse gemeinsam sich auf die Minderheitsrolle in der Opposition vorbereiten.

Für beide Möglichkeiten bietet Scheidemann sich als Heerführer an.

Zunächst müsse unter allen Umständen Noske, die verhaßte Ordnungsbestie mit ihrem Schießerlaß, fallen; dann müsse man weit die Arme öffnen und das gesamte Proletariat bewaffnen; ihm gebühre das letzte Wort auch bei der Neuordnung der Regierung im Reiche.

In Rheinland-Westfalen haust derweil eine rote Armee ärger als die Landsknechte des Dreißigjährigen Krieges. Das sind die unbewußten Werber für den Umschwung der unter den republikanischen Zuständen allmählig verzweifelnden Volksseele.

— — — — — — — — — — — — — —

Auf der Wilhelmstraße und dem Wilhelmsplatz ordnet sich die Marinebrigade Ehrhardt zum Rückzug.

Die Stimmung bei so etwas kennen wir aus dem Felde.

Aber Kapitän Ehrhardt hat noch ein paar gute Worte gesagt. Zum 3. Marineregiment. Für die Leute ist das eine herausgeklungen, daß er sie nicht verlasse. Da sind sie schon zufrieden.

Sie sollten eigentlich „sofort" entwaffnet werden. Lüttwitz' Nachfolger, General v. Seeckt, hat aber erklärt, wenn man das tue — bitte sehr — dann beraube man sich der diszipliniertesten Truppe, die wir zurzeit überhaupt hätten. Mit dieser Marinebrigade könne man wirklich den Teufel aus der Hölle holen. Oder Rheinland-Westfalen wiedererobern.

„Gott befohlen, Hans. Ich glaube, man wird euch noch brauchen. Wenn der Alte Fritz einem Regiment die Litzen genommen hatte, schickte er es in die wildeste Schlacht, damit es sie sich wieder holen könne. Die Republik kann nur dasselbe machen, wenn sie klug ist."

Das Sturmbataillon Rohr löst die Marinebrigade im Regierungsviertel ab.

Tschingtara. Die Marineflagge weht. Die Brigade schwenkt Unter den Linden zum Brandenburger Tore ein. Vor Adlon steht ein Haufe von Schiebern, untermischt mit schlichten Leuten aus dem Volk. Verwünschungen, Schimpfworte, die Menge bricht gegen das Ende der Marschkolonne vor. Zum „Entwaffnen" gehören aber zwei. Die Leute von der Marinebrigade lassen sich nicht so leicht entern. Ein paar scharfe Schüsse. Etliche Menschen stürzen. Die Schieber verschwinden schreiend im Hotel.

Die sieben Manövertage sind herum. Das ganze Manöver war falsch angelegt. Aber diese Einzeltruppe hat sich soldatisch von ihrer besten Seite gezeigt.

Nur läßt sich die Politik nicht in Form einer Brigadeübung meistern. Wenn es bei dem ganzen Putsch sozusagen einen Chef der Aufmarschabteilung gegeben hat, so hat er seine Sache gut gemacht; die Mobilmachung der gesamten Reichswehr hat geklappt, die Verbindung mit allen beteiligten Offizieren war gut, das Netz über Deutschland hielt. Es riß erst, als es sich erwies, daß die Politiker nicht ebenso sorgfältig ihren Aufmarsch vorbereitet hatten wie die Militärs. Es gibt da Imponderabilien, die trotzdem gewichtiger sind als schwere Maschinengewehre und Minenwerfer. Wer das Reich ohne Politik retten will, der kann doch nur die Militärdiktatur meinen, muß dann aber von vornherein auch ihre Mittel bis zum äußersten einsetzen. Auf dem verfassungsmäßigen Wege sind trotz bester Absicht auch Ehrhardt und die Seinen nicht geblieben.

Wir aber glauben, daß das deutsche Volk nicht gerettet zu werden braucht, sondern sich selber retten muß. Der Umschwung der Geister ist nötig. Der kommt wie in der Franzosenzeit unserer Urgroßväter mit der Not; und die Not unter den Wirkungen der Scheidemann-Erzberger-Ära ist Schicksal für uns und ist unausweichlich.

## Pressestimmen:

**Hamburger Korrespondent, Hamburg:** Ein Buch, das sich wie ein Roman liest und das doch „nur" Zeitgeschichte erzählt. Das Buch ist allen zu empfehlen.

**Süddeutsche Zeitung, Stuttgart:** Was in unserer wirren Zeit mit Kinematographengeschwindigkeit an uns vorüberflimmert, das ist in diesem Buche festgehalten: mit dem Auge eines Künstlers, mit dem Ernst eines Historikers von großem nationalem Wurf, mit der Feder eines Menschen von erlesenster Kultur.

**Der Tag, Berlin:** Auf der Tribüne des Weimarer Nationaltheaters saß unter vielen Berichterstattern auch ein Darsteller; so erhob er Stück um Stück die Berichterstattung und die politische Fehdeführung zum Range der Kunst. Das Buch wird heute jeden lebendigen Deutschen erfreuen, erbittern, reizen und erheitern und künftig jedem Betrachter dieser Zeit unentbehrlich sein. Es ist das subjektivste Buch, das sich denken läßt, und wird dennoch durch die Kunst des Sehens und Zeichnens gültiges Dokument. (Friedrich Hussong.)

**General-Anzeiger, Bonn:** Ein Buch des Hasses und ein Buch der Liebe; des leidenschaftlichen Hasses gegen alles, was in Deutschland seit dem 9. November geworden ist, der Liebe zu dem, was vorher war. Der Haß ist vielleicht ein noch größerer Ansporn zur Kunst als die Liebe, und darum ist vom Standpunkt der Literatur das Buch über Weimar ein Meisterwerk geworden.

**Deutsche Zeitung, Berlin:** Darum kann ich jedem Deutschen, dem um die mit tausend Schleiern der Lüge von oben verhüllte Wahrheit bangt, nur dringend raten, sich dies zeitgeschichtlich bedeutsame Buch zu beschaffen. Nur wer der Wahrheit mutig ins Auge sieht — und dies Buch ist Wahrheit — wird vom Ernst der nächsten Zukunft nicht überrascht werden. (Abg. v. Graefe.)

**Altonaer Nachrichten, Altona:** Das Buch ist ein Musterbeispiel dafür, daß auch in der Welt des Journalismus der Stoff nichts ist und alles das künstlerische Temperament, durch dessen Auge die Welt geschaut wird. Daß aber all das, die fortlaufende tägliche Kleinmalerei, im ganzen ein großer Wurf geworden ist, das dankt man dem Politiker im Verfasser, der seinen festen Kurs gegangen ist.

**Schwäbische Tageszeitung, Stuttgart:** Das Werk kann mit Fug und Recht als das beste Geschichtsbuch über die Entstehung unserer deutschen Republik bezeichnet werden.

**Monatsrundschau, Berlin:** Auch die eifrigsten Anhänger der Linksparteien werden dieses Buch nicht übersehen können. Es hat ihnen etwas zu sagen, trotz aller Schärfe, mit der es sie bekämpft. Ein Buch, das ernsthafte Politiker gelesen haben m ü s s e n.

**Göttinger Tageblatt, Göttingen:** Wir haben hier eine Chronik des Kinderjahres unserer Republik, in der wir immer wieder nachschlagen können, wenn wir über irgend etwas aus dieser Zeit Bescheid suchen.

**Grazer Tageblatt, Graz:** Wie es kam, sagt uns das Buch; wie Erzberger allmächtig wurde, wie die deutsche Flotte dahinging, wie Schwarz-Rot-Gold entstand, wie die Revolutionsgewinnler in Weimar hausten, wie die Steuern aufgepackt wurden, wie die deutschen Demokraten der Republik sich angelobten, wie das Rheinland zu splittern begann, wie Noske den Haase berannte, wie Ebert schwor und was jede einzelne Partei versprach.

**Freiberger Anzeiger, Freiberg:** Für jeden, der sich von dem Wirken der Nationalversammlung und der Mitglieder dieses „Hohen Hauses" ein möglichst umfassendes Bild machen will, ist dieses bedeutsame Werk unentbehrlich; es sollte in keiner Bibliothek wahrheitsuchender Deutscher fehlen.

**Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung, Leipzig:** Wer sich an Weimar müde gelesen hat und es zuletzt gar nicht mehr lesen konnte, der nehme dies Buch zur Hand: hier wird keiner müde. Wir haben damit ein wertvolles historisches Dokument von Deutschlands Schmach und Elend unter dem Zeichen der Revolution, das gleichwohl nicht pessimistisch stimmt, weil es ein Mann geschrieben hat.

**Lübeckischer Anzeiger, Lübeck:** Ein vielumstrittenes, bedeutendes Buch. Ein Spiegel wird den Führern der neuen Zeit vorgehalten, in dem sie und ihre Anhänger mit Schrecken ihre Unzulänglichkeit und die bis ins Lächerliche gehende Hilflosigkeit und Überhebung erblicken.

**Akademische Blätter, Berlin:** Es gibt wenig Bücher, die politisch und national so aufrüttelnd wirken, wie dieses, das nicht nur mit dem schweren Geschütz feierlicher Leitaufsätze, sondern mit allen Waffen dem Gegner zu Leibe geht, auch der wirksamsten, der politischen Satire in ihrer flüssigen, eleganten Art.

**Nationalliberale Korrespondenz, Berlin:** Dieses Licht überstrahlt alles andere. Wer es in seiner ganzen Wärme und Stärke kennenlernen will, der lese die Kapitel, die sich um das Schachergeschäft des Friedens im Juni 1919 gruppieren. Er wird wie von einer vaterländischen Predigt berührt sein.

**Elbinger Zeitung, Elbing:** Ein geradezu Shakespearescher Humor phosphoresziert in den Zeilen; mitten in diesen Reden an die deutsche Nation voll ragender Größe, mitten in diesen Worten eines Richters und Propheten knistert es von einem Sarkasmus, der die Betroffenen durch Lächerlichkeit tötet.

**Deutsches Offizierblatt, Berlin:** Wes das Herz voll ist, des geht dem dankbar Besprechenden der Mund über: welche Beobachtungsgabe, welche auserlesene Fähigkeit, Personen plastisch vor unser geistiges Auge zu stellen und Zustände zu schildern!